

N^o. 1.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 299 do 1863 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1864.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 21. Januar 1864.

Abwesend war und wurde als entschuldigt angenommen: Herr Südel. Bei Behinderung des Protokollführers Dr. Dedekind hatte Herr Leiste die Protokollführung übernommen.

Die Versammlung wurde durch den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Landyndicus Desterreich eröffnet.

Auf Grund der Geschäfts-Ordnung wurde zunächst

I. zur Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters desselben für das laufende Jahr geschritten, und wurden Herr Desterreich mit allen gegen eine Stimme, welche auf Herrn Bode fiel, zum Vorsitzenden, und Herr Häusler mit allen gegen zwei ebenfalls auf Herrn Bode fallende Stimmen zum Stellvertreter des Vorsitzenden wiedergewählt. Beide Herren erklärten sich zur Annahme der Wahl bereit.

Hierauf wurde

II. vom Herrn Vorsitzenden die folgende Antwort des Herzoglichen Staatsministeriums auf die von dem Stadtmagistrate und den Stadtverordneten in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit an dasselbe gerichtete Dank-Adresse mitgetheilt, als:

»Wir haben nicht verfehlt, von dem Inhalte der unterm 5. d. Mts. an Uns gerichteten Erklärung, in Betreff der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit, Seiner Hoheit, dem Herzoge, Vortrag zu machen und eröffnen dem Stadtmagistrate, daß Seine Hoheit mit besonderer Genugthuung den darin niedergelegten Ausdruck des Danks und Vertrauens entgegengenommen haben. Nicht weniger haben Höchstdieselben die Bereitwilligkeit der hiesi-

gen Stadt, an ihrem Theile, zu Opfern jeglicher Art gern vernommen, welche die gedeihliche Lösung der in Rede stehenden hochwichtigen nationalen Angelegenheit erheischen könnte.

Braunschweig, am 18. December 1863.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staats-Ministerium.

(gez.) H. v. Campe.

Ferner wurde

III. auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschlossen, daß der an die Stelle des verstorbenen Herrn Degener gewählte Stadtverordnete Herr Heinrich Wie weg in diejenigen Commissionen als Mitglied einzutreten habe, deren Mitglied Herr De gener gewesen sei.

Sodann berichtete

IV. Herr U h d e namens der Finanz-Commission über die mittelst Magistrats-Schreibens vom 8. September vor. J. communicirten Rechnungen über die Verwaltung des städtischen Haushaltes.

Herr U h d e theilte die wesentlichsten Daten aus den Rechnungen mit, erklärte, daß man für wünschenswerth erachtet habe, die durchlaufenden Posten aus den Rechnungen in Zukunft auszuscheiden, und erwiederte auf die Anfrage des Herrn Häu s s l e r, weshalb etwa 2000 \mathfrak{R} Capital weniger belegt seien, als in Hinblick auf die Capital-Eingänge hätten belegt werden müssen, daß die nicht belegte Summe zu den Schulhausbauten mit verwandt sei, was von Herrn Oerdbürgermeister Cas p a r i bestätigt wurde.

In Gemäßheit des Commissionsantrages wurden hiernächst die sämtlichen Rechnungen für justified erklärt und dem Rechnungsführer Decharge ertheilt.

V. Ferner referirte Herr B a u t l e r, ebenfalls für die Finanz-Commission, über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 7. December v. J., den Ankauf des in der vormaligen Pott'schen Wöchterschule befindlichen Schulinventars betreffend. Nach dem Schreiben haben die Erben des im Jahre 1854 verstorbenen Fräulein Caroline Pott, denen das fragliche Inventar zugehört, dasselbe dem Stadtmagistrate für 332 \mathfrak{R} käuflich angeboten. Obwohl nun nur ein Theil der dazu gehörigen Gegenstände als für das zu acquirirende Schullocal vollkommen brauchbar sich herausstellen möchte, so hält es der Stadtmagistrat, da die Eigenthümer auf eine Ausscheidung der weniger brauchbaren Stücke sich nicht einlassen wollen, doch für zweckmäßig, das ganze Inventar zu dem angegebenen Preise zu übernehmen, weil die sonst sofort erforderlich werdende Anschaffung neuer Schul-utensilien, von denen man ebenfalls nicht wissen könne, ob sie für das neue Local paßlich sein würden, erheblich mehr Kosten verursachen würde.

Auch die Commission hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt, und die Versammlung ermächtigte dem gestellten Antrage gemäß den Stadtmagistrat,

die in dem von den Pott'schen Erben aufgestellten Verzeichnisse aufgeführten Sachen von den Eigenthümern für überhaupt 332 \mathfrak{R} für die Stadt anzukaufen.

VI. Mit dem Bemerken, daß die betreffenden Verhandlungen zwischen dem Stadtmagistrate und der Commission mündlich gepflogen seien, berichtete Herr R e u t e r

hierauf namens der Finanz-Commission über die projectirte Erwerbung der Leuchtgas-Fabrik für die Stadt.

Aus dem ausführlichen Referate desselben, welches insbesondere den Verkauf der in dieser Angelegenheit bisher stattgehabten Verhandlungen recapitulirte, ergab sich, daß die Actionaire der Gasfabrik jetzt bereit sind, das ganze Etablissement für 1000 fl für jede Actie von 500 fl an die Stadt zu veräußern, und daß der Ankauf auf die vorgeschlagenen Bedingungen hin etwa 290,000 fl , jedenfalls nicht mehr, erfordern würde. Da die 4prozentigen Zinsen dieses Capitals 11,600 fl und die Productions-Kosten für 17 Millionen Cubikfuß Gas 25,500 fl betragen, so würde die jährliche Ausgabe sich auf p. p. 37,100 fl stellen. Rechnet man dagegen, daß nach dem jetzigen Consume an die Stadt 5 Mill. Cubikfuß = 10,000 fl , an Private 10 Mill. zu $3\frac{1}{2}\text{ fl} = 33,333\frac{1}{3}\text{ fl}$ und an das Theater und andere größere Consumenten 2 Mill. à 3 $\text{fl} = 6000\text{ fl}$, im Ganzen also für 49,333 $\frac{1}{3}\text{ fl}$ abgesetzt werden, so würde sich ein jährlicher Ueberschuß von 12,233 $\frac{1}{3}\text{ fl}$, mithin die Möglichkeit ergeben, das Ankaufs-Capital mit 4 Procent zu amortisiren.

Unter den Vortheilen, welche aus dem Ankaufe für die Stadt zu erwarten seien, führte Herr Reuter namentlich an: daß die Stadt in der Lage sein werde, mit dem Preise tiefer hinunterzugehen, als die bisherigen Unternehmer, wie denn schon jetzt derselbe auf $3\frac{1}{2}\text{ fl}$ ermäßigt werden solle, daß aber auch mit dem durch die Herabsetzung des Preises steigenden Consume die Rentabilität zunehmen werde; daß die unvermeidlichen Streitigkeiten mit der Gesellschaft ihr Ende finden, und daß durch eine Combinirung der Verwaltung der Gasfabrik mit der der städtischen Wasserleitung sich erhebliche Ersparnisse in den Verwaltungskosten für beide Institute machen lassen würden; und hinsichtlich der Höhe der den Actionairen zu zahlenden Abfindung sei zu beachten, daß die Stadt nur scheinbar das Doppelte des Anlage-Capitals zahle, da das Bau-Conto der Anstalt sich auf etwa 205,000 fl belaufe.

Was endlich die im Besitze der Stadt befindlichen 22,500 fl Actien der Gesellschaft betreffe, welche bisher als zu 8 Procent verzinslich berechnet wären, so würde durch den Ankauf der Fabrik für den Etat der Stadt rechnungsmäßig nichts geändert, da sie an die Stelle jener Actien 450 Obligationen à 100 fl erhalte, welche mit 4 Procent verzinst werden würden.

Aus diesen Gründen habe sich die Commission für den Ankauf erklärt und gebe anheim, sich den Propositionen des Stadtmagistrats gemäß damit einverstanden zu erklären:

- 1) daß die Gasfabrik sammt Zubehörungen von der Stadt angekauft, und daß den bisherigen Actionairen für 129,000 fl Gesamtbetrag ihres Stamm-Capitals 2580 Stück städtische Obligationen, jede über 100 fl mit 4 procentigen Zinscoupons vom 1. Juli 1863 an ausgehändigt werden;
- 2) daß der Gaspreis für Privat-Consumenten vom 1. Januar d. J. an auf $3\frac{1}{2}\text{ fl}$ pro 1000 Cubikfuß festgestellt, und
- 3) daß die Verwaltung der Gas-Anstalt einem gegen Remuneration anzustellen den Special-Director, unter Oheraufsicht einer aus einem Magistrats-Mitgliede und zwei Stadtverordneten zu bildenden Commission, vorbehaltlich der Festsetzung der beiderseitigen Rechte, übertragen werde.

Die dem Berichte folgende Debatte, an welcher sich eine große Anzahl der Mitglieder der Versammlung theilnahmte, beschränkte sich im Wesentlichen auf die Frage,

wie diese Angelegenheit geschäftsmäßig zu behandeln sei. Wie lichtvoll und überzeugend auch der Bericht des Herrn Referenten, aus dem oben nur wenige Notizen gegeben sind, gefunden wurde, so sprach sich doch allgemein das Verlangen aus, die so wichtige Angelegenheit einer vorherigen gründlichen Prüfung zu unterwerfen, da es unmöglich sei, die vielen, im Berichte noch so übersichtlich gegebenen Daten sofort in sich aufzunehmen, und zu verarbeiten. Da andererseits auch die Dringlichkeit der Entscheidung hervorgehoben wurde, so einigte sich die Versammlung schließlich zu folgenden Beschlüssen:

- 1) daß die Finanz-Commission aufs Schnellste, womöglich bis zum kommenden Dienstage, die Autographirung der im Berichte enthaltenen Zahlen-Zusammenstellung zu besorgen und den Mitgliedern Exemplare derselben zuzustellen habe;
 - 2) daß, falls bis Dienstag die betreffenden Schriftstücke in den Händen der Mitglieder sein sollten, auf heute über acht Tage zur weitem Berathung eine Sitzung der Versammlung anberaunt, und daß
 - 3) auf kommenden Mittwoch, Nachmittags 4 Uhr, ebenfalls im Locale des Neustadt-Rathhauses eine Vorberathung angesetzt werde;
- und erklärte sich Herr Reuter bereit, in der letztern den Mitgliedern alle gewünschten Aufschlüsse zu ertheilen.

VII. Nach einem Magistratschreiben vom 18. December v. J. hat der Stadtmagistrat, in Berücksichtigung der bereits öfters auch von dieser Versammlung geäußerten Wünsche Anträge an das Herzogliche Staats-Ministerium gerichtet wegen Ueberlassung der Area des alten Theaters behuf Anlegung einer Markthalle daselbst. Die Verhandlungen sind nun ihrer Endschafft dadurch nahe geführt, daß die Herzogl. Landesregierung an die Landesversammlung den Antrag gestellt hat, ihre Zustimmung zu der Ueberlassung des Platzes an die Stadt zu erklären, und zwar im Wesentlichen nur unter der Bedingung, daß die Stadt sich verpflichte:

- 1) den Theaterplatz auf ihre alleinigen Kosten planiren, mit Grand befahren und so weit erforderlich bepflanzen zu lassen, und
- 2) den Platz nur mit einer Markthalle, aber nicht mit anderen Gebäuden bebauen zu lassen, noch weniger aber zu Bauplätzen zu verkaufen.

Da der Stadtmagistrat, um eine bindende Erklärung abgeben zu können, wegen der durch die Planirung u. entstehenden Kosten zu etwa 1500 R der Zustimmung der Stadtverordneten bedarf, so wird diese im Schreiben anheim gegeben.

Nach dem Berichte des Herrn Uhde hat sich die Finanz-Commission einverstanden erklärt, da der Platz einen ungleich höheren Werth habe, als die angeforderte Summe, wenngleich bei der augenblicklichen Finanzlage der Stadt fürs Erste an den Bau der Markthalle nicht wohl zu denken sei.

Bei der Besprechung des Antrages erklärten sich namentlich die Herren Bartels und Häusler gegen die beabsichtigte Planirung mit Grand, da die für die Anwohner daraus entstehenden Nachtheile auch durch die Einführung der allgemeinen Wasserleitung nicht völlig würden beseitigt werden können, während aber Herr Bartels sich im Ganzen gegen die Errichtung einer Markthalle aussprach, empfahl Herr Häusler die thunlichste Beschleunigung des Baues derselben. Nachdem der Herr Berichterstatter darauf aufmerksam gemacht hatte, daß zur Entwerfung der Baupläne und des Kosten-Anschlages Zeit erforderlich sei, und daß nach der Absicht

der Regierung der Abbruch des Theaters schon jedenfalls künftige Ostern stattfinden sollte, auch schon wegen der Versenkungen eine Planirung des Bodens sofort erforderlich sein, es daher sich immer um ein Interimisticum handeln werde, sprach sich auch Herr Oberbürgermeister Caspari in diesem Sinne aus. Für den Augenblick handle es sich lediglich um die Frage, ob man den Platz für 1500 $\text{\$}$ erwerben oder ob man denselben zur beliebigen Disposition der Herzoglichen Landesregierung lassen wolle, und da könne doch die Entscheidung nicht zweifelhaft sein.

Die Versammlung genehmigte denn auch den auf Annahme der Proposition gerichteten Commissions-Antrag zugleich mit dem Beschlusse, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Vorbereitungen zur Erbauung der Markthalle thunlichst zu beschleunigen.

Hiernächst berichtete

VIII. Herr Reuter über ein Magistratsschreiben vom 14. December v. J., die hiesige Turnhalle betreffend.

Nach einer Eingabe des Vorstandes der Actiengesellschaft der Turnhalle wird das ganze Etablissement 23,500 $\text{\$}$ kosten, wovon 9500 $\text{\$}$ durch Actien, und 5000 $\text{\$}$ durch ein bei Herzoglichem Leihhause gemachtes Anlehen gedeckt, 9000 $\text{\$}$ aber jetzt noch herbeizuschaffen sind. Die letztere Summe vom Herzoglichen Leihhause ebenfalls noch zu erhalten, ist nur dann möglich, wenn die Stadt sich für dieselbe verbürgt. Der Vorstand der Gesellschaft hat hierum nun auch nachgesucht, wogegen dieselbe die Verpflichtung übernehmen will:

- 1) nach Befreiung der sämtlichen Ausgaben, insbesondere der Zinsen des angeliehenen und noch anzuleihenden Hypothekcapitals, sowie der regelmäßigen Amortisation auf diese Capitalien, den bleibenden Ueberschuß so lange auf die Amortisation zu verwenden, bis das neu anzuleihende Capital von 9000 $\text{\$}$ abgetragen sein wird;
- 2) dem Stadtmagistrate jährlich die Abrechnungen nebst dem Nachweise über die Zahlung der Zinsen und Capitalabträge vorzulegen;
- 3) für den Fall, daß die Einkünfte der Turnhalle neben den laufenden Ausgaben die Zinsen und regelmäßigen Capitalabträge nicht mehr zu decken im Stande sein sollten, davon dem Stadtmagistrate sofort Anzeige zu machen, und wenn die Gesellschaft dann nicht im Stande sein sollte, die Stadt von der übernommenen Bürgschaft binnen 3 Monaten zu liberiren, der Stadt das gesamte Vermögen der Gesellschaft gegen Uebernahme der darauf ruhenden Verbindlichkeiten, jedoch unter Verzichtleistung auf das Actiencapital, zu überlassen.

Dabei hat der Vorstand auszuführen gesucht, daß der letztgedachte Fall und also eine Gefährdung der Stadt wahrscheinlich nicht eintreten werde, indem die Ausgabe der Gesellschaft auf etwa 1000 $\text{\$}$ jährlich zu berechnen seien, die Einnahmen zwar augenblicklich erst 696 $\text{\$}$ betragen, sich aber durch den Hinzutritt der Gymnasien und der Bürgerschulen auf die erforderliche Summe von 1000 $\text{\$}$ in Kurzem steigern dürften.

Das Schreiben führt nun aus, daß nicht wohl etwas anderes übrig bleiben werde, als auf das Gesuch der Gesellschaft einzugehen, die wegen der durch ihren Techniker geschehene Ueberschreitung des Bauanschlages schon durch den Verlust der Zinsen auf die eingezahlten Actiencapitale während einer voraussichtlich langen Reihe von Jahren hart genug getroffen werde; auch sei es unbillig, wenn derselben bei

einem offenbar im allgemeinen Interesse begonnenen Unternehmen sofort jede Aussicht auf die Wiedererlangung des eingezahlten Geldes genommen werden sollte; und selbst in dem allerdings nicht unmöglichen Falle, daß die Einnahmen der Turnhalle sich nicht so steigern sollten, um die Ausgaben bestreiten zu können, würde denn doch der Stadt für ein Capital von 16,000 \mathfrak{f} die Turnhalle eigenthümlich zufallen, für deren Erbauung sonst binnen Kurzem doch hätte gesorgt werden müssen.

Herr Reuter schloß sich namens der Finanz-Commission im Wesentlichen den Ausführungen des Stadtmagistrats an und hob namentlich hervor, daß zwar die Gefahr, für das neu darzuleihende Capital eintreten zu müssen, nach Maßgabe der bisherigen Einnahme nicht zu leugnen sei, daß aber eine Vermehrung derselben ziemlich sicher zu erwarten stehe, theils in Folge der Zunahme der Mitgliederzahl des Männer-Turnvereins, theils in Folge der Theilnahme der Schulen, für welche demnächst ja hoffentlich das Turnen obligatorischer Unterrichts-Gegenstand werden würde. So empfehle denn auch die Commission, die beantragte Bürgschaft unter den angegebenen Bedingungen zu übernehmen.

Der selbe erläuterte diesen Bericht in Uebereinstimmung mit dem Herrn Oberbürgermeister Caspari auf eine Anfrage des Herrn Vorsitzenden noch dahin, daß die zu übernehmende Bürgschaft erst dann in Kraft treten würde, wenn die aufgestellten Bedingungen wirklich von der Gesellschaft würden übernommen worden sein, wozu allerdings die Zustimmung der General-Versammlung der Gesellschaft erforderlich sei; was Herr Häusler, zugleich in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vorstandes derselben, mit dem Bemerken bestätigte, daß es wünschenswerth geschehen habe, vor Berufung der General-Versammlung bestimmte Aussicht auf Annahme des entworfenen Planes von Seiten der städtischen Behörden zu haben.

Herr Häusler entwickelte ferner in längerer Rede die Ursachen der mit Recht so viel Aufsehen erregenden Ueberschreitung des Voranschlages bei dem Baue der Turnhalle und entschuldigte den Vorstand der Gesellschaft insbesondere damit, daß der von ihm engagirte, im besten Rufe stehende Techniker die Kosten des Baues mit Bestimmtheit auf nur 8—9000 \mathfrak{f} veranschlagt habe, während nachträglich das Bau-Conto auf 17,000 \mathfrak{f} gewachsen sei, und führte als Grund des an die städtischen Behörden gerichteten Besuches um Vermittelung noch an, daß ein Versuch das erforderliche Capital durch Ausgabe von Prioritäts-Actien anzuschaffen, bei der Schwierigkeit, die Stammactien unterzubringen, völlig hoffnungslos gewesen sein würde.

Herr Leiste fand es bedenklich, daß bei zeitweiser Nichtzahlung der Zinsen die Insolvenz der Actien-Gesellschaft angenommen, und dann das gesammte Actien-capital der Stadt überwiesen werden solle. Es sei wohl möglich, daß die Halle nebst dem Plage bei einer etwaigen Subhastation zwar nicht für 23,500 \mathfrak{f} aber doch für mehr als 14,000 \mathfrak{f} würde verkauft werden. Was die Halle hiernach mehr als 14,000 \mathfrak{f} werth sei, würde den Actionairen ungerechter Weise entzogen. In der General-Versammlung der Actionaire werde freilich die der Stadt günstigere Bedingung durchgebracht werden, da die von dem Vertreter des Magistrats repräsentirten 80 Stimmen bei dem geringen Besuche der General-Versammlung regelmäßig den Ausschlag gäben. Schwerlich sei es indessen angemessen, daß die Stadt diesen Vortheil ausnütze. Auch bei Beschränkung der Rechte der Stadt auf die eines Hypothek-Gläubigers sei Verwilligung der Bürgschaft unbedenklich, und empfehle er daher die entsprechende Modification der Bedingungen für die Uebernahme der Bürgschaft.

Herr *Kronheim* erklärte sich entschieden gegen die Ansicht des Herrn *Vorredners*, wies darauf hin, daß die Actionaire auf Entschädigung doch keinerlei Aussicht hätten, und gab anheim, die Halle lieber ohne Weiteres schon jetzt auf Rechnung der Stadt zu übernehmen.

Herr *Oberbürgermeister Caspari* bemerkte, daß, falls die Auffassung des Herrn *Leiste* Anklang finden sollte, die Stadt sich jedenfalls zurückziehen müsse, da bei einer Subhastation der Turnhalle lediglich eine künstliche Steigerung zum Nachtheile der Stadt zu erwarten sei. Ebenso wenig könne er des Herrn *Kronheim* Vorschlage beitreten, da voraussichtlich das Unternehmen in den Händen der Stadt weniger rentiren werde, als in den einer Actien-Gesellschaft, weil man der Stadt viel eher Opfer zumuthen würde. Er empfehle daher die Annahme des vorgelegten Antrages mit der Anheimgabe, den Stadtmagistrat wegen der 2000. fl Actien, mit denen die Stadt bei dem Unternehmen theilhaftig sei, zu autorisiren, sich in der bevorstehenden General-Versammlung der Actionaire für das vorgeschlagene Abkommen zu erklären, da in der fraglichen Beziehung eine besondere Autorisation für nöthig gehalten werden könne.

Herr *Häusler* schloß sich diesen Bemerkungen an, und wies darauf hin, daß bei einer Subhastation die Gefahr nahe liege, daß das Gebäude durch Ankauf eines Speculanten dem jetzigen Zwecke völlig entzogen werde.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn *Berichterstatters* genehmigte die Versammlung die Proposition und stimmte der Ansicht des Herrn *Vorsitzenden* bei, daß durch diesen Beschluß der Stadtmagistrat ohne Weiteres autorisirt erscheine, in der General-Versammlung der Actionaire dem vorgeschlagenen Abkommen beizutreten.

Schließlich kam in vertraulicher Sitzung eine Steuerreclamation zum Vortrage.

(Beilage zum 41. Stücke der Braunschw. Anzeigen)

Nr. 2.(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 33 des 1864 der
Braunschweigischen Anzeigen.)**1864.****Verhandlungen**

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.**Sitzung am 28. Januar 1864.**

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Födel, Kloss und Quenstedt.

Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Land syndic Desterreich, wurde der noch nicht veröffentlichte Theil des Protocolls der Sitzung vom 3. December v. J. und das Protocoll vom 21. Januar d. J. verlesen und nach Erledigung einer Reclamation genehmigt.

Der Herr Vorsitzende ertheilte hierauf

I. das Wort an Herrn Leiste behuf Motivirung des von demselben und Herrn Risch bieter gestellten Antrages, dahin lautend:

die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, auf eine der Steigerung der Preise der Lebensmittel in vollem Maße entsprechende durchgreifende Erhöhung der den hiesigen städtischen Lehrern zu gewährenden Gehaltsbeträge baldthunlichst Bedacht zu nehmen, und demgemäß sowohl über die Verwendung der zu solchen Zwecke für das laufende Jahr verfügbar bleibenden Geldmittel als über das dem Voranschlage der Ausgaben der Stadtcasse von 1865 ab zum Grunde zu legende Maß der fraglichen Gehaltserhöhungen der Stadtverordneten-Versammlung demnächst Vorlage zu machen.

Herr Leiste führte zur Begründung seines Antrages im Wesentlichen an:

Eine entsprechende Erhöhung der Lehrergehalte sei ein unumgängliches Erforderniß, wenn unser Schulwesen auf der hohen Stufe, welche es bisher eingenommen, erhalten werden solle, da die Tüchtigkeit der Lehrer nach allen Seiten hin durch eine angemessene Honorirung ihrer Leistungen bedingt sei. Nicht allein hätten sich nun aber in Folge des stetigen Steigens der Lebensmittelpreise die bisherigen Gehalte, welche im Minimum seit 1830 — 230 fl und seit 1855 — 250 fl betrügen, jetzt bis zu 500 fl stiegen

und daher schon für die damaligen Verhältnisse äußerst knapp zugemessen gewesen, als unzulänglich herausgestellt, sondern es seien auch die Anforderungen, welche an die Leistungsfähigkeit der Lehrer gestellt würden, theils weil von ihnen jetzt ein höherer Bildungsgrad verlangt werde, theils wegen der erhöhten Stundenzahl und der ungewöhnlich raschen Zunahme der Zahl der zu unterrichtenden Kinder, in fortwährendem Steigen begriffen. Als ein nur zu geringes und prekäres Ausgleichungsmittel müßte denn aber auch die Möglichkeit, nebenher Privatunterricht zu ertheilen, angesehen werden, da nach einer von Sachverständigen aufgestellten Berechnung auch bei der angespanntesten Thätigkeit, welche die Kräfte nothwendig aufreiben resp. doch den Schulzwecken mehr oder weniger entziehen müsse, kaum mehr als 150 bis 200 fl auf diese Weise zu erwerben seien. Der Antrag müsse ferner als dringlich bezeichnet werden, da die wenig verlockende Aussicht, bis zu einem Alter, in welchem Techniker und Personen ähnlichen Standes leicht das Doppelte verdienen, in der untersten Gehaltsklasse zu bleiben, eine erhebliche Abnahme des Zudranges zu den Lehrerstellen herbeigeführt habe, so daß bei der im Lehrerstande herrschenden Freizügigkeit, und da andere größere Städte mit angemessenen Gehaltsaufbesserungen vorangegangen seien, ein plötzlicher Mangel an Lehrkräften keine Unmöglichkeit sei. Geschäftsmäßig endlich empfehle sich der Antrag, so wie er gestellt sei, deshalb, weil mehrere Fragen dabei zu berücksichtigen seien, welche bei einer Berathung gelegentlich der Feststellung der betreffenden Etats-Position nicht genügend geprüft werden könnten. Die Antragsteller gaben daher anheim, denselben einer Commission zur Vorberathung zu überweisen.

Unter Zustimmung der Versammlung überwies der Herr Vorsitzende hierauf den Antrag der Finanz-Commission und der Schul-Commission zum gemeinschaftlichen Berichte.

Nachdem Herr Häusler auf Ersuchen des Herrn Vorsitzenden die Leitung übernommen hatte, ging die Versammlung sodann

II zur Fortsetzung der Berathung über die Proposition wegen Ankaufs der Gasbeleuchtungs-Anstalt über.

Zunächst vervollständigte Herr Stadtrath Rittmeyer die von Herrn Reuter, als dem Referenten, gegebene, in der Anlage beigefügte Zahlenzusammenstellung durch die folgende, aus den Büchern gezogenen Berechnung des Selbstkostenpreises des Gases im Gasometer für das Betriebs-Jahr 1861/62.

Die Kosten betragen nämlich:

1) an Materialien, als:		
a. westphäl. und Boghead-Kohle,		
b. Reinigungsmaterial, Kalk, Eisenvitriol u. . .	14331 fl 25 gr 7 z	
2) an Löhnen:		
a. ständige Arbeiter auf der Fabrik 1658 fl 19 gr 2 z		
b. Lohn der Laternenanstrecker . . .	1710 » 4 » 7 »	
		3368 fl 23 gr 9 z
3) Unterhaltungskosten:		
a. der Feuerungen	562 fl 3 gr 2 z	
b. Leitungen in der Fabrik und dem Hofe	94 » 7 » 9 »	
Latus	656 fl 11 gr 1 z	17700 fl 19 gr 6 z

Transport	656	11	12	17700	19	6	12
c. an den Gebäuden	227	6	6				
d. Utensilien und Geräthe	480	8	3				
e. Laternen	383	7	5				
f. Leitungen in der Stadt	295	13	2				

4) Fuhrlöhne	2042	16	7	12
5) Bureau- und Verwaltungskosten	38	22	5	12
6) Diverse Ausgaben, z. B. Verkleinerung von Bog- head-Kohlen, Coakstieben, Reisekosten ic.	1572	14	—	12
	1654	12	4	12
insgesamt	23008	25	2	12
Davon ging ab Erlös aus Nebenproducten, Coak, Theer, altes Eisen ic.	5170	13	4	12
Bleibt	17838	11	8	12

Nach Absatz des Gasverlustes und Selbstverbrauches sind fabricirt 13,227,800 Cu-
biffuß Gas; so daß sich der Selbstkostenpreis für 1000 Cbfß. auf 1 fl. 10 gr. 4 $\text{Sch.$
gestellt hat.

Herr Rittmeyer führte noch an, daß sich, den gleichen Preis des Rohmaterials
vorausgesetzt, bei größerem Consume ein noch günstigeres Resultat herausstellen werde,
da ein Theil der aufgeführten Posten auch in diesem Falle sich nicht steigern würde.
So sei denn die von Herrn Reuter aufgestellte Rentabilitäts-Berechnung, welche auf
einem Fabricationspreise von $1\frac{1}{2}$ fl. beruhe, in keiner Weise zu hoch gegriffen.

Herr Reuter erläuterte hierauf einzelne der von ihm zusammengestellten Resultate
und führte ferner aus: wenn die Nachweisung

IV. ergebe, daß die Anlage der Stadt pr. pr. 281,500 fl. kosten werde, so
müsse man, um zu ermitteln wie viel dieselbe über den Werth bezahlt werde, von
dieser Summe abrechnen:

laut Nachweisung I p. p.	204100	fl.
die daselbst nicht, aber unter IV. berücksichtigte Hypothekenschuld mit	2500	fl.
den Werth der Gasuhren, welche 10,200 fl. ge- kostet hätten mit	7900	fl.
zusammen	214500	fl.

Es blieben dann 67,000 fl. ; da aber die Stadt Actien im Betrage von 32,500 fl.
besitze, für die sie jetzt 45,000 fl. erhalte, so sei der seitens derselben erzielte Gewinn
abzusetzen, und die Anlage werde 44,500 fl. über Kostenpreis erstanden. Es komme
dann allerdings noch in Betracht daß bislang keine Amortisation stattgefunden habe,
wenn man aber keinen ungebührlich hohen, sondern einen angemessenen Procentsatz für
Amortisation in Rechnung ziehe, so belaufe sich die den Actionairen für die Rückgabe
ihres Privilegiums gezahlte Prämie nicht, wie in der Vorversammlung ausgerechnet
sei, auf 100,000 fl. , sondern höchstens auf 70,000 fl. . Dies müsse zwar immer als
ein Opfer, aber verglichen mit den insbesondere auch für die Consumenten zu erlan-
genden Vortheile als ein verhältnißmäßig geringes angesehen werden.

Herr Lissebon: Er sei ein entschiedener Gegner der Proposition, da die schönsten Berechnungen über die Rentabilität hier, wo es sich im Wesentlichen um Conjunctionen handle, nichts helfen könnten. Er sei schon deshalb ein Gegner derselben, weil den überall gemachten Erfahrungen zuwider, ein Fabrikunternehmen den Händen von Privaten entzogen, und die Leitung einer Behörde unterworfen werden solle. Spreche man von der Abnahme der Streitigkeiten, die der Ankauf durch die Stadt zur Folge haben werde, so möchte eine arge Enttäuschung eintreten, da die Verwickelungen und Verdrießlichkeiten bleiben und nunmehr gegen die städtische Verwaltung ihre Spitze kehren würden. Das Wesentlichste aber sei, daß ungeachtet des großen von der Stadt zu übernehmenden Risikos die hohen Preise so ziemlich dieselben bleiben würden, mithin für die Consumenten wenig Vortheil zu erwarten sei. Noch vor einigen Jahren habe gerade der Herr Referent, bei seiner Sachkenntnis gewiß nicht ohne Grund, die Anlage der Fabrik als an wesentlichen Mängeln leidend, dargestellt, und jetzt werde die Zumuthung gemacht, dieses eben noch als verfehlt geschilderte Etablissement nicht etwa für den vollen, nein für den doppelten Betrag des Anlagecapitals anzukaufen! Schwerlich endlich möchten die in der Erde liegenden Röhren bei den zerfallenden Eigenschaften des Grund und Bodens auch nur annähernd den dafür angenommenen Werth haben.

Herr Aronheim, für den Commissionsantrag. Der Herr Vorredner irre, wenn er behaupte, daß der doppelte Werth des Werkes bezahlt werde, da nur das Doppelte des Nennwerthes der Actien gezahlt werden solle. Ferner lasse sich zwar die demnachstige Rente nicht bis auf Heller und Pfennig berechnen, aber die Gasfabrik sei eine Anlage, die von nach anderen Seiten hin gefährlichen Conjunctionen doch wohl am Mindesten werde berührt werden. Zwar sei richtig, daß die Stadt ein besseres Geschäft gemacht haben würde, wenn sie den Bau selbst übernommen hätte, aber die Rentabilitäts-Berechnung weise aufs Ueberzeugendste nach, daß sie jedenfalls kein schlechtes machen werde. Ebenso wenig gebe er etwas auf einen andern von Herrn Lissebon gemachten Vorwurf, da die Gründe nahe lägen, weshalb ein Institut wie eine Gasfabrik oder eine Wasserleitung für eine ganze Stadt unter die Leitung der städtischen Behörden gestellt werden dürfe und unter ihr gedeihen könne. Auch erscheine allerdings die zunächst beabsichtigte Herabsetzung des Gaspreises nicht sehr erheblich, aber sie sei doch größer, als die Gesellschaft sie habe zugestehen wollen, und wenn nicht alle Berechnungen täuschten, so werde die Lage der Anstalt in Kurzem eine fernere Herabsetzung gestatten. Endlich sei nunmehr wohl allen wesentlichen, früher mit Recht gerügten Uebelsständen in der Anlage des Etablissements abgeholfen, und bei der Legung der Wasserleitungsröhren hätten sich hinsichtlich der Verfassung der Gasröhren nur sehr günstige Resultate herausgestellt.

Herr Graß erklärte sich aus den von Herrn Lissebon angeführten Gründen ebenfalls gegen den Ankauf und führte noch an, daß der für Abtretung des Privilegiums geforderte Preis ganz enorm erscheine, wenn man berücksichtige, daß die Actionnaire im Durchschnitt während der ersten 11 Jahre wenigstens 11% Dividende bezogen, daß dieselben also nach mäßigster Berechnung für jede 100 fl nicht weniger als 266 fl erhalten hätten resp. noch erhalten sollten.

Herr Aronheim wies hiergegen darauf hin, daß denn doch ein großer Theil des gemachten Reingewinnes wieder in die Fabrik gesteckt sei, wie die Höhe des Baucontos ausweise, und daß dieser daher der Stadt zu Gute kommen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Auch er erkenne an, daß nach allseitigen Erfahrungen ein gewerbliches Etablissement in der Regel besser in den Händen von Privaten als unter der Leitung von Behörden gedeihe. Hier aber, wo es sich wie bei der Wasserleitung, darum handle, die Gemeindegossen mit einem unentbehrlichen täglichen Bedürfnisse zu versorgen, erscheine die unmittelbare Aufsicht durch die städtischen Behörden als ein dringendes Bedürfnis, wie denn auch die ursprüngliche Absicht gewesen sei, die Gasanstalt auf städtische Kosten zu errichten und an vielen anderen Orten von Seiten der Communen ebenfalls dahin gewirkt werde, solche Anlagen unter die Leitung der städtischen Verwaltung zu bringen. Nun verstehe es sich ferner von selbst, daß der Magistrat als solcher nicht befähigt sei, die Verwaltung in die eigenen Hände zu nehmen. Diese werde vielmehr einem Special-Director zu übertragen sein, und wenn in der That, wie Herr Lissabon besorge, die bisherigen Streitigkeiten ihr Ende nicht finden sollten, so würden sich dieselben wohl zunächst gegen die Special-Leitung und nicht gegen die städtischen Verwaltungs-Behörden richten; eventuell würden sich auch gegen diese gerichtete unberechtigte Angriffe ertragen lassen. Was denn ferner die angeblichen Mängel der jetzigen Einrichtung betreffe, so hätten die darüber eingezogenen Gutachten von Sachverständigen über die Beschaffenheit des Etablissements, auch hinsichtlich der Röhren, nur Günstiges ergeben, und der zu Rathe gezogene Director der Gasfabrik zu Frankfurt a. M. habe ausdrücklich erklärt, daß das Werk von wesentlichen Mängeln frei sei. Allerdings sei es sodann nicht angenehm, bei einem Kaufe einen höhern Preis zu zahlen, als der gekaufte Gegenstand gekostet habe, oder als man bei ursprünglich eigener Anlage hätte verwenden müssen; man müsse sich aber darüber dadurch beruhigen, daß dessenungeachtet die Rentabilität vollständig nachgewiesen sei, und bedenke man, daß man im Stande sein werde, binnen der 14 Contractsjahre jährlich mindestens 12,000 $\text{\$}$ zu amortisiren, so ergebe sich, daß man das Werk unter den vorgeschlagenen Bedingungen entschieden billiger acquiriren, als wenn man es nach Ablauf jener Jahre auf Grund des Vertrages übernehmen würde. So habe sich denn auch die Gasgesellschaft keineswegs dazu gedrängt, unter den vorgeschlagenen Bedingungen zu verkaufen, und wenn man voraussetzen dürfe, daß die bisherige Rentabilität auch zukünftig dauern werde, so könne man den Ankaufspreis in der That nur als einen billigen bezeichnen. Er dürfe ferner seine feste Ueberzeugung aussprechen, daß wohl schon im Jahre 1865 der Gaspreis auf 3 $\text{\$}$ werde herabgesetzt werden können, und schon dieser werde von den Sachverständigen als kein unbilliger bezeichnet. Endlich solle nicht geleugnet werden, daß, wenn der Weg vorgezogen werden sollte, wegen Herabsetzung des Gaspreises gegen die Gesellschaft auf schiebrichterlicher Entscheidung zu bestehen, die Entscheidung günstig für die Stadt ausfallen könne. Schwerlich würde sich aber auch im günstigsten Falle ein Mehreres erzielen lassen, als was die Stadt ohne diese Procedur zu gewähren im Stande sei, nämlich die Herabsetzung des Gaspreises auf $3\frac{1}{3}$ $\text{\$}$.

Herr Reuter: Der Vorwurf, daß der Ankaufspreis eine unangemessene Höhe habe, werde zum größten Theile entkräftet durch die aus den von ihm zusammengestellten Daten sich ergebende Betrachtung, daß keineswegs der ganze Reingewinn den Actionairen als Dividende zugeflossen, sondern daß ein sehr ansehnlicher Theil desselben zur Verbesserung und Vervollständigung der Anlage und zwar gerade zur Hebung der früher von ihm gerügten Mängel, verwandt sei. Jetzt schon reiche die Anlage zu einer Production von 22 Millionen Cbss. aus, und bis dieser Consum erreicht sein werde,

werde auch die Vermögenslage der Anstalt neue Verwendungen gestatten. Beträge aber vollends der Selbstkostenpreis nicht, wie er, um sicher zu gehen, angenommen habe, 1 R 15 gr , sondern nach den von Herrn Stadtrath Rittmeyer gemachten Angaben nur 1 R 10 gr , so rechne sich der jährliche Ueberschuß für das erste Jahr schon auf 15,000 R , für das zweite auf 17,000 R , für das dritte auf 21,000 R . Nehme man durchschnittlich für jedes Jahr eine Amortisation von 16,000 R an, bei welcher sehr wohl weitere Preisermäßigungen und Verwendungen auf die Anlage nebenher ausführbar seien, so ergebe die Amortisation im Laufe der 14 Jahre den erheblichen Betrag von 224,000 R , und koste dann die Anlage der Stadt demnächst 66,000 R . Daß eine Tare derselben eine weit höhere Summe ergeben werde, sei ganz unzweifelhaft.

Da ferner die Direction der Gasgesellschaft trotz alles Drängens sich nur dazu habe verstehen wollen, daß der Preis vom 1. Juli nächsten Jahres an auf $3\frac{1}{3}$ S und bei einem Privatconsum von 15 Millionen Cbß. auf 3 S ermäßigt werde, und zwar unter der ausdrücklichen Bedingung, daß dann von weiteren Preisermäßigungen für die Dauer des Contractes nicht mehr die Rede sein solle, so ständen sich auch die Privat-Gasconsumenten bei dem Ankaufe der Anlage durch die Stadt besser; denn auch er glaube nicht, daß bei dem Versuche, die Gasgesellschaft durch ein aus Sachverständigen zusammen zu setzendes Schiedsgericht zu größerer Ermäßigung des Gaspreises zu vermögen, viel herauskommen werde, da solche Sachverständige wohl vorzugsweise aus den Directoren auswärtiger Gasanstalten würden gewählt werden, deren Urtheile schwerlich vollkommen unbefangen sein möchten, wozu noch komme, daß die Leuchtkraft des hiesigen Gases den Protokollen des Dr. Herzog zufolge als eine den Gasen in andern Städten gegenüber sehr vorzügliche documentirt sei.

Herr Lissebon: Er wolle zwar nicht behaupten, daß man die vorgelegten Zahlen wider besseres Wissen so gruppiert habe, um den Ankauf recht günstig für die Stadt erscheinen zu lassen, aber es dränge sich ihm der Zweifel auf, ob auch bei städtischer Verwaltung sich eben so günstige Resultate ergeben möchten, und er müsse, wenn die Zahlen richtig seien, seine Verwunderung darüber aussprechen, daß die Actionaire trotz dieser günstigen Lage das Etablissement veräußern wollten; er fürchte, daß die Sache doch irgend wo einen Haken habe.

Herr Bartels: So viel er wisse, sei die Rentabilitäts-Berechnung ausschließlich nach Privat-Mittheilungen des Gasdirectors Busch aufgestellt. Warum werde nicht das officiële Calculationsbuch der Gesellschaft vorgelegt? Bei der Wichtigkeit dieses Punktes stelle er den Antrag:

den Magistrat nur unter der Voraussetzung zum Abschluß des Kaufes zu autorisiren, daß laut des geführten Calculationsbuches oder nach Maßgabe der sonstigen Fabrikbücher in den letzten beiden Betriebsjahren das Gas loco Fabrik incl. aller Ausgaben der Fabrik mit Ausschluß derjenigen für Neubauconto, Zinsen, Amortisation und Dividenden nicht über $1\frac{1}{2}$ R pro 1000 Cbß. gekostet habe.

Nach verschiedenen Zwischenbemerkungen, durch welche dieser Antrag sowohl befürwortet als auch angegriffen wurde, weil er in die Glaubwürdigkeit der Mittheilungen der Gesellschaft Mißtrauen zu setzen scheine, erörterte Herr Stadtrath Rittmeyer, daß ihm ein besonderes Calculationsbuch nicht bekannt geworden, daß aber die von

ihm mitgetheilten Notizen aus den Fabrikbüchern gezogen seien, und jeden Augenblick in denselben nachgesehen werden könnten.

Es wurde darauf zur Abstimmung geschritten, und genehmigte die Versammlung die Commissionsanträge in folgender Fassung:

- 1) daß die Gasfabrik sammt Zubehörungen von der Stadt angekauft, und daß den bisherigen Actionairen für 129,000 $\text{\$}$ Gesamtbetrag ihres Stammcapitals 2580 Stück städtische Obligationen, jede über 100 $\text{\$}$ mit vierprocentigen Zinscoupons vom 1. Juli 1863 an, ausgehändigt, auch die sonstigen aus den vorgelegten Calculationen ersichtlichen Bedingungen von der Stadt übernommen werden; alles dies jedoch nur unter der Voraussetzung, daß laut des geführten Calculationsbuches oder nach Maßgabe der sonstigen Fabrikbücher in den letzten beiden Betriebsjahren das Gas loco Fabrik incl. aller Ausgaben der Fabrik mit Ausschluß derjenigen für Neubauten, Zinsen, Amortisation und Dividenden nicht über $1\frac{1}{2}$ $\text{\$}$ pro 1000 Cubikfuß gekostet habe;

unter dieser Voraussetzung aber ferner:

- 2) daß der Gaspreis für Privat-Consumenten vom 1. Januar d. J. an auf $3\frac{1}{3}$ $\text{\$}$ pro 1000 Cbß. festgestellt, und
- 3) daß die Verwaltung der Gasanstalt, bei einem von der Stadtcasse getrennten Rechnungswesen, einem gegen Remuneration anzustellenden Special-Director, unter Oberaufsicht einer aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten zu bildenden Commission, vorbehaltlich der Festsetzung der beiderseitigen Rechte, übertragen werde.

Schließlich machte noch

III. Herr Oberbürgermeister Caspari Mittheilungen über verschiedene von dem Obergerichts-Advocaten Pape hieselbst, an den Stadtmagistrat gerichteten Anträge, die Umlegung der Kasernenstraße, und das Anerbieten desselben, zur Abtretung des erforderlichen Tractus aus dem von ihm angekauften Theile des Herzoglichen Küchengartens betreffend.

Es ergab sich aus diesen Mittheilungen, daß der Stadtmagistrat in Gemäßheit des eingeholten Gutachtens bei der Höhe der von dem Antragsteller gemachten Ansprüche keinerlei Veranlassung gefunden hat, in dieser Angelegenheit Anträge an die Versammlung zu richten.

Herr Aronheim, sowie der Herr Vorsitzende hielten das Verfahren des Stadtmagistrats für vollkommen gerechtfertigt.

Die Sitzung wird hiermit geschlossen.

I. Nachweisung wie hoch den jetzigen Actionairen die Gasanlage einsteht.

1) Bureau-Kosten während des Baues	3301	§	16	g	4	z
2) Mobiliar-Conto	706	«	—	«	4	«
3) Röhren-Anlage-Conto	88,523	«	18	«	1	«
4) Fabrik-Anlage-Conto	66,154	«	—	«	—	«
5) I. Gasometer-Anlage-Conto	8,257	«	13	«	8	«
6) II. dito dito dito	21,048	«	29	«	6	«
7) Vorrathshof-Anlage-Conto	2,751	«	14	«	2	«
8) Schienengleis- u. Drehscheibe-Anlage-Conto	2,716	«	12	«	5	«
9) Neue Kohlenschuppen-Anlage-Conto	3,065	«	18	«	8	«
10) Erhafter-Anlage-Conto	3,890	«	17	«	4	«
11) Zukauf des Selwig'schen Gartens (5557 § 2 g 5 z)	3,057	«	2	«	5	«
	203,472	§	13	g	7	z
Auf dem betreffenden General-Conto ist diese						
Addition ausgeworfen mit	203,522	§	24	g	7	z
Ausgaben im November v. J., welche noch						
nicht auf die Einzel-Conten vertheilt waren	621	«	26	«	4	«
Summa	204,144	§	22	«	1	z

II. Controle der obigen Nachweisung.

Laut Anlage A. ist seit dem Bestehen der Fabrik ein reiner Gewinn erzielt von u.	171,072	§				
Davon sind verausgabt:						
1) an die Actionaire für Dividende	99,810	§				
2) an den Dirigenten Busch, Tan- tieme	5,832	«				
3) an den Professor Warentrapp, Tantieme	3,711	«				
4) an den Buchhalter Henkel, Tan- tieme	1,782	«				
5) Leprince an Gratificationen	2,397	«				
	113,532	§				
Auf die Erweiterung der Anlage blieben daher	57,540	§				
zu verwenden.						
Dazu kommt						
a. das Stammcapital	129,000	§				
b. das Prioritätscapital	28,000	§				
	214,540	§				

Ein Theil der Ueberschüsse von circa 10,396 ₹ muß daher zu andern nicht er-
sichtlichen Zwecken verwandt sein, wahrscheinlich sind dafür Anlagen ausgeführt, welche
nicht als Neubauten, sondern als Reparaturen angesehen und die daher nicht auf die
einzelnen Anlage-Conten übertragen sind.

III. Privat-Einrichtungs-Conto.

Dasselbe hat zu fordern

- | | |
|---|------------------|
| 1) an hiesige Privaten resp. Gesellschaften | 8,693 ₹ |
| 2) der Lagerbestand hat einen Werth von | 4,382 ₹ |
| 3) in Cassa befinden sich | 700 ₹ |

13,775 ₹

Zu zahlen hat dasselbe
für gelieferte Gegenstände, welche oben

unter 2 mit abgeschätzt sind . . . 543 ₹

Zantieme an Busch und Henkel . . . 1125 ₹

1,668 ₹

Ueberschuß 12,107 ₹

IV. Nachweisung

wie hoch der Stadt die Gasanlage einstehen würde.

für 129,000 ₹ Stammcapital zahlt dieselbe 258,000 ₹

sie übernimmt die Prioritäten mit 28,000 ₹

« « die Hypothekschuld auf den
früher Selwig'schen Garten mit 2,500 ₹

« « die Herstellungskosten der neuen
Defen mit 5,000 ₹

« « die Zahlung der Dividende für
 $\frac{62}{100}$ an die Stadtcasse mit 3,375 ₹

« « eine Zahlung an Herrn E. Wie-
weg mit 1,300 ₹

« « eine Zahlung an Hrn. Götter mit 800 ₹

298,975 ₹

Dagegen empfängt dieselbe

44 Stück Braunschweigische Bank-
Actien à 64 ₹ 2,816 ₹

baarer Cassenvorrath im Monat De-
cember ppr. 2,500 ₹

den Ueberschuß vom Privat-Einrich-
tungs-Conto III. 12,107 ₹

17,423 ₹

281,552 ₹

Da aber verschiedene Baurechnungen noch nicht eingegangen waren, deren Beträge sich nur abschätzen ließen, da ferner die Erweiterung des Retortenhauses und die Vermehrung der Zahl der Defen eine Vergrößerung der Reinigungs-Apparate bedingt, welche demnächst beschafft werden muß, da namentlich von den nach dem 1. Juli erfolgten Einnahmen ein großer Theil absorbiert ist, um den gegenwärtigen Status herzustellen, diese Einnahmen aber eigentlich dem Betriebsjahre 1863/64 hätten ungeschmälert zu Gute kommen müssen, so habe ich den Kostenpreis der Gasanlage, wie solcher sich am 1. Juli 1863 herausstellt, als dem Termine, von wo an die Uebernahme erfolgt, auf 290,000 ₡ angenommen.

V. Rentabilitäts-Berechnung.

1863/64.

Zinsen von 290,000 ₡ à 4 Proc.	11,600 ₡
17 Millionen Ebfsß. Gas incl. aller Kosten $1\frac{1}{2}$ ₡	25,500 ₡
	37,100 ₡
5 Millionen für die Stadt und für Gas-Verlust bringen ein circa 10,000 ₡	
10 Millionen an Privaten à $3\frac{1}{3}$ ₡	33,333 $\frac{1}{3}$ ₡
2 Millionen an größere Consumenten à 3 ₡	6,000 ₡
	49,333 $\frac{1}{3}$ ₡
Ueberschuß 12,233 $\frac{1}{3}$ ₡ (Amortisation à 4 Proc.)	

1864/65.

Zinsen von 278,000 ₡ à 4 Proc.	11,120 ₡
18 Millionen Ebfsß. Gas incl. aller Kosten $1\frac{1}{2}$ ₡	27,000 ₡
	38,120 ₡
5 Millionen für die Stadt und für Gas-Verlust bringen ein 10,000 ₡	
11 Millionen an Privaten à $3\frac{1}{3}$ ₡	36,666 $\frac{2}{3}$ ₡
2 Millionen an größere Consumenten à 3 ₡	6,000 ₡
	52,666 $\frac{2}{3}$ ₡
Ueberschuß 14,546 $\frac{2}{3}$ ₡ (Amortisation à 5 Proc.)	

1865/66.

Zinsen von 264,000 ₡ à 4 Proc.	10,560 ₡
20 Millionen Ebfsß. Gas incl. aller Kosten à $1\frac{1}{2}$ ₡	30,000 ₡
	40,560 ₡
5 $\frac{1}{4}$ Millionen für die Stadt und für Gas-Verlust bringen ein 10,000 ₡	
12 $\frac{1}{4}$ Millionen an Privaten à $3\frac{1}{3}$ ₡	40,833 $\frac{1}{3}$ ₡
2 $\frac{1}{2}$ Mill. an größere Consumenten à 3 ₡	7,500 ₡
	58,333 $\frac{1}{3}$ ₡
Ueberschuß 17,773 $\frac{1}{3}$ ₡ (Amortisation à $6\frac{1}{2}$ Proc.)	

Danach würde am 1. Juli 1866 der Kostenpreis der Anlage auf 247,000 ₡ verringert sein.

Anlage A.

Pos.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13				
Jahr	Zinsen von Prioritäten	Ausgelooste Prioritäten	Anteile für den Dirigenten	Anteile für den Techniker	Anteile für den Buchhalter	Reservofond	Reservofond für Eisenbau	Reservofond für Er- weiterung d. Röhren	Reservofond für Dachreparatur	Reservofond für die Baucasse	Reservofond für Verschiedenes	Reservofond für Gandelaber	Unterstützungsfond für Arbeiter	Dividende	Summe der ge- zahlten Dividende	Summe des erziel- ten Gewinnes	Forderung an Leprince
	Stück	Stück	₹	₹	₹	₹	₹	₹	₹	₹	₹	₹	₹	%	₹	₹	₹
31. Decbr. 1853	301	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	5160	5666	—
30. Juni 1854	326	—	86	86	21	—	245	—	—	—	—	—	—	2	1720	2160	—
1855	352	10	236	236	59	—	509	—	—	—	—	—	—	5 ² / ₃	4873	5915	397
1856	354	20	508	508	127	—	1256	—	—	—	—	—	—	12	10320	12720	—
1857	345	41	560	560	140	—	2730	—	—	—	40	—	—	10	8600	16730	—
1858	325	10	432	—	108	—	—	4000	—	—	—	—	—	6 ¹ / ₇	5282	10823	—
1859	315	10	500	—	125	4000	2000	—	285	—	—	—	—	10	8600	16511	—
1860	315	4	515	257	257	710	—	—	—	5370	—	—	—	10	10750	18261	—
					89												
1861	311	10	716	716	179	1606	—	—	—	2000	58	—	—	9 ¹ / ₂	12255	18620	—
					106												
1862	301	21	848	848	212	2665	—	—	3050	3450	129	—	1000	10	12900	27310	—
1863	280	30	1431	500	359	3578	—	2638	—	4000	—	500	1000	15	19350	36356	—
		160	5832	3711	1782	12559	6740	6638	3335	14820	227	500	2000	—	99810	171072	397

Durchschnitt.
10 27 2 7 2

(Beilage zum 74. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

N. 3.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 41 de 1864 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1864.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 10. März 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Kronheim, Grund, Südel und Kellner.

Nachdem die Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Landsyndicus Desterreich eröffnet war, bemerkte Herr Reuter zu dem bereits publicirten Protocolle der Sitzung vom 28. Januar d. J., daß die in der von ihm vorgelegten Nachweisung »wie hoch den Actionairen die Gasanlage einsteht« enthaltene Angabe auf pag. 9 desselben, wonach die Verwendung einer Summe von circa 10,396 \mathfrak{f} nicht ersichtlich sei, ihren Grund darin habe, daß ihm bei der von ihm vorgenommenen Zahlen-Zusammenstellung nur die Abschlüsse der Gas-Gesellschaft vorgelegen hätten, und daß er die in der im 24. Stücke der Braunschweigischen Anzeigen erfolgten Entgegnung des Verwaltungsrathes der Gesellschaft gemachten Angaben selbstverständlich für völlig richtig halte; der Herr Vorsitzende knüpfte daran die Erklärung, daß die Bekanntmachung des Verwaltungsrathes für nöthig erachtet sei, um etwaigen Mißdeutungen jener Notiz, bei dem mit der Entstehung und dem Zwecke der vorgelegten Nachweisung unbekannten Publikum entgegen zu treten. Das Protocoll wurde genehmigt.

Der Herr Vorsitzende verlas sodann

I. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. Februar d. J., Inhalts dessen

in Folge des laut Protocolls vom 3. December v. J. an den Stadtmagistrat gerichteten Ersuchens mit dem Herzoglichen Stadtgerichte hieselbst das Uebereinkommen getroffen ist, daß künftig behuf der Verlassung von Grundstücken im hiesigen Stadtbezirke nur solchen Personen, Männern oder Frauenzimmern, ein Markgenossenschaftsrecht ertheilt werden wird, welche in der hiesigen Stadt kein Wohnortsrecht haben, bei den hier domicilirten Personen aber, welche nicht Bürger sind und sich nicht durch ihren Bürgerbrief legitimiren an die Stelle des Markgenossenschaftsrechts eine von dem Magistrate zu ertheilende Wohnrechtsbescheinigung treten soll.

Hierauf berichtete

II. Herr Graß für die Bau-Commission über ein Schreiben des Magistrats vom 3. Februar d. J., die Ausdehnung der Communalwege betreffend. Das Schreiben bemerkt, daß diejenigen drei Wege, welche nach dem Beschlusse vom 5. Juni 1862 unter die städtischen Communalwege aufgenommen worden, im Laufe der beiden verfloßenen Jahre vollständig hergestellt seien, erklärt es als im allgemeinen Interesse liegend, wenn für jetzt noch nicht zur Herabsetzung der Beiträge der Feldmarks-Interessenten geschritten, sondern noch andere Wege, insbesondere solche, welche dem allgemeinen Verkehre dienen oder an denen Wohnhäuser in größerer Zahl entstanden seien, unter die Zahl der Communal-Wege aufgenommen und chaussirt würden, und giebt anheim, diese Maßregel für die nächste Zeit auf folgende Wege auszudehnen.

- 1) den Weg vom kleinen Exercierplatze ab bis zum Bülten,
- 2) den hinter dem Silberschmidt'schen Garten nach der Masch führenden Weg,
- 3) den von der Nordseite des Martini-Friedhofes hinführenden Weg, die sogenannte Kuhtrift, soweit derselbe von bewohnten Gärten begrenzt wird und namentlich bis zu dem Eingange zu dem gedachten Friedhofe.

Die Commission hat sich einverstanden erklärt und giebt nur anheim, bei der Herstellung dieser Wege mit dem zuletzt erwähnten, der sogenannten Kuhtrift, den Anfang zu machen.

Nachdem Herr Nieß den Antrag befürwortet und Herr Bartels hinsichtlich der Fortführung dieser sogenannten Kuhtrift einige Vorschläge gemacht hatte, welche Herr Oberbürgermeister Caspary zu berücksichtigen versprach, wurde die Proposition in Gemäßheit des Commissions-Antrages genehmigt.

Ebenfalls Herr Graß referirte ferner:

III. über ein Magistrats-Schreiben vom 15. Februar d. J., die für das Jahr 1864 projectirten Neupflasterungen betreffend.

Nach demselben ist es im Anschlusse an die früheren Neupflasterungen mit Rücksicht auf die verfügbaren Geldmittel für dieses Jahr auf die Fortführung der Neupflaste-

nung durch die Schuhstraße und, mit Beiseitlassung des Sacks, durch den Straßenzug vor der Burg bis zum Burgplatze abgesehen. Mit dem Bemerkten, daß der betreffende Kostenanschlag auf die Gesamtsumme von 8404 fl 14 gr 7 d hinausläuft, von welcher 6485 fl 29 gr auf den allgemeinen Pflasterfonds übernommen werden müssen, und der Rest mit 1918 fl 15 gr 7 d auf die Privaten fallen würde, wird die Zustimmung zu dieser Neupflasterung anheimgegeben, welche die Versammlung denn auch in Gemäßheit des Commissions-Berichts aussprach.

IV. Nach einem andern Magistrats-Schreiben vom 20. Februar d. J., über welches Herr Bantler Namens der Finanz-Commission berichtete, hat der Bleicher August Büttner von hier darauf angetragen, daß ihm die auf der Wendenmisch belegene Rathsbliche, welche bisher der Bleicher Fricke, nachher dessen Erben in Pacht gehabt, nunmehr, nachdem er sich mit der Wittve Fricke verheirathet, und die übrigen Fricke'schen Erben ihr Pachtrecht auf die Bektore ausschließlich übertragen haben, unter den bisherigen Pachtbedingungen auf 12 Jahre verpachtet werden möge. Mit Rücksicht auf die große Baufälligkeit der betreffenden Gebäude ist nun die Pacht, welche früher 200 fl jährlich betragen, bereits seit Oftern 1843 auf 130 fl , jedoch unter der Bedingung herabgesetzt worden, daß

1) der Pächter sämtliche Reparaturen an den Gebäuden auf eigene Kosten zu beschaffen habe,

2) auf Meliorationen keinen Anspruch machen dürfe, und

3) wenn die Gebäude während der Pachtzeit einstürzen oder unwohnbar werden sollten, die Stadt solche nicht wieder aufzubauen habe, vielmehr der Pachtcontract alsdann erlösche.

Da diese Bedingungen sich als durchaus practisch bewährt hatten, und die Persönlichkeit des Antragstellers Büttner zu Bedenken keinen Anlaß gebe, so wird die Zustimmung zu der beantragten Verpachtung von Oftern d. J. ab anheimgegeben.

Nach dem Berichte des Herrn Bantler hat sich die Commission für Genehmigung der Proposition erklärt. Um jedoch eine Sicherheit gegen den gänzlichen Verfall der Baulichkeiten der Bleiche zu haben, hält sie es für wünschenswerth, den Pächter contractlich zu verpflichten, diejenigen Reparaturen, welche der Stadtbaumeister bei einer alljährlich vorzunehmenden Revision als unumgänglich erforderlich bezeichnen würde, auf eigene Kosten vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte sich gegen diese Bedingung, welche den an sich empfehlenswerthen Abschluß des Contracts leicht ganz verhindern werde, da man dem Pächter nicht wohl zumuthen könne, eine bei dem schlechten Zustande jener Gebäude ganz unberechenbare Last zu übernehmen. Da der städtische Baumeister den bei anderen städtischen Gebäuden von ihm angewandten Maßstab bei seiner Revision anlegen möchte, so könne er es höchstens für angemessen halten, wenn dem Stadtmagistrate die Endentscheidung über die vom Stadtbaumeister als dringend bezeichneten Reparaturen überlassen werde.

Herr Uhde erklärte sich für den Commissions-Vorschlag, der erforderlich sei, wenn die Gebäude nicht in Folge der Verzögerung von nothwendigen Reparaturen ganz verfallen sollten, nur möge man die Höhe bis zu welcher der Pächter zu Aufwendungen zu verpflichten sei, auf eine mäßige jährliche Summe, etwa 100 fl bis 150 fl , limitiren.

Der Herr Vorsitzende erklärte sich gegen alle diese Vorschläge. Bei der Unmöglichkeit, etwas Bestimmtes festzusetzen, was die Interessen der Stadt vollständig sichere, ohne doch den Contract für den Pächter zu drückend zu machen, gebe er anheim, in dem Rückschreiben nur die Erwartung auszusprechen, daß der Stadtmagistrat bei Abschluß des Contractes die Interessen der Commune in dieser Hinsicht möglichst berücksichtigen werde.

Nachdem die Herren Uhde, Lissebon und Bautler sich mit dem letztern Vorschlage einverstanden erklärt hatten, wurde der Magistrats-Antrag mit dem vom Herrn Vorsitzenden vorgeschlagenen Zusatz genehmigt.

Auf das für die Schul-Deputation abgestattete Referat des Herrn Graß erklärte sich die Versammlung ferner damit einverstanden, daß

V. wie in einem Magistratschreiben vom 1. März d. J. beantragt, der Gehalt des Zeichenlehrers Uhlenhaut von 240 fl auf 300 fl erhöht und

VI. auf den Antrag des Stadtmagistrats vom 1. März d. J. von Ostern d. J. an bei der großen Zahl der in den combinirten fünften Klassen der beiden Volksschulen befindlichen Kinder, für jede dieser Klassen ein neuer Lehrer fest angestellt werde; und stellte bei Gelegenheit der Berathung ad V. Herr Oberbürgermeister Caspari auf die Anfrage des Herrn Häusler eine Mittheilung des Stadtmagistrats über die Aufnahme der Zeichenlehrer in die Zahl der ordentlichen Lehrer und die Einreihung derselben in die Gehaltsklassen in nahe Aussicht.

Bei der von dem Herrn Commissions-Referenten durch Zahlen dargelegten großen Ueberfüllung auch der niederen Volksschulen genehmigte ferner die Versammlung den Commissions-Antrag:

an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, derselbe wolle in Erwägung ziehen, ob sich die Errichtung einer dritten Volksschule nicht als nothwendig herausgestellt habe.

Hiernächst berichtete

VII. Herr Häusler für die Statuten-Commission über ein Magistratschreiben vom 7. März d. J., den von dem Zimmermeister Eduard Meyer hieselbst gegen die Stadt eingeleiteten Proceß betreffend.

Nach diesem Schreiben hat der genannte Meyer gegen die Stadt eine Klage auf Zahlung von 619 fl 28 g sammt 5 % Zinsen seit dem 25. September 1861 für im

Auftrage des Stadtbaumeisters Tappe zum tausendjährigen Jubiläum von ihm gelieferte Zimmerarbeiten und Materialien angestellt.

Der Magistrat erklärt nun nach der von ihm angestellten Sachuntersuchung, insbesondere auf die Angaben des Stadtbaumeisters und des Baugehilfen Böker, welche dieselben eichlich zu erhärten bereit sind, gestützt, den erhobenen Anspruch für völlig ungerechtfertigt und giebt mit dem Bemerken, daß, soweit dies nach Lage der Sache wünschenswerth sei, und unter Berücksichtigung der Stellung des Stadtbaumeisters irgendetwas thunlich erscheinen werde, auf den Abschluß eines Vergleiches Bedacht genommen werden solle, anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadtmagistrat sich auf den vorgedachten Proceß einlasse.

Auch die Commission hat sich, wie der Herr Referent in einem ausführlichen Vortrage entwickelte, von dem Grunde der erhobenen Ansprüche überzeugt und empfiehlt daher die Annahme des Antrages mit dem Zusatze, den Stadtmagistrat ohne Weiteres zu dem Abschlusse eines demselben paßlich erscheinenden Vergleiches zu autorisiren.

Herr Nieß sprach sich mit Rücksicht auf die ihm persönlich von dem Kläger gemachten Angaben für Annahme eines angemessenen Vergleiches aus.

Der Herr Vorsitzende hielt dagegen mit Rücksicht auf die Versicherungen der genannten Bau-Officianten die Einlassung auf den Proceß für unbedenklich und im Interesse der Aufrechterhaltung der Autorität derselben für geboten, und die Versammlung stimmte schließlich dem Magistratsantrage mit dem von der Commission hinzugefügten Zusatze zu.

VIII. Nach einem andern Magistrats-Schreiben vom 7. März d. J., über welches gleichfalls Herr Häusler für die Statuten-Commission berichtete, haben die Gastwirthe Brennecke, Saue, Pahlmann, Deyl und Schomburg ein gemeinschaftliches Gesuch an den Stadtmagistrat gerichtet, in welchem sie die Erstattung derjenigen Kosten im Gesamtbetrage von 110 bis 120 fl beantragen, welche durch die Legung von Fußböden in den für sie auf städtische Kosten bei Gelegenheit des tausendjährigen Jubiläums der Stadt auf dem kleinen Exercierplatze errichteten Buden entstanden sind, und deren Uebernahme auf die Stadtcasse, obwohl von dem Stadtbaumeister abgelehnt, von einem Mitgliede des Comités ihnen zugesagt sei. Wenngleich nun das betreffende Comité-Mitglied diese Angabe in Abrede stelle, so sei doch die Legung der Fußböden dringend erforderlich gewesen, und wird daher die Genehmigung des Gesuches anheimgegeben.

Nach dem Berichte des Herrn Häusler ist die Commission mit dem Antrage einverstanden.

Herr Reuter bemerkte, daß er, welcher angeblich die behauptete Autorisation als Comité-Mitglied ertheilt haben solle, dies zwar in Abrede stellen müsse, da er die Bittsteller damals immer an den Stadtbaumeister verwiesen habe, daß aber die Anlage selbst wegen des unerträglichen Staubes nothwendig gewesen sei, und die Versammlung

sich auch schon bei einer frühern Gelegenheit mit der Zulässigkeit dieser Nachverwilligung einverstanden erklärt habe.

Es wurde hierauf die Uebernahme der fraglichen Summe auf die Stadtcasse ausgesprochen.

IX. Auf den Antrag des Herrn Oberbürgermeister Caspari wurde ferner beschlossen, dem Magistratsdiener Schulte zu der am 14. März d. J. stattfindenden Feier seines 50jährigen Dienstjubiläums als Beweis der Zufriedenheit mit seinen Dienstleistungen eine Gratification von 50 R zu verwilligen.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit in vertraulicher Sitzung nothwendig gewordenen Anträgen, welche eine große Anzahl von Steuer-Reclamationen und Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts betrafen.

Am 14. März d. J. wurde die Sitzung des Magistrats zu dem Zweck eröffnet, die Angelegenheiten der Steuer-Reclamationen zu erledigen.

Am 14. März d. J. wurde die Sitzung des Magistrats zu dem Zweck eröffnet, die Angelegenheiten der Steuer-Reclamationen zu erledigen.

Am 14. März d. J. wurde die Sitzung des Magistrats zu dem Zweck eröffnet, die Angelegenheiten der Steuer-Reclamationen zu erledigen.

Am 14. März d. J. wurde die Sitzung des Magistrats zu dem Zweck eröffnet, die Angelegenheiten der Steuer-Reclamationen zu erledigen.

Am 14. März d. J. wurde die Sitzung des Magistrats zu dem Zweck eröffnet, die Angelegenheiten der Steuer-Reclamationen zu erledigen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. April 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Flügge, Füdel und Kellner.

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden Herrn Landsyndicus Desterreich eröffnet und zunächst das Protokoll vom 10. März d. J., nachdem der noch nicht veröffentlichte Theil desselben verlesen war, genehmigt. Jedoch bemerkte Herr Haars ad N^o VII. dieses Protokolls, daß der Zimmermeister Meyer, welcher natürlich von der Rechtmäßigkeit seiner gegen die Stadt erhobenen Ansprüche ebenso überzeugt sei, wie es der Stadtbaumeister vom Gegentheile zu sein scheine, ihm zu seiner Rechtfertigung mitgetheilt habe, daß er bei der Entstehung des Conflictes den Stadtbaumeister zur Aufnahme eines Augenscheins über die streitigen Punkte aufgefordert, dieser aber solchen kurz abgelehnt habe. Er müsse dies zur Rechtfertigung des Zimmermeisters Meyer mittheilen und bemerken, daß der betreffende Beschluß der vorigen Sitzung, wie er ihn nach der Statt gehaltenen Motivirung habe auffassen müssen, mehr auf Herbeiführung eines Vergleiches gezielt habe, als das Protokoll ersehen lasse.

Derr Herr Vorsitzende verlas hierauf

I. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 12. März d. J., in welchem die Mittheilung enthalten ist, daß das Herzogliche Staats-Ministerium die Genehmigung zu der in der Sitzung vom 21. Januar d. J. beschlossenen Uebernahme einer Bürgschaft seitens der hiesigen Stadt für die Turnhallen-Gesellschaft durch Rescript vom 5. März d. J. verweigert hat. Der Stadtmagistrat erklärte sich nun zu einer Remonstration

hiergegen um so weniger für veranlaßt, als nach ihm zugegangenen neueren Nachrichten die Verhältnisse der Gesellschaft erheblich ungünstiger zu sein scheinen, als früher vermuthet werden konnte, und behält sich weitere Anträge vor.

II. Nach einem andern Schreiben des Stadtmagistrats vom 16. März d. J. soll der Fabriktschler Adolf Listing von hier, welcher bei einer eingetretenen Krankheit Armen-Unterstützung zum Betrage von 44½ R genossen hat, einen erheblichen Lotteriegewinn gethan haben, würde daher zur Rückzahlung dieser Summe verpflichtet sein, weigert sich aber dessen. Da es im Interesse der Armenanstalt dringend erforderlich erscheine, das Princip der Rückforderung geleisteter Unterstützungen unter den gesetzlichen Voraussetzungen nach Kräften zu wahren, so wird die Einleitung eines Processes gegen den p. Listing beantragt.

Nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden hat die Statuten-Commission sich einverstanden erklärt, und nachdem Herr Overbürgermeister Caspari auf eine Anfrage des Herrn Leiste die Gründe mitgetheilt hatte, aus denen der Stadtmagistrat die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der p. Listing in der That auf die angegebene Weise zu Vermögen gekommen sei, trat die Versammlung dem Antrage bei.

Ebenfalls der Herr Vorsitzende berichtete

III. für dieselbe Commission über ein Gesuch einer Anzahl Salzfeller um Beschränkung der Verkaufszeit von Salz aus den hiesigen Salzfellereien auf diejenigen Stunden der Wochentage, auf die er in der Stadt Wolfenbüttel beschränkt sei. Das Gesuch stützt sich darauf, daß bei der bisherigen Einrichtung die Zeit der Petenten so sehr in Anspruch genommen sei, daß sie zur Verrichtung von Nebenarbeiten außer Stande und somit lediglich auf die ihnen seitens der Stadt gezahlte Remuneration beschränkt seien. Der Magistrat hat sich in dem Schreiben vom 14. März d. J. gegen die Gewährung des Gesuches erklärt, und es nur zum Ermessen stellt, ob die Salzfeller nicht in den Nachmittagsstunden der Sonn- und Festtage, etwa von 2 bis 6 Uhr, von der Verpflichtung zum Verkaufe von Salz liberirt werden könnten.

Aus den vom Stadtmagistrate angeführten Gründen, insbesondere weil die Bedürfnisse des Publikums eine andere Beschränkung nicht wohl zulassen, da es sich um den Verkauf eines der nothwendigsten Lebensbedürfnisse handelt, und weil in der Remuneration von jährlich 100 R eine ganz genügende Entschädigung für die von den Salzellern aufgewandte Zeit zu finden ist, andertheils ihnen aber zu den angegebenen Zeiten wohl einige freie Stunden gönnt werden können, hat sich die Commission mit der Verwerfung des Gesuches einverstanden erklärt, jedoch mit der Modification, daß den Salzellern gestattet werde, an Sonn- und Festtagen in den Stunden von 1 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends den Salzverkauf einzustellen.

Obwohl die Herren Nieß und Liffen sich im Interesse der kleinen Leute, die das benöthigte Salz nur in den kleinsten Quantitäten und auf jeweiliges augenblickliches Bedürfniß ankaufen könnten, gegen die beantragte Begünstigung aussprachen, so genehmigte die Versammlung doch den Commissions-Vorschlag, nachdem von anderer Seite darauf hingewiesen war, daß die Freigebung gerade der proponirten Stunden die Consumenten nur äußerst wenig belästigen werde.

Es folgte

IV. der gleichfalls vom Herrn Vorsitzenden für die Finanz- und Schul-Commission erstattete Bericht über das Magistrats-Schreiben vom 18. März d. J., die städtische höhere Töchterschule betreffend. Nach demselben ist es schon deshalb, weil die

Zahl der Schülerinnen voraussichtlich sehr zunehmen wird, unumgänglich erforderlich, schon nächste Michaelis auf ein anderes Lokal für dieselbe Bedacht zu nehmen, und da der sofortige Neubau eines Schulgebäudes aus mehreren Rücksichten unthunlich erschienen, die Ermietung eines solchen ins Auge genommen. Unter den zu diesem Zwecke in Folge öffentlicher Bekanntmachung angebotenen Häusern eignet sich das auf der Steinstraße *N. ord.* 3 belegene Haus des Kaufmanns Eduard Schade nach dem Gutachten des Schuldirectors Friedrichs und des Stadtbaumeisters Tappe, vollkommen für die Wöchsterschule, weshalb der Stadtmagistrat auf die Ermächtigung dazu anträgt: dieses Haus auf fünf Jahre von Michaelis d. J. an für 700 fl jährlich zu ermiethen, auch die erforderlichen Veränderungen, welche nach Angabe des Stadtbaumeisters nicht über 200 fl kosten werden, vornehmen zu lassen.

Ferner wird mit Rücksicht darauf, daß es im höchsten Grade wünschenswerth sei, wenn der Schuldirector seine Wohnung im Schullokale selbst habe, und daß das demselben für die Geschäfte des Directors und drei wöchentliche Unterrichtsstunden gezahlte Honorar von 200 fl als ein geringes erscheine, darauf angetragen:

sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Schuldirector Friedrichs das oberste Stockwerk des zu ermietenden Hauses unentgeltlich als Wohnung eingeräumt werde.

Die Commission hat sich mit diesen Anträgen einverstanden erklärt, schlägt jedoch vor:

dem Stadtmagistrate den Wunsch auszudrücken, daß in dem abzuschließenden Mietcontracte die Bedingung aufgenommen werden möge, daß die Stadt noch vorgängiger halbjähriger Kündigung schon nach Ablauf von vier Jahren vom Contracte zurücktreten könne.

Nachdem der Herr Referent noch bemerkt hatte, daß der Contract sich auf die nach der Südstraße zu gelegenen Hintergebäude des Hauses nicht mit erstrecke, und die ziemliche Höhe des Mietpreises in der durch die Einrichtung einer Schule nothwendigerweise erfolgenden starken Abnutzung der Wohnung ihren Grund finde, der eventuelle Vorschlag der Commission aber darin seine Rechtfertigung finde, daß es nicht gerathen sei, den Mietcontract für längere Zeit abzuschließen, als das Bedürfnis unter allen Umständen erheischen werde — wurden die Magistrats-Anträge nebst dem Commissions-Vorschlage angenommen.

Ferner berichtet

V. Herr Bantler Namens der Finanz-Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 8. März d. J., die von der »Braunschweigischen Bau-Gesellschaft« am Altstadtmärkte angekauften Häuser sub *N. 3, 4, 5, 6 und 7* betreffend. Diese Gesellschaft, welche an die Stelle jener Häuser zwei neue Häuser zu erbauen beabsichtigt, wünscht nämlich die Erlaubnis zu erhalten, mit dem Neubau in gerade Linie mit den Nachbarhäusern des Altstadtmarktes vorrücken zu dürfen, hat sich zugleich bereit erklärt, zur Herstellung eines geeigneteren Einganges zur Görtelingerstraße von der jetzigen area ihrer Häuser 135 q Fuß zur Straße liegen zu lassen, und beansprucht nun eine Vergütung von 10 fl pro q Fuß der letztern Fläche, weil der Gewinn der von der Stadt der Gesellschaft abzutretenden Fläche dadurch aufgewogen werde, daß dieselbe, um zu deren Benutzung in den Stand gesetzt zu werden, neue Keller anlegen und Grundmauern auführen müsse. Indessen hat sich das Stadtbauamt, welches im

Ganzen mit dem Bauplane einverstanden ist, doch nur für eine Bewilligung von 5 \mathcal{F} pro Quadratfuß, also von 675 \mathcal{F} , erklärt, da die Gesellschaft eigentlich schon durch das ihr am Altstadtmärkte abzutretende weit größere Terrain völlig entschädigt werde, und die Anlage neuer Keller- und Grundmauern unter allen Umständen beim beabsichtigten Neubau erforderlich gewesen wäre, mithin auch die Bewilligung jener kleinern Summe nur als eine Unterstützung der Gesellschaft durch die Stadt zu betrachten sei, welche sich durch den guten Zweck des beabsichtigten Neubaus rechtfertigen lasse. Mit Rücksicht auf diese Gründe, da ferner das von der Stadt abzutretende Terrain derselben niemals einigen Nutzen abwerfen kann, und die Ausführung des Baues im beiderseitigen Interesse liegt, beantragt der Stadtmagistrat die Genehmigung zu der betreffenden Abtretung und die Zahlung einer Vergütung von 1000 \mathcal{F} , auf welche Summe die Gesellschaft ihren Anspruch nachträglich ermäßigt hat, eventuell aber von 675 \mathcal{F} .

Nach dem Berichte des Herrn B a u t l e r kann die Commission keinerlei Berechtigung der Bau-Gesellschaft auf eine Entschädigung für den abzutretenden Tractus anerkennen, da sie durch das weit größere Terrain, welches ihr dafür am Altstadtmärkte eingeräumt werden würde, weitaus entschädigt wird; ja sie hält sogar das beabsichtigte Zurückschieben nach der Gördelingerstraße für im eigenen Interesse des Neubaus, da dadurch an der engsten Stelle der Straße die Wohnräume heller und freundlicher werden müssen. Sie schlägt jedoch mit Rücksicht auf die durch den Neubau, wie er beabsichtigt werde, zu gewinnenden Vortheile, namentlich die Verbreiterung des Einganges zur Gördelingerstraße und Verschönerung des Altstadtmärktes, und mit Bezug auf frühere ähnliche Fälle vor, unter Genehmigung des betreffenden Terrain-Austausches der Bau-Gesellschaft einen Zuschuß von 500 \mathcal{F} aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Herr U h d e erläuterte noch, daß die Majorität der Commission hauptsächlich Rücksicht genommen habe auf die augenblicklich sehr beschränkten Mittel der Stadt, eine Minorität sich jedoch für die Bewilligung der größeren Summe ausgesprochen habe.

Bei der Debatte wurde nun von den Herren Kronheim, Häusler, Rieß und dem Herrn Vorsitzenden für die Bewilligung eines größeren Zuschusses namentlich hervorgehoben, daß das vom Altstadtmärkte abzugebende Terrain, der Disposition der Stadt durch die vorhandenen Kelleröffnungen zum größten Theile bereits entzogen sei und bei einem Neubau ein Vorrücken in die Fluchtlinie des benachbarten Hauses, von Seiten des Stadtbauamts sogar gefordert sein würde, übrigens aber die Abtretung eines Streifens von der Aree der zum Abbruche bestimmten Häuser zur Verbreiterung des Eingangs zur Gördelingerstraße im öffentlichen Interesse so wünschenswerth erscheine, daß zu diesem Zwecke füglich die erbetene Summe ausgesetzt werden könne; ferner daß auch in anderer Beziehung die Gemeinnützigkeit des Unternehmens und die Aussicht auf Verschönerung des schönsten Platzes der Stadt wohl zu einem erheblichen Opfer berechtige, und daß es sich um die Unterstützung eines Vereines handle, der sich nicht pecuniären Gewinn, sondern den Vortheil der Stadt zum Ziele gesetzt habe, der insbesondere bei dem Unternehmen gewärtig sein müsse einen Theil seines Capital-Vermögens zuzusetzen, und die Absicht habe, insofern eine Veräußerung der neu herzustellenden Häuser möglich sein werde, sofort zu ferneren, hauptsächlich auf die Verschönerung der Stadt berechneten Bauten zu schreiten.

Dagegen sprachen sich sowohl nochmals Herr B a u t l e r, als die Herren Graß und L i s s e b o n für die Bewilligung nur einer geringern Summe aus, da die Gesellschaft schon durch die Abtretung eines größeren Raumes hinreichend unterstützt werde,

und die Stadt bei der großen Anforderung an ihre Mittel gerade jetzt mit ihren Ausgaben haushälterisch sein müsse.

Bei der Abstimmung bewilligte die Versammlung indessen mit geringer Majorität einen Zuschuß von 1000 M und sprach ihre Zustimmung zu dem betreffenden Areal-Austausche aus.

Nachdem hierauf Herr Reuter von der Versammlung beurlaubt war und sich entfernt hatte, berichtete

VI. der Herr Vorsitzende namens der Statuten-Commission über die Proposition des Stadtmagistrats, die Berichtigung des Preises für die angekaufte Leuchtgas-Fabrik und die Verwaltung derselben betreffend. Der Herr Referent verlas zunächst das Rescript des Herzoglichen Staatsministerii vom 2. März d. J., durch welches der Ankauf der Gasfabrik genehmigt ist, und theilte sodann aus dem Magistratschreiben vom 16. ejusd. die in jenen Beziehungen gemachten Vorschläge mit, welche in der aus den Berathungen der Statuten-Commission hervorgegangenen und von dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats vorläufig gutgeheißenen Fassung lauten:

- 1) Die Gasanstalt wird, getrennt von der übrigen städtischen Verwaltung, unter der Oberaufsicht einer aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten bestehenden Commission, durch einen Special-Director geleitet, welchem ein Techniker zur Seite steht. Beide werden auf Vorschlag des Stadtmagistrats von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt, welche auch den mit denselben abzuschließenden Vertrag, der insbesondere auch wegen deren Remunerirung das Nöthige enthalten muß, sowie die für dieselbe und die Aufsichts-Commission zu erlassende Instruction zu genehmigen hat.
- 2) Ueber die Verwaltung der Gas-Anstalt wird eine besondere Rechnung geführt, welche alljährlich am 30. Juni abgeschlossen wird. Dieselbe wird zunächst der Aufsichts-Commission zur Prüfung und mit deren etwaigen Bemerkungen dem Stadtmagistrate vorgelegt, dann aber wird mit derselben wie mit der Stadt-Cassen-Rechnung verfahren, dieselbe insbesondere auch alljährlich mit dieser dem Herzoglichen Staats-Ministerium zur Superrevision vorgelegt.
- 3) Bei der Mittheilung der fraglichen Rechnung wird der Stadtmagistrat der Stadtverordneten-Versammlung alljährlich Vorschläge über die Verwendung der Ueberschüsse der Gasanstalt und die von Privatconsumenten zu nehmenden Gaspreise machen. Um übrigens hierüber nicht jährlich Differenzen zu haben, wird jetzt schon bestimmt, daß eine Ermäßigung des Gaspreises, nachdem derselbe mit dem 1. Januar d. J. auf $3\frac{1}{2}$ M herabgesetzt ist, jedenfalls nicht früher eintreten soll, als bis die Ueberzeugung gewonnen ist, daß der in der Rentabilitäts-Berechnung für das Jahr 186 $\frac{3}{4}$ angenommene Ueberchuß von 12,233 $\frac{1}{3}$ M auch bei ermäßigtem Gaspreise bleibt, ferner daß eine Verwendung von Ueberschüssen der Gasanstalt zu anderen städtischen Zwecken nur dann zulässig ist, wenn die Ueberschüsse die vorgenannte, auf die Tilgung der zur Berichtigung des Kaufpreises contrahirten Schuld (S. Ziffer 5) unverkürzt zu verwendende Summe übersteigen.
- 4) Die bisherige, durch einen beeidigten Sachverständigen, jetzt den Dr. Herzog geführte Controle über die Leuchtkraft des Gases bleibt im Interesse des Publikums bis auf Weiteres bestehen.

5) Zur Berichtigung der Forderungen der Actionaire der Gasgesellschaft werden Obligationen (nach einem dem Schreiben beigefügten Formulare) gedruckt, die Stadtcasse bekommt ihre Forderung zu 45.000 M gleichfalls mit 4 Procent verzinst, es werden derselben indeß zur Ersparung von Kosten keine Obligationen auszufertigt, die Zahl der auszufertigenden Obligationen also auf 2130 Stück beschränkt, wovon jedoch jährlich mindestens 26 Stück ausgelooft werden. Rücksichtlich der noch fernerweit auf Amortisation zu verwendenden Ueberschüsse (S. Ziff. 3) bleibt es dem Beschlusse des Stadtmagistrats überlassen, ob dieselben zur Tilgung der oben gedachten Obligationen oder zunächst der vorhandenen Prioritäten über den in Betreff derselben feststehenden Amortisationsatz hinaus verwendet werden sollen.

6) Zum Special-Director der Gasanstalt wird der Tabacksfabrikant Herr Reuter vorgeschlagen, während als technischer Dirigent Herr Albert Busch, der jetzt diese Stelle versieht, beizubehalten sein würde. Für die mit denselben abzuschließenden Verträge werden folgende Bedingungen empfohlen:

a. Der Special-Director bekommt eine feste Remuneration von 500 M jährlich und eine Pantieme zu 4 Procent von dem, nach Verzinsung des Anlage-Capitals und nach Abrechnung der Betriebskosten im weiteren Sinne des Wortes bleibenden Reingewinn; der technische Dirigent, wie bisher, neben der freien Wohnung in dem Hauptgebäude, der freien Heizung und freien Erleuchtung, jährlich 500 M festen Gehalt und 4 Procent Pantieme von dem Reingewinne, welche wie bei dem Special-Director berechnet wird. Beiden wird dieselbe zum Betrage von 500 M mindestens garantirt. Entstehen Differenzen über die Berechnung des Reingewinns, so entscheidet darüber definitiv der Stadtmagistrat.

b. Es wird mit denselben ein Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen, welcher auf andere fünf Jahre verlängert gilt, wenn derselbe nicht ein Jahr vor Ablauf des Vertrags von der einen oder der andern Seite gekündigt wird.

c. Beide Dirigenten haben sich durch den abzuschließenden Vertrag zu verpflichten, auf die Anstalt die größte Aufmerksamkeit und den größten Fleiß zu verwenden und für Vernachlässigungen zu haften, sich auf die ihnen von den städtischen Behörden zu ertheilende Instruction zur Richtschnur ihres Handelns dienen zu lassen.

d. Sollten die städtischen Behörden es zweckmäßig finden, die Gasanstalt und die städtische Wasserleitung unter eine Verwaltung zu stellen, sei solches nur in kaufmännischer oder in technischer Hinsicht, so hat jeder der beiden Dirigenten, die Verpflichtung zu übernehmen, sich den ihnen danach zukommenden Geschäften gegen eine ihnen von den städtischen Behörden dafür auszufehende besondere Remuneration zu unterziehen.

Der Herr Vorsitzende begleitete die einzelnen Punkte mit den erforderlichen Erläuterungen, verstellte dieselben zur Genehmigung der Versammlung und gab anheim, die definitive Feststellung der dem Schreiben beigefügten Instructionen für die Ueberaufsichts-Commission, den Special-Director und den technischen Dirigenten der Vereinbarung der Statuten-Commission und des Stadtmagistrats zu überlassen, da eine Beratung derselben in voller Sitzung zu weit führen würde.

Bei der Special-Debatte wurden zunächst ad 1 der Vorlage auf das Verlangen des Herrn Grass die Grundzüge dieser Regulative für die einzelnen Factoren der Ver-

waltung mitgetheilt, und dabei bemerkt, daß die Aufsichts-Commission die Ueberwachung und Vertretung der städtischen Interessen übernehmen, also so zu sagen die Stelle des Eigenthümers einnehmen, der technische Director aber der Fabrication und der Special-Director der eigentlichen Verwaltung der Anstalt, insbesondere auch der kaufmännischen Seite vorstehen und dieselbe den Consumenten gegenüber vertreten solle.

Während ad 2 keine Erinnerungen gemacht wurden, tabelte ad 3 der Proposition Herr Lissabon die Anknüpfung des Gaspreises an eine bestimmte Höhe des jährlichen Ueberschusses, da man sich hier nur unnützer Weise die Hände binden werde. Von verschiedenen Seiten, namentlich von den Herren Uhde, Kronheim, Häusler und dem Herrn Vorsitzenden wurde dagegen darauf aufmerksam gemacht, daß die in die Vorlage aufgenommene Begränzung nach Maßgabe der Ankaufs-Bedingungen, und da sie mit der Rentabilitäts-Berechnung in untrennbarem Zusammenhange stehe, unter allen Umständen festzuhalten, und hinsichtlich der Interessen der Consumenten zu berücksichtigen sei, daß auch bei Festhaltung dieser Bestimmung ein bei der Beschaffenheit des Gases an sich geringer und so niedriger Gaspreis erreicht worden, wie er unter der frühern Verwaltung nicht habe erreicht werden können.

Die Punkte 4 und 5 fanden keine Beanstandung.

Dagegen entstand über Position 6 eine Debatte, an der sich eine große Anzahl der Mitglieder der Versammlung theilte. Zunächst wurde aus den Instructionen das Nähere über den Umfang der Geschäfte der beiden Dirigenten mitgetheilt. Die Besprechung erstreckte sich nun theils auf dies Verhältniß, theils auf die den Directoren zu zahlenden Gehalte und Remunerationen. Während von der einen Seite die Zweckmäßigkeit der Anstellung eines Special-Directors noch neben dem technischen Dirigenten und bei dem Engagement auch noch eines Buchhalters für die kaufmännischen Geschäfte bezweifelt wurde, hob man von der andern Seite die Nothwendigkeit dieser Einrichtung namentlich im städtischen Interesse nach allen Richtungen hin hervor, und hinsichtlich der den beiden Officianten zu zahlenden Gehalte und Tantiemen wurden verschiedene, von den Vorschlägen der Commission abweichende Anträge gestellt.

Schließlich wurden bei der Abstimmung mit großer Majorität die sämtlichen Commissions-Anträge, jedoch ad 6 mit der Modification, daß hinsichtlich der Tantieme des Special-Directors die Garantie einer bestimmten Höhe derselben nicht übernommen werden solle, von der Versammlung genehmigt, Herr Reuter zum Special-Director und Herr Busch zum technischen Dirigenten gewählt und beschloffen, der Statuten-Commission in deren vollständig versammelten Sitzung die Ausübung der Rechte der Stadtverordneten-Versammlung bezüglich der definitiven Feststellung der Instructionen für die einzelnen Organe der Verwaltung zu übertragen.

Die Sitzung wurde nach diesem Beschlusse geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. Mai 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Krönheim und Kellner.

Nachdem unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, in gemeinschaftlicher Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten, verschiedene Reclamationen Gewerbetreibender gegen ihre Veranlagung zum Salzconsum erledigt waren, eröffnete der Herr Vorsitzende, Landsyndicus De Sterreich, die besondere Sitzung der Stadtverordneten und ertheilte zunächst das Wort an Herrn Graß in Bezug auf das bereits veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 7. April d. J.

Herr Graß bemerkte: In der Darstellung der Verhandlung über die Wahl des Special-Directors der nunmehr städtischen Gas-Anstalt habe er einige von ihm vorgebrachte Erinnerungen ungern vermisst. Er habe nämlich damals an den Stadtmagistrat die Anfrage gerichtet, ob der von demselben vorgeschlagene Special-Director, Herr Reuter, beabsichtige, neben diesem Amte sein Fabrikgeschäft und die vielen von ihm verwalteten Ehrenämter beizubehalten, und als ihm bejahend geantwortet sei, so habe er erklärt, daß ihm in diesem Falle der für die Stelle ausgesetzte Gehalt zu hoch und daß es ihm unangemessen erscheine, einem städtischen Beamten die Betreibung eines Neben-, insbesondere eines bedeutenden Fabrikgeschäftes, zu gestatten. Es liege ihm daran, daß diese von ihm in der vorigen Sitzung geäußerten Bedenken weil sie ein Princip beträfen, bei denen ihn übrigens keinerlei persönliche Motive geleitet hätten, in das heutige Protokoll aufgenommen würden.

Der Herr Vorsitzende bestätigte, daß der Herr Reclamant die erwähnten Bemerkungen in der That gemacht habe, und erinnerte daran, daß demselben auf diese Ein-

wendungen unter Andern erwiedert sei, daß bei Uebertragung einer Stelle auf den Zeitraum von nur fünf Jahren die Erwartung der Aufgabe eines Geschäftes wohl schwerlich ernstlich gehegt werden könne, und daß, was den zuletzt erwähnten Punkt betreffe, die Stelle des Specialdirectors der Gas-Anstalt bei der getroffenen Einrichtung nicht wohl als eine städtische Beamten-Stelle anzusehen, indem vielmehr nur dem genannten besonders dazu geeigneten Herrn ein Mandat für die betreffende Geschäftsführung auf eine beschränkte Reihe von Jahren gegen Honorirung ertheilt worden sei.

Da sonstige Einwendungen gegen das Protokoll der vorigen Sitzung nicht erhoben wurden, so wurde dasselbe genehmigt.

Herr Häusler überreichte darauf folgenden Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, in geeigneter Weise dahin wirken zu wollen, daß der Bau des neuen Gymnasiums nur in einer solchen Weise ausgeführt werde, welche nach vorgängigem Gutachten der obersten Medicinalbehörde als unbedenklich auch in gesundheitspolizeilicher Rücksicht erkannt worden sei.

Bei der Motivirung desselben erklärte der Herr Antragsteller, daß, wenn in der Gymnasiums-Angelegenheit die in dieser Versammlung früherhin geäußerten Wünsche eine Beschleunigung des beschlossenen Neubaus zum Zweck gehabt hätten, die Sache jetzt so liege, daß eine Verzögerung desselben im höchsten Grade wünschenswerth sei. Nach dem entworfenen und so gut wie genehmigten Bauplane nämlich werde das Gebäude, in welchem die Schulzimmer eingerichtet werden sollten, mit der Facade nach Norden erbaut werden. Die Folge dieser Einrichtung würde nach competentem Urtheile sein, daß die Classen, namentlich in der Winterzeit, zu dunkel, und daß die Augen der Schüler durch das von dem gegenüberliegenden Hause zurückstrahlende Sonnenlicht belästigt und gefährdet werden würden. Es hätte daher auch das ganze Lehrercollegium nur mit der Ausnahme des Directors sich gegen den Plan erklärt, und ebenso spreche sich das Gutachten einer Anzahl Aerzte, an die er sich wendet, und unter denen sich auch bewährte Augenärzte befänden, einmüthig gegen denselben aus.

Der Herr Antragsteller verlas die bezüglichlichen Stellen dieses Gutachtens und schloß damit, daß durch die beabsichtigte bauliche Einrichtung des Schulgebäudes das Wohl und Wehe eines großen Theils der hiesigen Jugend auf Generationen hinaus berührt werde, und es daher nicht bloß ein Recht, sondern auch eine Pflicht der städtischen Behörden sei, auf die Abwendung der drohenden Gefahr mit allen Kräften hinzuwirken.

Die Versammlung genehmigte dann auch den Antrag ohne weitere Debatte.

Sodann wurden für den diesjährigen, auf den 24., 25., 26. und 27. August fallenden Militär-Aushebungs-Termin zu Deputirten die Herren Rischbieter und Quenstedt, zu ihrem Stellvertreter Herr Graß, zu den in die Direction der Gas-Anstalt zu deputirenden Mitglieder der Versammlung die Herren Randoehr und Westermann und zu ihren Stellvertretern die Herren Lüdel und Bieweg; endlich in die behuf Einschätzung der Häuser hinsichtlich der städtischen Wasserleitung zu bildende Deputation die Herren Flaggge, Rischbieter und Nothdurft erwählt.

Schließlich beschäftigte sich die Versammlung in vertraulicher Sitzung mit Wohnortrechts-Angelegenheiten.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Grund, Kellner und Rischbieter.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Landsyndicus De Sterreich, die Sitzung eröffnet hatte, und das Protokoll der Sitzung vom 12. Mai d. J. verlesen und genehmigt war, theilte

I. Herr Oberbürgermeister Caspari der Versammlung mit, daß das Herzogliche Staatsministerium auf das in Gemäßheit des in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusses an dasselbe gerichtete Gesuch durch Rescript vom 24. Mai d. J. die Herzogliche Baudirection angewiesen habe, vor Feststellung des Bauplans des neuen Gymnasiums mit Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium zu communiciren und bei dem auszuarbeitenden Entwurfe auch die hinsichtlich der, in gesundheitspolizeilicher Hinsicht geäußerten Bedenken, von dieser Behörde zu bezeichnenden Erfordernisse Rücksicht nehmen zu lassen.

Hierauf berichtete

II. Herr Bautler für die Finanz-Commission über ein Magistratschreiben vom 30. Mai d. J., den von der »Baugesellschaft« projectirten Ankauf des an der Gördelingerstraße belegenen Hauses des Badstuben-Besizers Bock betreffend.

Bei dem von dieser Gesellschaft in's Werk gesetzten Neubau am Altstadtmarkte hat sich nämlich die Ausdehnung desselben auf das bezeichnete Haus und damit der Ankauf des letztern als nothwendig herausgestellt, wenn der beabsichtigte Zweck, die Verschönerung dieser Gegend und die Verbreiterung der Gördelingerstraße in genügender Weise erreicht werden soll. Dazu bedarf es aber, wie ein Antrag der Gesellschaft auszuführen versucht hat, der Unterstützung der Stadt durch Herleihung eines Capitals von mindestens 10,000 fl , und dieselbe hält sich auch für um so mehr dazu befugt, ein solches anzufuchen, als der Ankauf und Neubau dieses Hauses nicht im Interesse der Gesellschaft liegen soll, da die Rentabilität des neuen Hauses dadurch keineswegs in gleicher Weise gesteigert werde, wie die Kosten des Neubaus sich vermehren, mithin die beabsichtigte Maßregel lediglich in den oben angeführten Nützlichkeits- und Schönheitszwecken ihren Grund finde.

Das Magistratschreiben erkennt diese Angaben als richtig an, hält das gedachte Capital an sich für sicher und schlägt folgende Grundlagen des mit der Gesellschaft abzuschließenden Vertrages vor:

1) Die Stadt leiht der Baugesellschaft auf das an dem Altstadtmarkte und der Gördelingerstraße neu zu erbauende Haus 10,000 fl zur zweiten Hypothek vor, jedoch unter der Voraussetzung und Bedingung, daß zur ersten Hypothek nur 25,000 fl vorgeliehen werden.

- 2) Die Gesellschaft verpflichtet sich, an die Stadt jährlich 400 fl zu zahlen, von welcher Summe 3 Procent als Zinsen gerechnet werden, der bleibende Rest aber auf das Capital selbst abgeschrieben wird.
- 3) Die Gesellschaft macht sich außerdem verbindlich, das zu der Erweiterung der Görtelingerstraße nach dem früher festgestellten Plane von der area des Bock'schen Hauses erforderliche Terrain der Stadt unentgeltlich zu geben.
- 4) Von dem herzuliehenden Capitale werden, wenn die Gesellschaft solches wünscht, 5000 fl sofort nach dem Abschlusse des Kaufcontractes über das Bock'sche Haus, gegen die Verpfändung des Vermögens und Grundbesitzes der Gesellschaft, gezahlt, der Rest erfolgt nach Vollendung des Neubaus.

Der Herr Referent schloß sich im Wesentlichen den Ausführungen im Magistratschreiben an und gab namens der Commission die Genehmigung der Proposition anheim.

Bei der Debatte, in welcher man sich allgemein günstig über das Project äußerte, kam indeß zur Sprache, daß nach der in dem Antrage der Gesellschaft aufgestellten Berechnung, die erbetene Summe von 10,000 fl zu dem beabsichtigten Zwecke höchst wahrscheinlicher Weise nicht ausreichen werde, und daß es zweckmäßiger sei, wenn man, um Nachbewilligungen zu vermeiden, schon jetzt den angeforderten Betrag für den Fall, daß er erforderlich werden sollte, um die augenscheinlich nothwendige Summe von 2 bis 3000 fl erhöhe.

Herr Aronheim, welcher die Sicherheit auch des eventuellen, größern Capitals als über allen Zweifel bezeichnete, schlug namentlich vor, das zu bewilligende Darlehen für den Fall einer spätern Anforderung bis auf 13,000 fl zu erhöhen.

Da jedoch Herr Oberbürgermeister Caspari, insbesondere mit Rücksicht auf eine dann rascher zu bewerkstelligende Erledigung der Sache, sich dafür aussprach, das herzuliehende Capital in dem zuerst geforderten Betrage zu belassen, jedoch der Gesellschaft nachzugeben, wenn sie zu erster Hypothek ein Capital bis zu 28,000 fl aufnehmen würde — ein Vorschlag, der von allen Seiten Zustimmung fand —, so wurde die ganze Proposition nur mit dieser Modification von der Versammlung genehmigt.

Für dieselbe Commission referirte ferner

III. Herr Jüdel über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. Mai 1864. Nach demselben hat sich der Kirchenvorstand der St. Catharinenkirche auf den Antrag des Magistrats, damit einverstanden erklärt, das derselben zugehörige, am Catharinenkirchhofe Nr. ord. 4, Nr. assec. 1987 und 1988 gelegene Gebäude, in welchem sich die höhere Mädchenschule befindet, der Stadt gegen Uebernahme der, der Kirche jetzt obliegende Verpflichtung der Unterhaltungskosten eigenthümlich zu überlassen, jedoch unter der Bedingung, daß

- 1) im Falle des Verkaufs des Hauses das dadurch gewonnene Capital zu Schulzwecken verwendet werde, und
- 2) sämtliche Gerechtsame, welche den Dienstwohnungen des Cantors und Kirchenvogts zu St. Catharinen an dem Hause zustehen, erhalten bleiben.

Es wird nunmehr beantragt:

zu genehmigen, daß die Stadt das Grundstück unter den gestellten Bedingungen eigenthümlich übernehme; sowie, da wohl schon von Michaelis d. J. das Haus durch Verlegung der höhern

Töchter Schule frei verwendbar werde, eine Benutzung desselben durch Vermietung sich aber nicht empfehle:

sich damit einverstanden zu erklären, daß das Haus, wenn dasselbe für die höhere Töchter Schule nicht mehr benutzt wird, öffentlich, mittelst Meistgebots verkauft, über die Ertheilung des Zuschlags dem Stadtmagistrate, unter Zustimmung des Herzogl. Staatsministeriums, die Entscheidung überlassen, der gelobte Kaufpreis aber zur Erwerbung eines andern geeigneten Lokals für die höhere Töchter Schule verwandt wird.

Nachdem der Herr Berichterstatter sich günstig geäußert, und Herr Oberbürgermeister Caspari noch erläutert hatte, daß es nicht gerade Absicht sei, bereits zu Michaelis d. J. zum Verkaufe zu schreiten, wurden die Anträge von der Versammlung angenommen.

Ebenfalls Herr Fiedel berichtete weiter

IV. für dieselbe Commission über ein Magistratschreiben vom 5. Mai d. J., die mit der Regierung zu treffende Auseinandersetzung hinsichtlich des auf dem Brüdern-Kirchhofe befindlichen Zeughauses betreffend.

In dem mit der Herzoglichen Landesregierung wegen der städtischen Vermögens-Verhältnisse unterm 1/10. August 1858 abgeschlossenen Vertrage ist bestimmt, daß die Stadt alle im Besitze der Regierung befindlichen städtischen Gebäude dieser definitiv abtrete. Zu diesen Gebäuden gehört auch das oben genannte alte Zeughaus, und da die Lokalitäten desselben mit den zu der Brüdern-Kirche gehörenden Gebäuden in ungetreimter Verbindung stehen, so haben seit einiger Zeit Verhandlungen über die Auseinandersetzung stattgehabt, welche zu einer, dem Schreiben beigefügten und durch einen Riß erläuterten Vereinbarung geführt haben, welche eine billige Theilung der betr. Localitäten beabsichtigt.

Mit dem Bemerken, daß die Unterhaltung der der Stadt zufallenden Räume incl. der Dächer, demnächst von der Brüdern-Kirche, welche die Räume zur Benutzung zu überlassen sind, getragen werden müßten, daß es aber billig sei, wenn die Stadt selbst die jetzt namentlich durch Ziehung einer zur Scheidung der Lokalitäten dienenden Mauer entstehenden Kosten zu ihrem Antheile übernehme, wird die Zustimmung zu der fr. Vereinbarung anheimgegeben.

Dieselbe wurde, in Gemäßheit des Commissions-Antrages, von der Versammlung ohne weitere Debatte ertheilt.

V. Nach einem fernern Magistratschreiben vom 30. Mai 1864, über welches Herr Bautler für die Finanzcommission Bericht erstattete, ist bei der Neupflasterung der Schuhstraße, dem betr. Statute gemäß, Anordnung getroffen, daß die in das Trottoir vorspringenden Haustritte weggenommen werden. Man hat jedoch Bedenken getragen, diese Maßregel auch auf die sub M. ord. 39 und 40 belegenen Häuser auszudehnen, weil nach der Angabe des Kreisbaumeisters Gräffen die Verlegung der Tritte hier mit einem außergewöhnlichen Kostenaufwande verbunden sein würde, indem dieselbe ohne eine Veränderung des Kellers nicht möglich und die betr. Hauseigenthümer sich nicht in der Lage befänden, eine erhebliche Summe aufzuwenden.

Da dieselben sich jedoch zur Wegnahme bereit erklärt haben, wenn sie einen Zuschuß aus der Stadtcasse erhalten, und gerade bei der Frequenz der fr. Straße die Beseitigung der Tritte im allgemeinen Interesse liegt, so wird anheim gegeben,

sich damit einverstanden zu erklären, daß den Eigenthümern der fraglichen Häuser zu dem beabsichtigten Zwecke eine Beihilfe aus der Stadtcasse, und zwar dem Posamentirer Schatz von 30 R und dem Bürstenmacher Ehlers von 22½ R , gezahlt werde.

Auch hier hatte die Commission nichts einzuwenden gefunden, und die Versammlung genehmigte den Antrag.

Der Herr Leiste, welchem noch das Wort ertheilt wurde, erkundigte sich schließlich nach dem Schicksale des von ihm und Herrn Rischbieter gestellten und der Finanz- und Schul-Commission überwiesenen Antrages, welcher auf Gehaltsverbesserung der städtischen Lehrer hinzielt. Er habe bei der Motivirung desselben auch seine Dringlichkeit betont und sei der Meinung gewesen, daß eine zeitige Berichterstattung schon dadurch geboten sei, daß nach §. 133 der Städte-Ordnung der Etat für das kommende Jahr im September aufgestellt werden müsse. Er bringe diesen Antrag daher wieder in Erinnerung und bitte die betreffenden Commissionen, die Berathung desselben etwa für die Juli-Sitzung möglich zu machen.

Herr Uhde erwiderte, daß die Commissions-Behandlungen über jenen Antrag, welcher keineswegs unbeachtet geblieben sei, in nächster Zeit beendet sein würden, und Herr Oberbürgermeister Caspari erläuterte, daß in Veranlassung des Antrages Erkundigungen über die Gehalts-Verhältnisse der Lehrer in zwölf verschiedenen Städten von ihm eingezogen seien, daß er mit Rücksicht auf dieselben ein Votum ausgearbeitet habe, das jetzt bei den Commissions-Mitgliedern circulire, daß er aber persönlich durch seine Thätigkeit in der Landes-Versammlung an der eifrigen Betreibung der Angelegenheit, die er indessen nicht in dem Maße für dringlich halte, etwas behindert worden sei. Der Herr Leiste erklärte sich durch diese Antworten für befriedigt; worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. Juli 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bantler, Födel, Mattenklott, Rischbieter und Westermann.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Landsyndicus Desterreich, die Sitzung eröffnet hatte, wurde gegen das bereits veröffentlichte Protocoll der Sitzung vom 2. Juni d. J. Folgendes beanstandet:

Zunächst bemerkte Herr Oberbürgermeister Caspary ad N. V., desselben:

Hier sei angeführt worden, daß den Eigenthümern der Häuser N. ord. 39 und 40 eine Beihilfe von 30 \mathfrak{R} und resp. von 22½ \mathfrak{R} zu den durch die Verlegung der Trittssteine vor ihren Häusern entstehenden Kosten aus der Stadtcasse bewilligt sei, weil sie sich nicht in der Lage befänden, eine erhebliche Summe aufzuwenden.

Die gedachten Personen hätten sich nun darüber beschwert, daß jene Bemerkung zu einer unrichtigen Ansicht über ihre Verhältnisse führen könne, indem dieselbe die Meinung begründe, daß sie die gedachte unbedeutende Summe nicht tragen könnten, und wolle er, um jede Mißdeutung zu vermeiden, bemerken, daß nicht die mit der Verlegung der Trittssteine unmittelbar verbundenen Kosten, sondern der Umstand den Stadtmagistrat zu dem Antrage veranlaßt habe, daß durch jene Veränderung auch eine Veränderung des Kellers und der Hausflur nöthig werde, die einen Kostenaufwand von mehreren hundert Thalern verursachen würde, deren Aufwendung man von den Hauseigenthümern im öffentlichen Interesse nicht ohne Weiteres verlangen zu können geglaubt habe, vielmehr der Ansicht gewesen sei, daß es in der Billigkeit liege, den Hauseigenthümern bei dieser nicht unbedeutenden Aufwendung aus städtischen Mitteln thunlichst zu Hilfe zu kommen.

Ferner reclamirte Herr Leiste, daß ad VI des Protokolls die Erwiederung des Herrn Uhde nicht völlig richtig wiedergegeben sei. Herr Uhde habe nämlich, wie er sich genau erinnere, da diese Antwort gerade ihn veranlaßt habe, sich für befriedigt zu erklären, erwiedert: daß der Leiste'sche Antrag keineswegs unbeachtet geblieben sei, daß vielmehr ein auf denselben bezügliches Botum des Herrn Oberbürgermeisters nebst Anlage inzwischen unter sämtlichen Mitgliedern der Schul- und Finanz-Commission circulirt habe, und von ihm, der die fragliche Mittheilung als letzter Empfänger schon längere Zeit im Hause habe, baldigst dem Antragsteller zugestellt werden solle, daß somit in nächster Zeit die Verhandlung über den Antrag in der Commission, resp. in der Stadtverordneten-Versammlung werde stattfinden können.

Beide Reclamationen wurden für begründet erkannt, und deren Aufnahme in das heutige Sitzungs-Protocoll verfügt.

Indem die Versammlung zur Tagesordnung überging, berichtete zuerst

I. Herr Grass für die Baudeputation über zwei Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. Mai und 20. Juni d. J. Das erstere theilt den Bericht des Kreisbaumeisters Götter über die Chauffirung des Weges an der Kuhtrift mit, welche 1484 fl 14 gr 5 d kosten würde, spricht jedoch die Ansicht aus, daß dieselbe für jetzt nur bis zum Eingange zu dem Martini-Friedhofe ausgeführt werden möge, theils weil das allgemeine Interesse augenblicklich nicht mehr verlange, indem hinter jener Stelle nur noch einige bewohnte Häuser liegen, und die Instandsetzung des Weges nach der Masch und nach dem Bülden unfreiwillig viel wichtiger sei, theils und insbesondere aber, weil über die von dem Stadtverordneten Herrn Bartels vorgeschlagene Durchführung eines Feldweges weiter westlich, durch welchen die Kuhtrift für eine größere Anzahl von Grundbesitzern nutzbar werden würde, eine Einigung mit den betreffenden Gartenbesitzern noch nicht habe erzielt werden können. Es wird daher der Antrag gestellt:

sich damit einverstanden zu erklären, daß die Kuhtrift bis zum Eingange zum Martini-Friedhofe noch in diesem Jahre chauffirt wird und die Kosten zu 350 fl auf die städtische Wegebau-Casse übernommen würden.

Mit dem zweiten Schreiben werden Plan und Kostenanschlag zur Instandsetzung des Weges durch die erste Maschwete vorgelegt. Der Stadtmagistrat hat sich mit dem Bauplane, insbesondere auch mit der Absicht, bei Vorrichtung der Steinbahn, zum ersten Male versuchsweise Schlacken von der hiesigen Stahlfabrik zu verwenden, einverstanden erklärt. Der gestellte Antrag geht dahin:

den Plan zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die entstehenden Kosten im Betrage von 1316 fl 24 gr 5 d aus der städtischen Wegebau-Casse berichtet, und die Ausführung der Wegereparatur wenn thunlich noch in diesem Jahre beschafft werde.

Der Herr Referent befürwortete diese Anträge, welche dann auch von der Versammlung genehmigt wurden.

II. Nach einem Magistratschreiben vom 5. Mai d. J., über welches gleichfalls Herr Grass für dieselbe Deputation berichtete, ist der Stadtbaumeister Tappe in Gemäßheit der von der Versammlung gefaßten Beschlüsse mit den Vorarbeiten für den Entwurf von Plänen einer hier zu erbauenden Markthalle und eines Schlachthauses beschäftigt. Der Magistrat hält es jedoch für unerlässlich, daß zum Zwecke der Aufstellung bestimmter Programme für die auszuführenden Bauten die mit der Leitung und Ueberwachung des Betriebs der zu errichtenden Anstalten demnächst zu betrauen-

den Beamten in die Lage versetzt werden, unter Zuziehung des Stadtbau-meisters einige gute Schlachtehäuser und Markthallen nebst deren Betriebs-Einrichtungen kennen zu lernen, und wird daher, mit dem Bemerken, daß der Polizeidirector an der demzufolge erforderlichen Reise ohne Kosten für die Stadt Theil nehmen werde, und daß sich zwar der Betrag der Kosten im Voraus nicht bestimmen lasse, daß jedoch nur die wirklich verausgabte Summe erstattet, und auf möglichste Ersparniß Bedacht genommen werden würde, der Antrag gestellt:

sich damit einverstanden zu erklären, daß die durch eine solche Reise für ein Magistratsmitglied und den Stadtbaumeister entstehenden Kosten auf die Stadtcasse übernommen werden.

Die Commission hat sich, in der Ueberzeugung, daß bei so wichtigen und wahr-scheinlich sehr kostspieligen Bauwerken eine sorgsame Vorprüfung durchaus erforderlich sei, einverstanden erklärt, und die Versammlung trat der Proposition ohne Weiteres bei.

III. Ein ferneres Schreiben des Stadtmagistrats vom 3. Juli d. J. theilt mit, daß, ungeachtet die höhere Töchterschule schon auf Weihnachten d. J. vollständig in das ermiethete Haus an der Steinstraße übergesiedelt sein werde, nach dem Antrage des Schuldirectors Friedrichs doch mit dem Verkaufe des bisher dazu benutzten Hau-ses am Catharinen-Kirchhofe noch nicht vorzugehen sein werde, weil die untere Etage desselben, bis zur Einrichtung einer dritten Bürgerschule, für die voraussichtlich sehr bald nothwendig werdende Vorrichtung von Parallelclassen für die unteren Classen der Bürgerschulen freigehalten werden müsse.

Es ist daher auf Vermietung des übrigen Theils dieses Gebäudes Bedacht ge-nommen, und da sich der an der höhern Töchterschule angestellte Lehrer Schaarschmidt bereit erklärt hat, daß obere Stockwerk desselben unter für die Stadt sehr günstigen Bedingungen, welche in Einzelnen mitgetheilt werden, bis auf Weiteres zu vermietten, so wird die Genehmigung zu diesem Miethvertrage beantragt.

Herr Uhde, welcher für die Finanz-Commission Bericht erstattete, empfahl die Annahme des Antrages aus den im Schreiben mitgetheilten Gründen, und Herr Graff bestätigte als Mitglied der Schulcommission die Nothwendigkeit der Errichtung jener Parallel-Classen, worauf der Proposition die Zustimmung ertheilt wurde.

IV. Auch an dem an der Schuhstraße sub Nro. ord. 1 belegenen, den Erben des Messerschmidts Weiß gehörigen Hause befindet sich in dem Trottoir ein Keller-Eingang, dessen steinerne Einfassung so weit über das Pflaster vorspringt, daß die Be-seitigung derselben dringend zu wünschen ist. Wie in den in der vorigen Sitzung er-wähnten Fällen trägt daher der Stadtmagistrat in einem Schreiben vom 3. Juli d. J. darauf an, den betreffenden Haus-Eigenthümern die durch die Verlegung des Keller-Eingangs entstehenden Kosten im Betrage von 39 $\text{R} 15 \text{ gr}$ aus der Stadtcasse zu vergüten.

Daß Stadtbauamt sowohl wie die Finanzcommission, für welche letztere Herr Reuter berichtete, haben sich einverstanden erklärt, und die Versammlung verwilligte obige Summe daher ohne weitere Besprechung.

Nach Erledigung dieser Gegenstände wurde

V. Herrn Leiste das Wort ertheilt, welcher auf seinen hinsichtlich der Gehalte der Gemeinde-Schullehrer gestellten Antrag nochmals zurückkam. Ungeachtet des von ihm in der vorigen Sitzung wiederholt begründeten Wunsches um Beschleunigung der Vorverhandlungen und der von ihm außerhalb der Versammlung in dieser Hinsicht

gemachten Bemühungen, habe eine Sitzung der vereinigten Commissionen bislang noch immer nicht stattgefunden, ja es sei ihm, des zu Anfang der heutigen Sitzung von ihm erwähnten Versprechens des Commissions-Mitgliedes, Herrn Uhde, ungeachtet, das von Herrn Oberbürgermeister Caspary ausgearbeitete Gutachten nicht einmal zum eingehenden Studium zugegangen. Er wolle nun zwar diese Verzögerungen in etwas dadurch als entschuldigt annehmen, daß die Vorsitzenden zweier verschiedener Commissionen bei Anordnung und Leitung der Commissions-Behandlungen concurrirten, aber es müsse doch Maßregeln geben, durch welche auch in einem solchen Falle die Commissionen zu der von ihm als nothwendig nachgewiesenen Beschleunigung ihrer Berathungen angehalten werden könnten. Er rufe deshalb die Intervention der Versammlung an, und sehe sich genöthigt, für den Fall, daß ihm heute von den betreffenden Commissions-Vorsitzenden eine genügende Garantie für die Beschleunigung des Verfahrens nicht gegeben werden sollte, den bestimmten Antrag zu stellen:

die Versammlung wolle den beiden betheiligten Commissionen die Auflage ertheilen, spätestens binnen 14 Tagen in die Berathung seines Antrages einzutreten.

Herr Oberbürgermeister Caspary erwiderte, daß der Herr Vorsitzende Desterreich den Antrag des Herrn Leiste dem Vorsitzenden der Finanz-Commission zugeschrieben habe, damals Herrn Bautler. Als Herr Füdél, von längerer Reise zurückgekehrt, den Vorsitz der Commission wieder übernommen gehabt, habe er die betreffenden Vorverhandlungen auf dessen Wunsch und in der Erwartung, daß Herr Leiste dieselben bereits längst in Händen gehabt, gleich Herrn Füdél zustellen lassen. Sowohl dieser Herr als Herr Bautler seien nun leider für diese Woche abwesend. Er übernehme es jedoch, Herrn Füdél sofort nach seiner Rückkehr an die Nothwendigkeit der Unberaumung einer Commissions-Sitzung zu erinnern, und werde dieselbe daher jedenfalls kommenden Mittwoch oder Donnerstag stattfinden können.

Herr Uhde sprach sein Bedauern aus, daß eine sofort nach der letzten Sitzung von ihm angetretene zehntägige Reise ihn verhindert habe, die fraglichen Actenstücke Herrn Leiste rechtzeitig zugehen zu lassen, und da auch der Herr Vorsitzende versprach, den Vorsitzenden der Finanz-Commission sofort nach seiner Rückkunft an die Beschleunigung der fraglichen Berathung zu erinnern, so erklärte sich Herr Leiste für befriedigt und zog seinen eventuellen Antrag zurück.

Schließlich wurde in vertraulicher Sitzung eine Anzahl neu eingegangener Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts erledigt.

N. 8.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 178 de 1864 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1864.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. Juli 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bode, Kahler, Leiste, Mattenkloft, Uhde, Wieweg und Westermann.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Landhyndicus Desterreich, die Sitzung eröffnet hatte, wurde das Protocoll der Sitzung vom 7. Juli d. J. verlesen und genehmigt.

Auf der Tagesordnung befanden sich nur zwei Gegenstände.

Zunächst berichtete Herr Bautler für die Finanz-Commission über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 14. Juli d. J., in welchem derselbe anzeigt, daß der Deutsche Juristentag während der Tage vom 25. bis 28. August d. J. hier tagen wird, es für angemessen erklärt, daß die Stadt, wie bei ähnlichen Veranlassungen, so auch diesmal, den sich hier versammelnden Fremden ein Zeichen der Theilnahme und des Interesses für die Bestrebungen des Vereins zu Theil werden lasse, und beantragt, die hierdurch, insbesondere durch Decorirung des Odeon- und des Altstadttrathaus-Saales sowie durch einmalige Beleuchtung des Altstadtmarktes u. mit Bengalischem Feuer, entstehenden Kosten bis zum Betrage von 500 \mathfrak{R} auf die Stadtcasse zu übernehmen.

Die Commission hat sich, wenn auch, mit Rücksicht auf die fast zu häufig wiederkehrenden Anforderungen dieser Art, mit einigem Widerstreben, einverstanden erklärt.

Bei der Berathung erklärte sich Herr Nies gegen jede Bewilligung, da die Zwecke des gedachten Vereines der großen Mehrzahl der hiesigen Steuern zahlenden Einwohnerschaft zu fremd seien, und das hiesige Publikum, so viel er sehen könne, weder Genüsse noch Vortheile von der Versammlung haben werde.

Herr Kronheim und der Herr Vorsitzende traten dieser Auffassung entgegen,

indem sie die große nationale Bedeutung des Vereins und die Schicklichkeit, einen angekündigten Besuch gebührend zu empfangen, hervorhoben.

Herr Nieß erklärte sich jedoch für nicht überzeugt. Indessen wurde die Proposition bei der Abstimmung mit großer Majorität angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung wurde durch einige Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden eingeleitet. Derselbe erinnerte daran, daß die Herzogliche Landes-Regierung und die Landes-Versammlung es mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse für nöthig erachtet habe, die Normalgehälter der Staatsdiener zu erhöhen und hinsichtlich der Pensionirung derselben die denselben ungünstigen Abänderungen, welche die Gesetzgebung des Jahres 1849 an den älteren Bestimmungen vorgenommen habe, zurückzuziehen. Es liege nun natürlich sehr nahe, in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch die Gehälter der städtischen Beamten, insbesondere der Magistrat-Mitglieder, einer Aufbesserung bedürften, und hinsichtlich der Pensionirung der bereits jetzt im Dienste befindlichen städtischen Beamten und Lehrer werde eine baldige statutarische Festsetzung insbesondere deshalb wünschenswerth, weil nach §. 3 des Gesetzes vom 2. Juli d. J., die Ruhegehälter der Staatsdiener u. betreffend, die Autonomie der städtischen Behörden in dieser Beziehung auf den Zeitraum von einem Jahre nach Erlass des Gesetzes beschränkt sei.

Da es nun ohne vorherige commissarische Berathung nicht angemessen erscheine, wenn er, Redner, heute schon eingehende Vorschläge machen oder veranlassen würde, so gebe er anheim, sich zunächst darüber erklären zu wollen, ob überhaupt eine Revision der betreffenden statutarischen Bestimmungen vorgenommen werden solle.

Herr Nieß erklärte eine Debatte über die Frage für kaum erforderlich, da wohl kein Mitglied in der Versammlung sein werde, welches es nicht für recht und billig halten möchte, daß die städtischen Beamten hinsichtlich der Gehälter und Pensionsfähigkeiten in ähnlichen Dienstverhältnissen fungirenden Staatsdienern gleich gestellt würden.

Da sich kein Widerspruch erhob, so schlug der Herr Vorsitzende vor, zu der Wahl einer Commission behuf der Vorberathung zu schreiten, und die Versammlung wählte dem entsprechend in dieselbe die Herren Häusler, Desterreich, Fiedel, Kronheim, Bartels, Graß und Kellner.

Nach Erledigung dieser Tagesordnung wurde die Sitzung geschlossen.

(Beilage zum 225. Stücke der Braunschw. Anzeigen)

N. 9.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 193 de 1864 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1864.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sizung am 8. September 1864.

Gegenwärtig sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme des durch eine Reise entschuldigten Herrn Bieweg.

Nach Eröffnung der Sizung und Genehmigung des bereits publicirten Protocolls vom 28. Juli d. J. wurde zunächst auf den Vortrag des Vorsitzenden, Herrn Land-syndicus Desterreich, die Summe von 50 fl zu den Kosten der Auswanderung zweier Corrigenden aus städtischen Mitteln bewilligt.

Hierauf berichtete der Tages-Ordnung gemäß

I. Herr Reuter für die Finanz-Commission über verschiedene, in den Magistratschreiben vom 6. und 23. August d. J. enthaltene Propositionen bezüglich der Ausdehnung der Gasbeleuchtung auf vor den Thoren belegene Bezirke.

Die Anträge beziehen sich auf die Strecken

- 1) durch die erste Maschtwete bis zum Jacobsen'schen, früher Meyer'schen und Bartels'schen Garten,
- 2) aus dem Fallersleber-Thore durch die HolzhoFs-Gasse bis zum Steinhoff'schen, sonst Walckerling'schen Garten am kleinen Exercierplatze, und
- 3) an der Leipzigerstraße bis zur Stadt Baltimore, sowie an der nach St. Leonhard führenden Campestraße bis zu dem Garten des Schenkswirthe Meyerhof.

Die Ausführung der Anlagen ist ad 1) auf 800 fl , ad 2) auf 1460 fl und ad 3) auf 1900 fl veranschlagt, und haben die theilhaftigen Bewohner der Garten-Grundstücke auf allen drei Strecken die Abnahme eines so bedeutenden Gasquantums zugesagt, daß das aufzunehmende Capital von dem Verdienste gut verzinst und nach und nach amortisirt werden kann.

In Bezug auf die von den Anliegern zugleich gewünschte Einrichtung der Straßenbeleuchtung sind die bisher üblichen Bedingungen, insbesondere Aufbringung der Anschaffungs-Kosten der Candelaber und Laternen, für die ersten beiden Strecken erfüllt, was hinsichtlich der dritten Strecke, wo aus verschiedenen Gründen ausschließlich Candelaber zu verwenden sein werden, wohl schwerlich eintreten wird. Dessenungeachtet empfiehlt sich gerade hier, als auf der wichtigsten und frequentesten Strecke die Einführung der Straßen-Beleuchtung am Meisten.

Zugleich wird mit Rücksicht auf die nach den jetzigen Gaspreisen verhältnißmäßig sehr hohe Summe, welche die Stadt für die Gasbeleuchtung an die Gas-Anstalt zu entrichten hat, proponirt, diesen Betrag ungeachtet der durch die neuen Anlagen erforderlich werdenden Vermehrung der Gaslaternen um 27 Stück auf der bisherigen Höhe zu belassen.

Die Anträge gehen demnach dahin :

die Versammlung wolle sich mit der Ausführung der vorbemerkten drei Anlagen unter der Bedingung, daß die Anlieger bindende Erklärungen über ein bestimmtes von ihnen zu entnehmendes Gasquantum abgeben, sowie mit der Einrichtung der Straßen-Beleuchtung auf den genannten Strecken unter den gewöhnlichen Bedingungen einverstanden erklären und, was die zuletzt erwähnte Strecke betrifft, genehmigen, daß zur Anschaffung der Candelaber erforderlichenfalls ein Zuschuß aus der Cassé der Gas-Anstalt, wie solcher vom Magistrate und der Deputation für angemessen erachtet werde, unter der Bedingung geleistet werde, daß die angeschafften Gegenstände in das Eigenthum der Gas-Anstalt übergehen, auch beschließen, daß die von der Stadt zu zahlende Aversional-Summe ungeachtet der Vermehrung der Gaslaternen nicht erhöht werde.

Herr Reuter's Bericht sprach sich eingehend über die einzelnen Punkte aus und empfahl die sämtlichen Propositionen zur Annahme. Nur hinsichtlich des letzt-erwähnten Punktes beantragt die Commission eine kleine Abweichung. Sie giebt nämlich anheim :

die von der Stadt an die Gas-Anstalt alljährlich zu zahlende, jetzt 9836 \mathcal{P} betragende, Aversional-Summe ein für alle Male auf 9840 \mathcal{P} zu fixiren, auch wenn demnächst noch andere Vermehrungen der Straßen-Laternen nöthig werden sollten.

Herr Overbürgermeister Caspari erklärte sich mit dieser Modification einverstanden. Während dieser und die übrigen Punkte sonst keinen Anlaß zur Debatte gaben, regten die Herren Haars und Lissebon die Frage an, ob die Leitungen bei der zweiterwähnten Strecke, welche nach der Vorlage durch die s. g. Holzhofsgasse gelegt werden sollen, nicht zweckmäßiger über die Gliesmaroder Chaussee dirigirt werden dürften, was sich insbesondere durch die Lebhaftigkeit des Verkehrs nach dem Hagenbruche rechtfertigen würde. Dem wurde jedoch von den Herren Nieß, Reuter und Overbürgermeister Caspari entgegengehalten, daß von Fußgängern die bezeichnete Gasse ausschließlich benutzt werde, durch Aufstellung von Gaslaternen an deren Ausgängen auch die Chaussee weithin mit erleuchtet werden könne, und die proponirte Richtung die nähere, mithin billigere sei. Uebrigens schlug Herr Overbürgermeister Caspari den Ausweg vor, noch eine fernere Gaslaterne etwa vor dem Bierbaum'schen Garten, wo die Chaussee nach Gliesmarode ihre erste Biegung mache, zu setzen, sprach sich da-

gegen, unter Zustimmung des Herrn Referenten, gegen den von Herrn Liffesson geäußerten Wunsch, diese Laterne, weiterhin an die Stelle, wo der Weg zum Hagenbruche abgehe, zu bringen, ganz entschieden deshalb aus, weil ein Verlassen des bisher geübten Principes, nur da Straßenbeleuchtung einzuführen, wo die Leitungs-Röhren schon aus anderen Gründen gelegt seien, höchst bedenklich und namentlich da ungerechtfertigt sei, wo die Anlieger nicht zu eigenen Opfern, wie bisher an den übrigen Strecken vor den Thoren, sich bereit erklärt hätten.

So zog denn Herr Liffesson die von ihm gemachten Vorschläge zurück, und die Magistrats-Anträge fanden unter der von der Commission vorgeschlagenen Modification die Zustimmung der Versammlung.

II. Nach einem andern Schreiben des Stadtmagistrats vom 9. August d. J. haben mehrere Grundbesitzer vor dem Augustthore die Ausdehnung der Wasserleitung dahin nachgesucht. Nach den durch den Ingenieur Claus angestellten Ermittlungen würde die erforderliche Anlage einen Kosten-Aufwand von 2000 \mathfrak{R} veranlassen, welche neben dem für die ganze Anlage veranschlagten Capitale von 210,000 \mathfrak{R} zu verwilligen wären, und die jährliche Ausgabe sich auf 206 \mathfrak{R} berechnen. Andererseits würden von den anliegenden Grundbesitzern sieben sofort als Abnehmer und zwar 3. Th. mit erheblichem Consume beitreten. Das Schreiben erklärt es nun freilich für nicht mit Sicherheit festzustellen, ob durch diese Abnehmer die obige jährliche Verwendung gedeckt werden würde, hält aber die Anlage in jener Gegend für ganz besonders wünschenswerth, weil es dort an fließendem Wasser fehle, von den Besitzern der angrenzenden Grundstücke, welche meist in guten Verhältnissen lebten, eine steigende Bethheiligung zu erwarten stehe, und daher mit dem steigenden Consume bald auch der etwaige anfängliche Zuschuß sich vermindern werde. Es wird deshalb anheim gegeben:

mit der Ausdehnung der städtischen Wasserkunst auf die Gegend vor dem Augustthore sich einverstanden zu erklären und die Kosten im Betrage von 2000 \mathfrak{R} außerordentlich zu bewilligen.

Herr Reuter, als Referent der Finanz-Commission, äußerte sich über die Proposition wie folgt:

Nach dem Kostenanschlage würde die vorgeschlagene Erweiterung neben den überhaupt verfügbaren 210,000 \mathfrak{R} noch 2000 \mathfrak{R} erfordern, und sei in den bei den Acten befindlichen Berichten des Ingenieurs Claus nachzuweisen gesucht, daß der Capital-Aufwand sich mit 4 % verzinsen und mit 1 % amortisiren würde. Die Finanz-Commission könne jedoch diese Ansicht nach den in den Berichten enthaltenen Angaben über die Selbstkosten der Hebung des Wassers nicht theilen. Es sei nämlich berechnet, daß bei einem täglichen Consume von 31000 Ebfß. Wasser die Hebungskosten für 100 Ebfß. sich auf 4 \mathfrak{g} 5 \mathfrak{d} belaufen würden. Wenn nun auch hinzugefügt sei, daß ein solcher Consum sehr gering angenommen, daß in Bälde auf eine wesentliche Steigerung zu rechnen sei, so wären doch die Hebungskosten selbst bei einem täglichen Consume von 61000 Ebfß. immer noch für 100 Ebfß. auf 2 \mathfrak{g} 3,3 \mathfrak{d} berechnet, und da nach den weiteren Ausführungen jener Schreiben den vor dem Augustthore angemeldeten sieben Wasserconsumenten das Wasser mittelst Wassermesser nach dem Tarife, also die 100 Ebfß. mit 2 \mathfrak{g} berechnet werden solle, so liege auf der Hand, daß, selbst der größere Consum vorausgesetzt, an der Abgabe des Wassers mittelst Wassermesser noch Schaden gemacht werde, mithin von einer Verzinsung und Amortisation jener extra zu verwendenden 2000 \mathfrak{R} nicht die Rede sein könne. — Der Referent seinerseits habe

nun allerdings schon als früher der Commission für die Wasserleitung eine gleiche Berechnung über die Hebungs-kosten vorgelegt sei, in dieser auf verschiedene zu hoch ge-griffene Ansätze aufmerksam gemacht und die Selbstkosten bei 31000 Ebfß. täglichen Consum für 100 Ebfß. auf 3 gr , bei 61000 Ebfß. aber auf 1 gr 7½ d berechnet. Da aber hinsichtlich des Kohlenverbrauches diese Berechnung auf einer, wenn auch wahrscheinlich richtigen Annahme, so doch immerhin auf einer Annahme beruhe, da ferner davon ausgegangen sei, daß das projectirte Anlage-Capital nicht überschritten werde, so könne er nicht behaupten, daß diese seine Berechnung sich demnächst als ab-solut richtig herausstellen werde. Selbst aber wenn diese günstigere Berechnung zum Grunde gelegt werde, so würden doch bei einer Abgabe des Wassers nach Wassermessern zu 2 gr pro 100 Ebfß. nur 12½ % Gewinn erzielt werden, und da 4 % Zin-sen und 1 % Amortisation von 2000 fl einen Gewinn von 100 fl erforderlich mach-ten, so müsse vorausgesetzt werden, daß jene sieben Consumenten für mindestens 800 fl Wasser im Jahre verbrauchen würden, was keinesfalls anzunehmen stehe.

Die Finanz-Commission sei nun der Ansicht, daß, da erst wenn die Wasserleitung einige Monate im Betriebe gewesen sein werde, über die Selbstkosten der Wasserhe-bung ein positives Resultat zu erlangen sei, und den Consumenten vor dem August-thore durch die Nichtbenützung der Wasserleitung in den Winter-Monaten ein erheb-licher Nachtheil nicht erwachse, da überdies die Ausführung der Anlage einen Brücken-durchzug erforderlich mache, welcher besser in günstigerer Jahreszeit ausgeführt werde, die Versammlung den Beschluß über diese Erweiterung bis zum nächsten Frühjahr hinauszurück Ur-sache habe, was damit beauftragt werde.

Im Uebrigen sei die Commission principiell dafür, daß die Wünsche der vor den Thoren wohnenden Bürger, an den Vortheilen und Annehmlichkeiten sowohl der Gas-als der Wasserleitung Theil zu nehmen, nach Möglichkeit berücksichtigt werden müssen; sie glaube auch, daß die Verhältnisse der Wasserleitung, bei der es wie bei der Gas-Anlage hauptsächlich auf eine möglichst allgemeine Theilnahme ankomme, sich im Gan-zen noch wesentlich günstiger gestalten würden, da beispielsweise bei einem täglichen Consume von 91000 Ebfß. Wasser die Hebungs-kosten für 100 Ebfß. sich auf 9¼ d verringern würden. Zunächst sei jedoch erforderlich, durch die Praxis zu erproben, welche der citirten Berechnungen die richtigere sei.

Herr Graf machte zwar gegen diese Berechnungsweise, deren Richtigkeit er ohne Vorbereitung genügend zu prüfen nicht im Stande sei, darauf aufmerksam, daß es ungerecht sei, wenn man den außerhalb der Stadt ansässigen Einwohnern, welche alle Kosten solcher Anlagen gleichmäßig mit zu tragen hätten, nicht auch die Vortheile derselben zuwenden würde, und erklärte, daß eine sofortige Entscheidung der Frage für die Betheiligten, zu denen er selbst gehöre, von größter Wichtigkeit sei; indessen sprachen die Herren Lissebon, der Herr Vorsitzende und wiederholt Herr Neuter die Ueberzeugung aus, daß die Frage, deren Entscheidung im vorliegenden Falle für viele andere präjudicial sein würde, noch nicht spruchreif sei, und die Versammlung trat dem Antrage der Commission mit großer Majorität bei.

Für dieselbe Commission berichtete ferner

III. Herr Fiedel über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 22. August d. J. den Verkauf der am alten Petri-thore belegenen Pferdeschwemme betreffend.

Der von dem Eigenthümer des darüber erbauten Hauses, Pastor emer. Lang-held, gebotene Kaufpreis beträgt 200 fl , die Herzogl. Landes-Regierung hat, unter

Zustimmung der Landes-Versammlung, auf ihre Eigenthums-Ansprüche, jedoch unter der Bedingung verzichtet, daß die neu zu bildende Uferlinie mittelst Vorrichtung einer Ufermauer oder eines Steinwurfes befestigt werde, und die Herzogliche Polizei-Direction hat, in Uebereinstimmung mit den Wünschen der nächsten Nachbarn, den Abschluß des Verkaufes deshalb aufs Dringendste empfohlen, weil dieser der Beobachtung sehr entzogene Ort einen widerlichen Schmutzwinkel abgebe und als ein Versteck zu manchen Unzuträglichkeiten Veranlassung gebe. Freilich hat dagegen eine Anzahl hiesiger Bürger um Beibehaltung dieser Pferdeschwemme petitionirt, weil dieselbe ihnen am Bequemsten gelegen sei; indessen hält der Stadtmagistrat die Gründe für den Verkauf derselben um so mehr für überzeugend, als noch fünf andere Pferdeschwemmen, und insbesondere in großer Nähe die am Hohenthore, vorhanden seien. Es wird daher der Antrag gestellt, den Stadtmagistrat zum Abschlusse des fr. Verkaufes unter den hervorgehobenen Bedingungen zu autorisiren.

Auch die Commission hat sich einverstanden erklärt, und obwohl Herr Grass im Interesse jener Petenten Bedenken gegen die Proposition erhob, so wurde dieselbe doch von der Versammlung genehmigt, nachdem Herr Overbürgermeister Caspari die Gründe des Stadtmagistrats noch besonders hervorgehoben hatte.

IV. In einem Magistrats-Schreiben vom 20. August d. J. wird der Antrag gestellt:

»die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Schützengeseßschaft fernerweit 1500 \mathfrak{f} , gegen Verpfändung ihres Grundbesitzes, unverzinslich aus der Stadt-Casse vorgeliehen, daß darauf für jezt Abträge nicht geleistet werden, daß aber darauf ein jährlicher Abtrag von 50 \mathfrak{f} dann erfolgt, wenn das der Schützencasse unterm 9. October 1858 vorgeliehene Capital von 450 \mathfrak{f} , wovon jährlich 50 \mathfrak{f} zurückgezahlt werden müssen, vollständig getilgt ist, was im Jahre 1867 der Fall sein wird.«

Aus den beigefügten Motiven ist hervorzuheben:

Auf den Antrag des Stadtmagistrates hatte die Versammlung im Jahre 1860 beschlossen, der hiesigen Schützengeseßschaft zum Neubau des abgebrannten Schießhauses eine Summe bis zu 2600 \mathfrak{f} unter der Bedingung aus der Stadt-Casse zinsfrei vorzuleihen, daß dieses Capital durch jährliche Abzahlungen im Betrage von 60 \mathfrak{f} amortisirt und überhaupt nicht eher gezahlt werde, als bis das Gebäude fertig und die Nachweisung geliefert sei, daß durch den obigen Vorschuß die sämtlichen Baukosten gedeckt werden würden. Diese Summe ist indessen, weil sonst der Bau nicht hätte fortgesetzt werden können, bereits, jedoch erst dann bezahlt, als der Stadtbau-meister die bestimmte Erklärung abgegeben hatte, daß er mit der veranschlagten Summe von 10,200 \mathfrak{f} ausreichen werde. Wenn nun auch der Neubau selbst nur 10,533 \mathfrak{f} 29 \mathfrak{g} 3 \mathfrak{d} gekostet hat, der Voranschlag mithin nur um ein Geringes überschritten ist, so haben doch auf die innere Einrichtung 1034 \mathfrak{f} — \mathfrak{g} 4 \mathfrak{d} und auf die Instandsetzung der Umgebung des Schießhauses 178 \mathfrak{f} 1 \mathfrak{g} 4 \mathfrak{d} verwandt werden müssen, welche bei dem Voranschlage nicht berücksichtigt waren. Es fehlen daher der Schützengeseßschaft, welche kein eigenes Vermögen besitzt, zur Erfüllung der entstandenen Verbindlichkeiten die im Antrage bemerkten 1500 \mathfrak{f} , es ist ihr auch unmöglich, diese Summe durch eine neue verzinsliche Anleihe zu decken. Der Stadtmagistrat erklärt daher, die beantragte Nach-Verwilligung für das einzige Mittel, um zu

verhüten, daß die Erhaltung des Schützenwesens, die im allgemeinen Interesse unzweifelhaft wünschenswerth sei, in Frage gestellt werde.

Die Finanz-Commission, für welche der mit den Angelegenheiten der Gesellschaft sehr vertraute Herr B autler berichtete, bedauert zwar, daß dieselbe mit ihren Mitteln nicht besser hausgehalten habe, hält indessen die Nachverwilligung, bei der das Capital selbst nicht gefährdet werde, für unbedenklich und für nothwendig, wenn das Schützenwesen und das mit demselben untrennbar verbundene einzige Volksfest der Stadt, die Masch, erhalten werden solle. Herr B autler erläuterte aus den Bau-rechnungen mit vielen Detail-Angaben, wie die Ueberschreitung des ursprünglichen Anschlages entstanden sei, und suchte nachzuweisen, daß die gemachten Aufwendungen nothwendige und größtentheils, namentlich die sehr kostspieligen Gewehrshränke, solche seien, welche zur Vermehrung der Einkünfte der Gesellschaft beitrügen.

Bei der Debatte griff namentlich Herr L e i s t z das Verfahren der Gesellschaft lebhaft an. Die Auseinandersetzungen des Herrn Referenten hätten ergeben, daß die Ueberschreitungen für zum Theil nicht durchaus nothwendige Anschaffungen geschehen seien, die nicht hätten gemacht werden dürfen, weil die Gesellschaft ihre pecuniäre Lage damals bereits gekannt haben müsse. Die Freigebigkeit für ein solches Institut, das doch gewiß eine Menge Mitglieder zähle, welche im Stande seien, zur Abtragung contrahirter Schulden Beiträge zu zahlen, müsse eine Gränze haben, und beantrage er, die geforderte Summe auf 500 \mathfrak{f} zu ermäßigen.

Die Herren Overbürgermeister Casp a r i, A r o n h e i m und F ü d e l sprachen zwar ebenfalls ihre Misbilligung über das Verfahren der Gesellschaft aus, hielten indessen die Nachverwilligung schon im Interesse des Beibehaltens des Schützenwesens für angemessen und den gemachten Vorschlag hinsichtlich der Rückzahlung des Darlehns für zweckentsprechend.

Die Proposition wurde dann auch von der Versammlung, jedoch nur mit geringer Mehrheit, angenommen.

Sodann referirte

V. Herr G r a ß für die Schulcommission über ein Magistratschreiben vom 2. d. Mts. Nach demselben enthält die combinirte fünfte Classe in der südlichen Volksschule jetzt 147 Kinder, in der nördlichen Volksschule aber 110 Kinder, Zahlen, die sich voraussichtlich um Michaelis d. J. noch in jeder Schule um 30 bis 40 Kinder vermehren werden. Da die Verhältnisse des hiesigen Seminars es nicht zulassen, auf Michaelis d. J. zwei neue Lehrer anzustellen, eine so große Anzahl von Kindern aber von einem Lehrer nicht mit Nutzen unterrichtet werden kann, so hat der Schuldirector Friedrichs, unter Zustimmung des Schulvorstandes, vorgeschlagen, die Kinder einstweilen in zwei Abtheilungen unterrichten zu lassen. Die Erhöhung der Stundenzahl der betreffenden Lehrer über die Normalzahl von 26 Stunden um 10 Stunden macht die Verwilligung einer Remuneration von 120 \mathfrak{f} für jeden der beiden Lehrer erforderlich, welche im Schreiben beantragt wird.

Auf den befürwortenden Bericht des Herrn G r a ß, erklärte sich die Versammlung ohne Debatte einverstanden.

Schließlich kam, nachdem die anwesenden Mitglieder des Stadtmagistrats sich entfernt hatten,

VI. der Bericht der in der vorigen Sitzung behuf Revision des Statutes über

die Zusammensetzung des Stadtmagistrates vom 28. Februar 1858 erwählten Commission, mit welchem Herr Kronheim beauftragt war, zum Vortrage.

Herr Kronheim bemerkte zuvörderst, daß die Commission von dem Principe ausgegangen sei, daß zwar im Wesentlichen die Gehalte der städtischen Beamten den Einnahmen der im Staatsdienste befindlichen Beamten gleichen Ranges gleichgestellt, dabei jedoch zu Gunsten der Ersteren berücksichtigt werden müsse, daß durch den Eintritt in den städtischen Dienst der Beamte in der Regel die Aussicht verliere, höhere Stellungen im Staatsdienste zu erreichen. Dies gelte vorzugsweise von den Magistrats-Mitgliedern, insbesondere aber von dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats, dessen Stellung obenein eine der wichtigsten im Staate und daher so unabhängig von anderen Einflüssen zu machen und so zu dotiren sei, daß die tüchtigsten Kräfte des Landes in ihr Ersatz für den Verzicht auf die höchsten Staatsämter finden könnten.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, beantrage die Commission im Einzelnen, ad §. 3 des Statutes:

- 1) den Gehalt des Vorsitzenden des Stadtmagistrats auf 2000 ₰ als Minimum und 3000 ₰ als Maximum zu fixiren; daneben die Kosten der Gasbeleuchtung und Wasserleitung in dem zur Privatwohnung des Oberbürgermeisters dienenden Theile des Stadthauses mit auf die Stadtcasse zu übernehmen, um unangenehme Abrechnungen über die zu zahlenden an sich geringen Beiträge zu vermeiden.
- 2) die Gehalte der beiden besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrates auf 1000 bis 1500 ₰ zu fixiren und die Einrichtung zu treffen, daß regelmäßig alle fünf Jahr, die Zustimmung der städtischen Behörden vorausgesetzt, eine Erhöhung dieser Gehalte um 100 ₰ bis zum Maximum einzutreten habe;
- ad §. 5: 3) das Maximum des Gehaltes des Revisors auf 800 ₰, und
- ad §. 6: 4) das Maximum des Gehaltes des Stadt-Cämmerers auf 1100 ₰ zu erhöhen, womit derselbe den Kreis-Einnehmern gleich gestellt werden würde;
- 5) die Aenderung zu treffen, daß die Frage, ob die Büreaukosten der Stadtcasse von dem Cämmerer zu tragen seien, der jedesmaligen Festsetzung im Dienstvertrage überlassen werde;
- 6) einen zweiten Stadtcassen-Controleur mit einem Gehalte von 250 ₰ bis 500 ₰ anzustellen und
- 7) das Maximum des Gehaltes des ersten Controleurs auf 600 ₰ zu erhöhen;
- ad §. 7: 8) das Maximum der Gehalte der Marktmeister und Magistratsdiener auf 250 ₰ festzusetzen;
- ad §. 10: 9) hinsichtlich der Ruhegehälter der städtischen Beamten es bei dem §. 3 des Gesetzes vom 2. Juli d. J., in welchem die städtischen Beamten den Staatsdienern gleichgestellt werden, zu belassen; und
- ad §. 13: 10) die Bestimmung des Schlusssatzes dahin abzuändern, daß Cautionsbestellungen von den Controleuren auch bei nicht selbständiger Cassenführung gefor-

bereit werden könne, die Höhe solcher Cautionen aber der Festsetzung für jeden einzelnen Fall zu überlassen.

Herr Aronheim bemerkte noch, daß auch das Statut über die Armen-Verwaltung einiger Aenderungen bedürfe, indem verschiedene in demselben enthaltene Bestimmungen theils durch Beschlüsse abgeändert, theils factisch außer Kraft getreten seien, fügte schließlich Namens der Commission den Wunsch hinzu, daß die Büreaustunden der Mitglieder des Stadtmagistrates auf die Stunden von Morgens 10 bis 12 Uhr, als die dem Publicum am Meisten zusagende Zeit, verlegt werden mögten, und behielt sich speciellere Motivirung der Anträge für die Einzelberathung vor.

Auf diese konnte wegen Vorgerücktheit der Zeit nicht mehr eingegangen werden. Der von mehreren Mitgliedern ausgesprochene Wunsch, daß der vorliegende Gegenstand so bald als möglich erledigt, und zu diesem Zwecke eine außerordentliche Sitzung bereits über acht Tage angesetzt werde, fand einen Gegner in Herrn Leiste, der einen Grund zu solcher Beschleunigung der Berathung, wo es sich um so erhebliche Mehrbewilligungen handle, nicht anerkennen wollte, die Connerität der vorliegenden Frage mit den Anträgen auf Erhöhung der Besoldung der Schullehrer behauptete und anheim gab, die letztere Frage als die dringlichere und gewissermaßen präjudicielle vor der erstern oder mindestens im Zusammenhange mit dieser zu verhandeln.

Da dieser Ansicht jedoch von vielen Seiten widersprochen, und ein bestimmter Antrag nicht gestellt wurde, so erklärte der Herr Vorsitzende, daß er auf heute über acht Tage eine Sitzung der Versammlung anberaumen und die Gehaltsfrage der städtischen Beamten auf die Tagesordnung setzen werde.

Auf die Frage des Herrn Bode, ob nicht die Commission, wie solches der Vortrag des Herrn Referenten annehmen lasse, eine statutarische Bestimmung in Vorschlag bringen werde, dahin: »daß es den städtischen Beamten, ohne Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordneten, nicht gestattet sei, Geschäftsführungen für Privatpersonen oder Gesellschaften zu übernehmen;« erwiederte der Herr Referent, daß die Commission allerdings bei der Specialberathung eine derartige Bestimmung proponiren werde.

Ein Antrag des Herrn Haars, die Anträge der Commission drucken und den Mitgliedern vor der Verhandlung mittheilen zu lassen, wurde, besonders aus dem Grunde, weil der Commissions-Bericht nicht schriftlich ausgearbeitet sei, von der Versammlung abgelehnt.

(Beilage zum 255. Stücke der Braunschw. Anzeigen)

N^o 10.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 225 de 1864 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1864.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. September 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Bantler, Grund, Haars, Bieweg und Westermann.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die Prüfung einer großen Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechtes, wurde in vertraulicher Sitzung beraten.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, welcher in öffentlicher Sitzung verhandelt wurde, bildeten die im Protokolle der vorigen Sitzung verzeichneten Anträge, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Statutes über die Zusammenfassung des Stadtmagistrates betreffend.

Herr Kronheim stellte zunächst Namens der Commission noch den Antrag: in das Statut die Bestimmung aufzunehmen, daß die besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrates ohne Zustimmung der städtischen Behörden Nebenämter oder Geschäftsführungen irgend welcher Art für Privatpersonen, Vereine und Gesellschaften nicht übernehmen dürfen.

Die Debatte beschränkte sich für heute, wo ein erheblicher Theil der Zeit durch die in vertraulicher Sitzung verhandelten Wohnortsrechts-Angelegenheiten vorweggenommen war, auf diesen Antrag und die Festsetzung des Gehaltes des Vorsitzenden des Stadtmagistrates.

Was den erstern anbelangt, so führten der Herr Berichterstatter und der Herr Vorsitzende aus, daß eine solche Bestimmung wenn nicht durchaus nothwendig doch zweckmäßig sei, um etwaigen Zweifeln über die Auslegung der §§. 76 und 46 (Nr. 17) der revidirten Städte-Ordnung ein Ende zu machen. Die Bestimmung des §. 76, welche dispositiver Natur sei, binde nur die Uebernahme öffentlicher Functionen Seitens der besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats an die Zustimmung der städtischen Behörden und beabsichtige, wie sich aus den ständischen Verhandlungen ergebe, die Unabhängigkeit der Magistrats-Mitglieder zu sichern. Damit stimme die Vorschrift des nur resumirenden §. 46 nicht völlig überein, indem hier weiter gegangen und die Zustimmung der Stadtverordneten überhaupt zur Uebernahme von Nebengeschäften gefordert werde. Wollte man nun auch dieser letztern Bestimmung die dem Wortlaute gemäße weitere Bedeutung geben, so sei doch der vorgeschlagene Zusatz zu dem Statute um so wünschenswerther, als in der That der §. 46 insbesondere bei der Uebernahme der Geschäfte eines Bankdirectors Seitens des jetzigen Vorsitzenden des Stadtmagistrats, factisch nicht beobachtet worden sei.

Darüber nun, daß dieser Antrag hinsichtlich der Nebenämter der besoldeten Magistrats-Mitglieder angemessen, und daß namentlich die Uebernahme von so verantwortlichen Stellungen, als z. B. die des Directors eines großen Geldinstitutes, wie der hiesigen Bank, nicht ohne Zustimmung der städtischen Behörden erfolgen dürfe, wurden im Laufe der fernern Besprechung keine Zweifel laut. Auch äußerte man vielfach den Wunsch, daß der jetzige Oberbürgermeister womöglich nach Ablauf der jetzigen Wahlperiode, oder doch sobald es die Lage der Bank ohne große Schwierigkeit gestatten würde, von diesem Amte zurücktreten möchte.

Um so weiter, und nicht zum geringsten Theile deshalb, weil einige der Herren eben den Umstand, daß der jetzige Oberbürgermeister als Mitglied des Bank-Directoriums eine nicht unerhebliche Nebeneinnahme habe, und daher bei der Aufgabe dieser stillschweigend zugelassenen Stellung eine Entschädigung nicht unbillig sei, bei der statutarischen Festsetzung des Gehaltes berücksichtigt wissen wollten, — um so weiter also gingen die Meinungen über diese Gehalts-Bestimmungen auseinander.

Gegen den bereits mitgetheilten Commissions-Antrag (2000 bis 3000 \mathfrak{M}), welcher außer von dem Herrn Referenten namentlich noch von den Herren Grass, Südel und dem Herrn Vorsitzenden vertheidigt wurde, machte man von verschiedenen Seiten geltend, daß das darin ausgesetzte Gehalts-Maximum im Verhältniß zu den entsprechenden Gehältern der Staatsdiener und mit Rücksicht auf die sonstigen Nebeneinnahmen des Oberbürgermeisters, welche sich auf mindestens 500 \mathfrak{M} veranschlagen ließen, zu hoch sei, sowie daß es bei statutarischer Feststellung von Gehältern nicht auf die ganz besonderen Verhältnisse des Augenblicks ankommen könne, wo ein hochverdienter Beamter von ungewöhnlicher Arbeitskraft die Stellung bekleide, und wo man eben im Falle einer Gehaltserhöhung die Aufgabe eines mit Einnahmen verbundenen Nebenamtes erwarte.

Herr Bode bezeichnete aus diesen Rücksichten ein Gehalts-Maximum von 2500 \mathfrak{M} für den Vorsitzenden des Stadtmagistrats als ausreichend und schlug vor, in dem diesen Beschluß mittheilenden Schreiben an den Stadtmagistrat einfließen zu lassen, daß

die Stadtverordneten es gern sehen würden, wenn der Oberbürgermeister bei passender Gelegenheit seine Stellung als Bankdirector aufgeben werde, und daß sie bereit seien, ihm auf diesen Fall eine angemessene Entschädigung zu bieten.

Herr Häusler erklärte sich mit dem von Herrn Bode beantragten Maximum einverstanden, da auch so der Oberbürgermeister nächst den Ministern der höchst besoldete Beamte des Landes sein werde. Dagegen liege kein Grund vor, die Entschädigungsfrage wegen der Bankdirector-Stelle in die jetzige Beratung einzumengen, wenn überhaupt nach Rücktritt des Oberbürgermeisters von diesem Posten eine Entschädigung für angemessen gefunden werden sollte, so könne dies bei der demnächstigen Feststellung des Gehaltes innerhalb der statutarischen Grenze mit zur Berücksichtigung gezogen werden, und würden sich dann erst Anträge auf Ueberschreitung des Maximum zu diesem Zwecke rechtfertigen lassen.

In ähnlichem Sinne sprach sich Herr Leiste aus, welcher insbesondere davor warnte, die augenblickliche Sachlage auf die Feststellung eines auf längere Zeit und daher für andere Persönlichkeiten gültigen Statutes einwirken zu lassen. Jedenfalls werde schon der nach dem Vorschlage des Herrn Bode gebotene Gehalt der Stadt die Sicherheit gewähren, unter den ausgezeichnetsten Beamten des Landes bei Neubesetzungen der Stelle wählen zu können, wie denn auch der Commissions-Antrag einen zu erheblichen und für das collegialische Verhältniß gewiß nachtheiligen Unterschied in den Gehalten des Vorsitzenden und der übrigen besoldeten Mitglieder des Stadt-Magistrats begründen würde.

Herr Uhd e stimmte damit überein, daß statutarisch ein höheres Maximum, als das von den Herren Bode, Häusler und Leiste vorgeschlagene, nicht festzustellen sei, machte aber darauf aufmerksam, daß, wenn man zugleich mit dieser Normirung einen Beschluß fasse, der über Kurz oder Lang die Folge haben müsse, daß der Oberbürgermeister von dem erwähnten Nebenamte zurücktrete, mithin eine nicht unbedeutende Einbuße in seinen Einnahmen erleide, man dann auch für eine Entschädigung desselben gleich mit sorgen müsse, wenn man nicht mit der einen Hand geben und mit der andern nehmen wolle. Man möge daher, wie er beantrage, zwar den Bode'schen Antrag annehmen, aber für den Fall des Rücktritts des Oberbürgermeisters von seiner Stelle als Bankdirector demselben zugleich eine persönliche Entschädigung von jährlich 500 fl bewilligen.

Der Herr Vorsitzende sprach sich für den Commissions-Antrag aus, weil derselbe, wenn auch das in demselben beantragte Maximum für gewöhnliche Verhältnisse wohl zu hoch sein möge, die augenblickliche, von den meisten Rednern erwähnte Verlegenheit am Angemessensten beseitigen werde. Der Unterschied zwischen dem Maximum und Minimum in dem Commissions-Antrage sei eben absichtlich so bedeutend fixirt, damit eine beim Rücktritt des Oberbürgermeisters von seiner Stellung bei der Braunschweigischen Bank immerhin angemessene Entschädigung bei der demnächstigen Festsetzung des Gehaltes desselben mit berücksichtigt werden könne, während man andererseits bei zukünftigen Anstellungen jederzeit in der Lage sei, innerhalb der gesteckten weiten Grenzen von 2000 bis 3000 fl den jedesmal angemessenen Gehalt zu verwilligen.

Bei der Abstimmung wurde denn zwar der heute gestellte Commissions-Antrag hinsichtlich der Nebenämter der besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats ohne Widerspruch angenommen, der Commissions-Vorschlag über die Feststellung des Gehaltes des Vorsitzenden des Stadtmagistrats dagegen mit geringem Stimmenmehr verworfen, und statt der beantragten Positionen unter Verwerfung sämtlicher übrigen heute gestellten Anträge beschlossen, diesen Gehalt auf 2000 \mathfrak{M} im Minimum und 2500 \mathfrak{M} im Maximum zu fixiren.

Indessen einigte sich die Versammlung, aus deren Mitte sich einige Mitglieder inzwischen hatten entfernen müssen, auf den Antrag des Herrn Bode noch dahin, die Verhandlung über sämtliche Vorschläge der Commission in einer demnächst anzuberaumenden Sitzung wieder aufzunehmen.

Nr. 11.

Sitzung am 29. September 1864.

1864.

Die Versammlung war bis auf die Herren Aronheim, Bartels, Kahlert, Lissebon, Bieweg und Westermann, welche sämmtlich als entschuldigt angenommen wurden, vollzählig.

Unter dem Voritze des Herrn Landsyndicus Desterreich wurde zunächst das Protokoll der Sitzung vom 8. September d. J., welches bereits publicirt war, und der die vertrauliche Sitzung betreffende Theil des Protokolls vom 15. desselben Monats genehmigt.

Zur Tagesordnung übergehend beschästigte sich die Versammlung hierauf I. mit der Fortsetzung der Berathung über die Commissions-Vorschläge, die Revision des städtischen Statuts vom 28. Februar 1858 betreffend.

Nach dem zu Ende der vorigen Sitzung gefassten Beschlusse wurde die Verhandlung über sämmtliche Vorschläge heute wieder aufgenommen.

Danach lag der Versammlung vor:

1) der in der vorigen Sitzung gestellte Commissions-Antrag, daß in das Statut die ausdrückliche Bestimmung aufzunehmen sei, daß die besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats ohne Zustimmung der städtischen Behörden Nebenämter oder Geschäftsführungen für Privatpersonen u. nicht übernehmen dürften.

2) den Gehalt des Oberbürgermeisters betreffend:

a. der Commissions-Vorschlag: denselben statutarisch auf 2000 \mathfrak{M} bis 3000 \mathfrak{M} zu fixiren, daneben die Kosten der Gasbeleuchtung und Wasserleitung in dem zur Privatwohnung des Oberbürgermeisters dienenden Theile des Stadthauses mit auf die Stadt-Casse zu übernehmen;

b. ein Vermittelungs-Vorschlag des Herrn Bode, welcher das Minimum ebenfalls auf 2000 \mathfrak{M} , das Maximum aber auf 2800 \mathfrak{M} festzustellen beabsichtigte.

Dazu kam in der heutigen Sitzung

c) ein Antrag des Herrn Häusler, welcher zu dem Commissions-Antrage die Nebenbestimmung vorschlägt, daß der Gehalt 2500 \mathfrak{M} erst nach 20jähriger Dienstzeit des Oberbürgermeisters überschreiten dürfe;

endlich

d) folgende Anträge des Herrn Leiste

- 1) den Gehalt des Vorsitzenden des Stadtmagistrats auf 1500 bis 2500 ₰ zu fixiren;
- 2) zwischen §. 9 und 10 des Statutes einen besonderen §. (9a.) folgenden Inhalts einzuschalten:

»Keiner der auf Lebenszeit angestellten Haupt- und Hilfsbeamten des Magistrats darf ohne Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordneten eine andere öffentliche Function oder eine Geschäftsführung für Privatpersonen oder einen mit seinem Amte nicht vereinbaren Nebenerwerb betreiben. —

Darüber, ob ein Nebenerwerb mit dem Amte des betreffenden Beamten unvereinbar ist, steht die Entscheidung der vereinigten Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten zu. —

Ein bei solcher Entscheidung theilhabender Beamter darf an dieser Sitzung weder Theil nehmen, noch in derselben anwesend sein. «

- 3) nach §. 17 folgenden §. 18 als »transitorische Bestimmung« folgen zu lassen:

»Für diejenigen zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen dieses Statutes bereits auf Lebenszeit angestellten Haupt- und Hilfsbeamten des Magistrats, welche sich dem §. 9a. desselben nicht unterwerfen, treten weder die in diesem §. 9a. enthaltenen neuen Bestimmungen, noch die gleichzeitig mit denselben eingeführten Gehalts-Erhöhlungen in Kraft.

Die Annahme solcher Gehaltserhöhung durch solchen Beamten gilt als Unterwerfung unter die neuen Bestimmungen des §. 9a. —

Bei der Debatte über diese Anträge entwickelte zunächst Herr Leiste die seinen Vorschlägen zum Grunde liegenden Motive. Der von ihm proponirte Gehaltssatz von 1500 ₰ (dem jetzigen Minimum) bis 2500 ₰ entspreche den Gehältern der in ähnlichen Stellungen befindlichen Staatsdiener am Meisten, sei genügend, um die besten Kräfte für das Amt eines Oberbürgermeisters zu gewinnen, und stehe mit den Gehältern der beiden besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats in angemessenem Verhältnisse; ein Mehreres zu bewilligen, lasse auch die Rücksicht auf die immer steigende Belastung der Stadt-Casse nicht zu. Sein zweiter Antrag werde allgemeine Billigung finden, da dieselben Gründe, welche gegen die unbeschränkte Uebernahme von Nebengeschäften Seitens der besoldeten Magistrats-Mitglieder mit Recht vorgebracht seien, unzweifelhaft auch bei den übrigen auf Lebenszeit angestellten Beamten des Stadtmagistrats Geltung hätten. Die transitorische Bestimmung, welche er zu dritt vorgeschlagen habe, scheine ihm den sichersten Ausweg aus der augenblicklich vorliegenden, in der vorigen Sitzung ausführlich besprochenen Schwierigkeit zu bieten, wenn sie die Erlangung der durch die neue Gehalts-Verbesserung gewährten Vortheile von der Niederlegung der Nebenämter resp. von der Einholung der Genehmigung zur Fortführung derselben abhängig mache.

Herr Hausler erklärte zu seinem heute eingebrachten Vermittelungs-Vorschlage, daß er zwar noch immer ein Gehalts-Maximum von 2500 ₰ , mit Rücksicht auf die übrigen Nebeneinnahmen, für ausreichend halte, aber durch seinen Antrag die Möglichkeit gegeben finde, nicht nur langjährige ausgezeichnete Dienste in angemessener Weise

zu belohnen, sondern auch die jetzt vorliegende Schwierigkeit zu lösen. Die transitorische Bestimmung, welche Herr Leiste vorschläge, sei schon deshalb nicht zu billigen, weil sie das Inkrafttreten statutarischer Bestimmungen von der Willkür der Beteiligten abhängig mache. Dagegen stimme er dem zweiten Antrage des Herrn Leiste zu, welcher die von der Commission beantragte Beschränkung bei der Uebernahme von Nebenämtern zweckmäßig auszudehnen beabsichtige.

Herr Nieß sprach sich, insbesondere mit Beziehung auf die Belastung der Stadt-Casse, für die Leiste'schen Anträge aus, und Herr Bantler empfahl die Commissions-Vorschläge im Wesentlichen aus den in der vorigen Sitzung bereits entwickelten Gründen zur Annahme.

Bei der Abstimmung wurden die Commissions-Anträge 1 und 2a, ersterer jedoch mit der von Herrn Leiste beantragten Ausdehnung auf alle lebenslänglich angestellten Magistrats-Beamten, genehmigt. Hinsichtlich des zweiten und dritten Absatzes des Leiste'schen Antrages (2) behielt sich der Herr Antragsteller, für die demnächstige Berathung des Statutes selbst, weitere Anträge vor. Antrag (3) desselben Herrn wurde von der Versammlung mit geringem Stimmenmehr verworfen.

Bei der Berathung der übrigen Commissions-Anträge (Sitzung vom 8. September d. J.) wurde

ad §. 3 des Statuts

der Commissions-Vorschlag, die Gehalte der beiden besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats auf 1000 bis 1500 ₰ zu fixiren, gegen den Vorschlag des Herrn Flagge, welcher ein Maximum von 1600 ₰ beantragte, angenommen, aber auf den Antrag desselben Herrn der fernere Vorschlag der Commission dahin modificirt, daß schon alle vier Jahr ein Aufrücken um 100 ₰ , die Zustimmung der städtischen Behörden vorausgesetzt, eintreten solle.

Ferner wurde genehmigt, daß

ad §. 5 und 6.

dem Commissions-Antrage entsprechend, das Maximum des Gehaltes des Revisors auf 800 ₰ , und das des Stadt-Cämmerers auf 1100 ₰ zu erhöhen sei, ein Antrag des Herrn Flagge, welcher den letztern Gehalt bis auf 1200 ₰ erhöht wissen wollte, aber verworfen.

Auch genehmigte die Versammlung Zusatz-Anträge der Herren Reuter und Duenstedt, wonach die Gehalte des städtischen Registrators und des Rentanten der Armen-Casse auf 300 bis 700 ₰ fixirt werden sollen.

Ebenso wurden die Commissions-Anträge 5 und 6, letzterer jedoch auf den Vorschlag des Herrn Bantler mit der Modification angenommen, daß der Gehalt des zweiten Controleurs 300 bis 500 ₰ betragen solle, und Antrag 7, auf den Vorschlag des Herrn Rothdurft dahin abgeändert, daß der Gehalt des ersten Controleurs auf 400 bis 700 ₰ festzustellen sei.

ad §. 7 des Statuts

wurde ferner der Commissionsantrag 8, hinsichtlich der Gehalte der Marktmeister und Magistratsdiener angenommen, unter Verwerfung eines Antrages des Herrn Leiste, welcher den Gehalt der Marktmeister auf 200 bis 300 ₰ festzustellen beabsichtigte.

Die zu den §§. 10 und 13 gestellten Commissions-Anträge 9 und 10 wurden gleichfalls genehmigt, und von der Versammlung der Wunsch ausgesprochen, da dieß

Bureaustunden der Stadträthe in Zukunft auf die Zeit von 10 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags verlegt werden möchten.

Auch wurde es für angemessen erklärt, in dem diesen Gegenstand betreffenden Schreiben den Stadtmagistrat daran zu erinnern, daß auch das Statut über die Organisation und Verwaltung der Armen-Anstalt in einzelnen Punkten einer Revision bedürfe.

Hiermit war dieser Gegenstand erledigt, und die Versammlung beschloß schließlich II. auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden und in Gemäßheit des in dem Magistratsschreiben vom 5. Sept. d. J. gestellten Antrages:

daß das Salzabnahmequantum für das Jahr 1865 wiederum auf 10 A pro Kopf der hiesigen Einwohner veranlagt werde; worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Die Sitzung wurde am 10. Sept. d. J. um 10 Uhr Morgens geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. October 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Grass, Ramdohr, Quensfeldt und Uhdé.

Nachdem die Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Landsyndicus De Sterreich, eröffnet war, wurden die Protocolle der Sitzungen vom 15. und 29. September d. J. verlesen und genehmigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte

I. Herr Häusler darauf aufmerksam, daß die Herzogliche Polizei-Direction vor Kurzem durch die hiesigen Anzeigen eine Bekanntmachung veröffentlicht habe, in welcher unter Bezugnahme auf §. 71 der Straßen-Polizei-Ordnung das Fahren mit Kinderwagen auf den Trottoirs mit Strafe bedroht werde, die sich nach seiner Meinung weder überhaupt noch insbesondere durch die betreffende statutarische Bestimmung rechtfertigen lasse.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte, daß der Stadtmagistrat vor Er-
laß dieser Bekanntmachung keine Kunde von ihr gehabt habe, so stellte Herr Häus-
ler den Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, behuf einer mildern Auslegung der betref-
fenden Bestimmung sich mit der Herzoglichen Polizei-Direction in Ver-
nehmen setzen, eventuell auf eine Modification des betreffenden Paragraphen
des Statuts Bedacht nehmen zu wollen.

Der Herr Vorsitzende überwies diesen Antrag der Statuten-Commission zum Be-
richte, und der Herr Oberbürgermeister versprach, wegen dieses Gegenstandes sogleich

mit der Herzoglichen Polizei-Direction in Verhandlung zu treten, und deren Erklärung der betreffenden Commission zur Kenntnißnahme mitzutheilen.

Ferner zeigte der Herr Vorsitzende

II. der Versammlung an, daß die Stelle des Protokollführers der Versammlung durch den Abgang des Referendars Dr. Dedekind in nächster Zeit erledigt werde, daß sich zu derselben bis jetzt der städtische Archivar H ä n s e l m a n n, die Referendare Stegmann und Dr. Tunica, der Advocat Dr. Magnus und der Auditor R o s s m a n n gemeldet hätten, und daß er diesen Gegenstand in einer der nächsten Sitzungen zur Berathung bringen werde.

Hierauf wählte die Versammlung, zur Tagesordnung übergehend

III. in die in Gemäßheit des §. 20 des Gesetzes vom 3. August d. J., die Gewerbesteuer betreffend, zu constituirende Einschätzungs-Commission für das Jahr 1865 die Herren Ramdohr, Kloss, F ü d e l und Flagge, worauf

IV. die Berathung einer Magistrats-Proposition vom 3. October d. J. den Ankauf des am Hagenmarkte belegenen Denecke'schen Hauses betreffend, folgte.

In dem diesen Gegenstand betreffenden Schreiben wird auf den fast allgemein geäußerten Wunsch Bezug genommen, daß die nach Abbruch des alten Theaters an der Nordseite des Theaterplatzes stehen gebliebenen, den schönen Platz verunstaltenden fünf Häuser ebenfalls abgebrochen werden möchten. Der Particulier, frühere Knochenhauernermeister Denecke, hat sich nun erboten, das in der Mitte gelegene, ihm gehörige und bedeutendste dieser Häuser für den ihm bereits von einem Privaten gebotenen Preis von 11,000 \mathfrak{f} an die Stadt zu verkaufen, und der Stadtmagistrat, den Ankauf und Abbruch jener Häuser für wünschenswerth, ja nothwendig erachtend und in der Ueberzeugung, daß der geforderte Preis ein angemessener sei, und daß, wenn diese Gelegenheit vorübergelassen werde, entweder der ganze Platz aufgegeben oder doch höhere Preise gezahlt werden müßten, hat den Kauf, unter Vorbehalt der Genehmigung Seitens der Versammlung und des Herzoglichen Staats-Ministeriums zu dem gedachten Preise, jedoch mit der Nebenbestimmung abgeschlossen, daß eine verhältnißmäßige Erhöhung desselben dann Statt finden solle, wenn den Eigenthümern der übrigen Häuser im Wege des Vergleiches mehr als das Doppelte des von ihnen selbst gezahlten Kaufpreises von der Stadt zugestanden werden sollte.

Das Schreiben gibt nun anheim,

den abgeschlossenen Kaufcontract zu genehmigen, und schließt mit folgender Erklärung: »Wir beabsichtigen, wenn der Vertrag genehmigt wird, mit den Eigenthümern der übrigen Häuser in Verhandlung zu treten und bei billigen Forderungen die Häuser sofort anzukaufen, da wir den Besitz des angekauften, für die Erhaltung der übrigen Häuser allerdings sehr wichtigen Hauses keineswegs zur Bedrückung der übrigen Hauseigenthümer benutzen wollen. Sollten dieselben indessen mit unbilligen Forderungen hervortreten, so würden wir das gekaufte Haus zu Michaelis l. J. auf den Abbruch verkaufen, und tragen wir darauf an: dies Verfahren gleichfalls genehm zu halten.

Nach dem Berichte, welchen Herr Reuter für die Finanz-Commission abstattete, hat sich ein Majoritäts-Beschluß derselben nicht erzielen lassen, indem von den vier anwesend gewesenen Mitgliedern nur zwei der Proposition ihre Zustimmung gegeben, ein Mitglied sich durchaus gegen dieselbe, und das letzte Mitglied gegen den Ankauf wenigstens für den Augenblick ausgesprochen habe. Er selbst sei für die Annahme der

Proposition aus den im Schreiben angeführten Gründen und wolle für jetzt nur bemerken, daß, wenn sämtliche Häuser zu ähnlichen Preisen angekauft werden würden, die ganze Ausgabe etwa 24,000 bis 25,000 R betragen werde.

Herr F ü d e l: Er habe in der Commission gegen die Proposition gestimmt, und dies aus finanziellen Bedenken. Der Staat, die Commune müsse, wie jeder Privatmann, bei beabsichtigten außerordentlichen Verwendungen erst die Mittel prüfen, welche dazu vorhanden seien, und ehe man zu Ausgaben für Verschönerungs-Zwecke schreite, müsse zuvor festgestellt sein, daß die vorhandenen Mittel für die nothwendigen und nützlichen Ausgaben ausreichten. Schon zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben, wohin er unter Andern die Erhöhung der Gehalte der Schullehrer und Communalbeamten, vor Allem aber die Verwendungen für Schulzwecke rechne, seien die zukünftigen Budgets der Stadt in außerordentlicher Weise belastet, indem beispielsweise eine dritte Bürgerschule und das Gebäude für die höhere Töchter Schule errichtet und Grundstücke dafür acquirirt werden müßten. Schwerlich werde daher ohne erhebliche Belastung der Stadt-Casse Geld für den beabsichtigten Zweck flüssig zu machen sein, und die projectirte Verschönerung sei dann doch in der That nicht so erheblich, daß sie eine jährliche Ausgabe von 1200 bis 1500 R rechtfertigen könne. Viel geringer würden aber die Zinsen des aufzuwendenden Capitals nicht sein, da er entschieden bezweifeln müsse, daß mit 25,000 R sämtliche Häuser angekauft werden würden. Er glaube nicht, daß das Publikum im Allgemeinen viel auf die beabsichtigte Verschönerung gebe, und wie wenige von ihren Wählern würden für dieselbe stimmen, wenn zur Deckung der Ausgabe eine Erhöhung der Steuern auch nur um 10 oder 20 Procent und nur für ein einziges Jahr nöthig werden sollte! Er beantrage die Ablehnung der Proposition, umso mehr, als man durch Anpflanzung von Bäumen den allerdings unangenehmen Anblick, welchen die stehen gebliebene Mauer des alten Theaters gewähre, ohne große Schwierigkeit verdecken könne.

Herr R e u t e r: Wenn er sich in der Commission für das Project ausgesprochen habe, so sei dies nur nach genauer Prüfung der Lage der Stadt-Casse geschehen. Die finanziellen Verhältnisse der Stadt seien nun aber, wie schon die letzte Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten ausweise, durchaus gesunde; es sei doch keine Kleinigkeit, wenn, wie sich als Regel annehmen lasse, das Vermögen der Stadt sich mit jedem Jahre um etwa 4000 R vergrößere.

Wenn man unter Andern berücksichtige, daß der Stadt mit dem nächsten Neujahre bei Einführung der neuen Gewerbesteuer eine Summe von 30,000 R gezahlt werde, und daß das allgemeine Steigen des Wohlstandes eine dauernde Steigerung des Ertrages der Communalsteuer verheißt, so sei denn doch an eine Erhöhung der Steuern behuf Ausführung dieses Projectes entschieden nicht zu denken. Aber die beabsichtigte Maßregel diene nicht bloß zur Verschönerung der Stadt, sie sei auch nothwendig, wenn eine zweckmäßigere Einrichtung des Markverkehrs, wie sie der Abbruch des alten Theaters gestatte, in's Leben gerufen werden solle. Anpflanzung von Bäumen würde den beabsichtigten Zweck niemals, jedenfalls aber erst nach langer Zeit erreichen und erst recht auf die stehen gebliebene Ruine aufmerksam machen. Endlich dürfe man nicht länger mit dem Ankauf zögern, da aller Wahrscheinlichkeit nach die Preise der in Frage kommenden Häuser sich noch in erheblicher Weise steigern würden.

Herr B a u t l e r: Er stimme im Wesentlichen mit der Ansicht des Herrn F ü d e l überein. Wo so viele durchaus nothwendige Ausgaben in nächster Aussicht ständen,

müsse die Forderung einer so großen Summe für eine bloße Verschönerung sehr bedenklich machen. Aber er zweifle auch sehr, daß die von Herrn Reuter berechnete Summe ausreichen werde. Man höre nur die Preise, die von den übrigen Hausbesitzern angeblich gefordert würden. Habe man erst 11,000 \mathfrak{R} für das eine Haus verausgabt, so bleibe, wenn diese Summe nicht rein weggeworfen sein solle, doch schließlich nichts übrig, als jeden für die übrigen Häuser geforderten Preis zu zahlen. Daß auch der Stadtmagistrat diesen Fall als nicht außerhalb der Möglichkeit liegend ansehe, zeige der Passus des Contractes, in welchem dem Verkäufer Denecke Aussicht auf eine Erhöhung des jetzt von ihm geforderten Kaufpreises gemacht werde. So sei denn noch gar nicht abzusehen, ob die schließlich wirklich zu verausgabende Summe auch nur in einigem Verhältnisse stehe zu den zu erlangenden Vortheilen, und er stelle daher, wie er schon in der Commission vorgeschlagen habe, den Antrag, die Proposition bis dahin zurückzuweisen, daß durch Verhandlungen mit sämmtlichen Betheiligten die für den ganzen Complex zu zahlende Summe sich übersehen lasse. Es empfehle sich dies auch um so mehr, als nach seiner Anschauung der Werth der fraglichen Häuser durch die Verlegung und den Abbruch des Theaters eher abgenommen als zugenommen habe.

Herr Kronheim: Aus mehr als einem Grunde müsse er sich auf's Entschiedenste für die Vorlage aussprechen. Nach seiner Ueberzeugung sei der Maßstab, nach welchem die Ausgaben einer Commune zu bemessen, wesentlich ein anderer, als der, welchen Privatpersonen anzuwenden hätten. Unsere Stadt, durch eine Reihe ungünstiger Conjunctionen längere Zeit hinter anderen Städten zurückgeblieben und zu einer Kleinstadt herabgesunken, müsse, nachdem sie in neuerer Zeit einen bedeutenden Aufschwung gewonnen, ihren kleinern Gesichtskreis erweitern, und ihre Communeinrichtungen müssen Schritt halten mit dem Heranwachsen des Wohlstandes und der Zahl der Einwohner. Viele neuere großstädtische Einrichtungen, welche man dem Eifer der städtischen Behörden verdanke, entsprächen diesem Gesichtspunkte, und sicherlich lehre die Erfahrung von Tage zu Tage mehr, daß dieselben, so kostspielig sie zum Theil auch aussähen, reiche Früchte trügen. So dürfe auch die Stadt in ihrem äußern Kleide nicht zurückbleiben, sie dürfe, wo es sich um eine wesentliche Verschönerung, um die Begräunung von einer Ruine handle, welche einen herrlichen Platz verunstalteten, nicht zu scrupulös, nicht, mögte er sagen, zu philisterhaft denken. Auch durch solche Ausgaben müsse sich das Ausblühen der Stadt manifestiren! Ein Blick auf die Lage der städtischen Finanzen lehre aber, daß die geforderte Summe ohne Beschränkung aller nothwendigen und nützlichen Ausgaben und ohne Erhöhung der städtischen Steuern ohne jede Schwierigkeit werde aufgebracht werden können.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Er müsse bei der Behauptung im Magistrats-Schreiben, daß der proponirte Ankauf fast allgemeiner Wunsch der Bevölkerung sei, beharren. Leider sei die projectirte Verwendung keine rentable, aber wie gar manche Ausgaben seien von der Stadt für ähnliche Zwecke gemacht und hätten die Zustimmung der ganzen Einwohnerschaft gefunden! Die Gegner der Vorlage beriefen sich auf die bedrängte Lage der Stadt-Casse und das drohende Gespenst einer Steuererhöhung. Er sei denn doch in den Finanz-Verhältnissen der Stadt auch bewandert, könne aber die Versicherung geben, daß von einer Steuererhöhung aus diesem Grunde keine Rede sein könne. Viele nützliche und zu Verschönerungszwecken dienende Anlagen hätten zwar nicht aus den jedesmaligen Jahres-Einkünften der Stadt gedeckt werden können, aber die Vertheilung der Rückzahlung der aufgelienehen Summen auf mehrere Jahre hab-

die Last leicht gemacht. Beispielsweise seien, nur seit er an der städtischen Verwaltung Theil genommen, etwa 83,000 \mathfrak{R} , um nur größere Posten zusammen zu zählen, zu Ankäufen behuf Erweiterung und Verschönerung von Straßen und Plätzen und zu Schulhausbauten auf jene Weise leicht aufgebracht, ohne daß eine Erhöhung der Steuern nothwendig geworden. In derselben Zeit habe die Stadt 22,500 \mathfrak{R} in die Gas-Anstalt gesteckt, ein Capital, das sich jetzt verdoppelt habe, und nicht unbeträchtliche Capitalien ausgeliehen. Der neue Stadt-Cassen-Etat schliesse, ungeachtet der Berücksichtigung aller in Aussicht stehenden Ausgaben, mit einem um beinahe 8000 \mathfrak{R} höhern Extraordinarium, als man früher zur Verfügung gehabt habe, der Cassenvorrath betrage nach der letzten Jahresrechnung etwa 20,000 \mathfrak{R} mehr als der Betriebsfonds von 30,000 \mathfrak{R} , und eine Menge, von den laufenden Einnahmen bisher bestrittene, Ausgaben, namentlich Bauten, seien erledigt. So hätten denn die finanziellen Verhältnisse der Stadt keine Bedenken erregen können, als das wichtigste der fragl. Häuser zu dem angegebenen billigen Preise angeboten worden sei. Wichtig sei zwar, daß man, wenn man diesen Kauf gut heiße, demnächst auch die übrigen Häuser werde ankaufen müssen. Aber er erwarte fest, daß, wenn deren Besitzer erst den Ernst der städtischen Behörden, dem durch den Abbruch des Denecke'schen Hauses ein gehöriger Nachdruck gegeben werden könne, erkennen würden, die zum Theil exorbitanten Forderungen der Hauseigen-thümer, denen durch Annahme der Proposition der Rückhalt entzogen werde, sich er-mäßigen würden.

Herr Födel kam noch einmal auf seine Einwendungen zurück. So unmöglich er-scheine eine Steuererhöhung denn doch nicht, wenn man in der beantragten Weise den städtischen Etat belasten wolle. Sei doch eine Steuererhöhung schon während der Hun-gerjahre einmal beantragt gewesen und nur an einer Stimme Mehrheit in dieser Ver-sammlung gescheitert! Das Bild, welches von den städtischen Finanzen vor den Her-ren entworfen worden, sei ein sehr erfreuliches, aber man müsse, wenn man Geld habe, nun auch nicht gleich an die Herausgabung denken, und von der großen Summe, welche die Anlage der Wasserleitung über den Anschlag hinaus kosten werde, habe keiner der Herren Gegner gesprochen. Möglich daß er zu schwarz sehe, aber wenn erst ein-mal ein Ungewitter hereinbreche, dann hätten die vorsichtigen Schwarzseher in der Re-gel einen bessern Theil erwählt, als Diejenigen, denen der Himmel immer blau erscheine. Er bleibe dabei, der Ankauf sei weder nothwendig noch nützlich, und für eine bloße Verschönerung seien jährliche 1200 bis 1500 \mathfrak{R} zu viel.

Herr Leiste: Um bei den von Herrn Födel gewählten Unterscheidungen zu blei-ben, müsse er das Project in die Kategorie der nothwendigen Verwendungen zählen. Die vorliegende Frage sei eine Frage des Anstandes, und wer auf die Ehre der Stadt etwas halte, müsse für die Proposition stimmen, sobald nur die aufzuwendenden Mittel nicht gar zu unbillig seien. Auch die Promenaden dienten scheinbar nur zur Verschö-nerung, und wer wolle deren Nützlichkeith, ja Nothwendigkeit bestreiten! Der gewählte Augenblick scheine ihm ein günstiger, und die finanziellen Bedenken seien hinlänglich wi-derlegt. Das Bedenken endlich, welches Herr Bauler daraus herleite, daß dem je-zigen Verkäufer für einen bestimmten Fall eine Erhöhung des Kaufpreises in Aussicht gestellt werde, scheine ihm ebenfalls nicht zutreffend. Solle etwa dieser patriotische Bürger schlechter gestellt werden, als die übrigen Hauseigen-thümer, wenn sie so unpatriotisch sein sollten, die Umstände zu ihrem Vortheile unbillig benutzen zu wollen?!

Herr Reuter bewies noch durch Zahlen, daß die städtischen Steuern bei uns, im Vergleich zu andern Städten, äußerst mäßige seien, erklärte das für die Wasserleitung aufgewendete Capital, auch wenn der Anschlag etwas überschritten werden sollte, als sicher angelegt und voraussichtlich rentabel, und wies darauf hin, daß, wenn man warten wolle, bis einmal alle in Aussicht stehenden Verwendungen erledigt sein würden, man nie zu etwas kommen werde.

In diesem Sinne sprach sich schließlich auch noch Herr Kronheim aus, der insbesondere hervorhob, daß nach den eigenen Ausführungen des Herrn Fudel die Stadt sogar die Hungerjahre überwunden habe, ohne zu einer Steuererhöhung schreiten zu müssen.

Bei der Abstimmung wurden beide Propositionen von der Versammlung fast einstimmig angenommen.

Für die Finanz-Commission berichtete ferner

V. ebenfalls Herr Reuter über ein Magistrats-Schreiben vom 26. September d. J., welches die Resultate des Betriebes der städtischen Gasanstalt in dem verflossenen Geschäftsjahre vom 1. Juli 1863 bis 30. Juni 1864 und den Voranschlag für das jetzige Geschäftsjahr mittheilt.

Danach beläuft sich der in dem vorigen Geschäftsjahre wirklich gemachte Gewinn auf 18,933 ₰ 26 ½ 2, ein Resultat, welches im Verhältniß zu dem in der bei Uebernahme der Anstalt aufgestellten Rentabilitäts-Berechnungen auf 12,233 ⅓ ₰ veranschlagten Beträge als sehr günstig bezeichnet wird.

Es wird nun vorgeschlagen, jetzt die Summe von 12,100 ₰ in der Weise zu amortisiren, daß, den getroffenen Verabredungen gemäß, von den an die früheren Actionaire der Gasanstalt ausgegebenen Obligationen 26 Stück à 100 ₰ ausgelooft, ferner eine auf den Grundstücken ruhende Hypothekforderung von 2500 ₰ gekündigt, und von den noch vorhandenen Prioritäten 70 Stück, à 100 ₰, ausgelooft werden.

Da im nächsten Jahre nach dem Berichte der Direction für die Erweiterung der Röhrenleitungen 4160 ₰, für den Umbau der Defen 4102 ₰ und für verschiedene kleinere Baulichkeiten 1241 ₰ — ½ 2, überhaupt also 9503 ₰ — ½ 2 erforderlich sind, so wird ferner beantragt, die Zustimmung zu der Verwendung dieser Summe zu ertheilen.

Nach dem aufgestellten Voranschlage sind die eigentlichen Betriebskosten zu 29,803 ₰ 5 ½ 2 und nach Abzug der Einnahme aus der Verwerthung der Nebenproducte, im Betrage von 6980 ₰, zu 22,823 ₰ 5 ½ 2 angenommen. Hierzu kommen an Zinsen 11,178 ₰ und an Löhnen für die Laternen-Anstecker 1840 ₰, so daß die sämmtlichen Ausgaben sich auf 35,841 ₰ 5 ½ 2 belaufen. Die Einnahme für verkauft Gas ist dagegen zu 59,340 ₰ angenommen, an kleinen Neben-Einnahmen kommen dazu 210 ₰, es beträgt also die Gesamteinnahme 59,550 ₰, und der Ueberschuß 23,708 ₰ 24 ½ 2. Hiervon würden die oben aufgeführten außerordentlichen Verwendungen zu decken sein, und es bleiben demnach 14,200 ₰ zur Amortisation übrig. Zugleich wird indessen die Hoffnung ausgesprochen, daß das Resultat ein noch günstigeres sein werde, und die Zustimmung zu diesem Voranschlage anheimgegeben.

Herr Reuter begleitete die einzelnen Positionen der Vorlage mit Erläuterungen und machte auf die günstigen Resultate der Verwaltung aufmerksam, welche die beim Ankaufe der Anstalt aufgestellten Vermuthungen rechtfertigten, in der That habe sich der Selbstkostenpreis des Gases noch billiger gestellt, als damals angenommen sei.

Vorausichtlich werde am 1. Juli d. J. die Gasanstalt nur noch etwas über 265,000 M kosten, eine Zahl, die man nach der frühern Annahme erst ein Jahr später zu erreichen gehofft habe.

Auf die Frage des Herrn Flagge, ob bei dem Voranschlage für das laufende Jahr auf eine Ermäßigung des Gaspreises noch keine Rücksicht habe genommen werden können, erwiederten die Herren Reuter und Overbürgermeister Caspari, daß man es für rathlich halte, erst die Resultate eines vollen Jahres abzuwarten, während dessen die Anstalt mit ermäßigtem Gaspreise gearbeitet; bei Aufstellung des Voranschlages sei dies nicht der Fall gewesen, da die Ermäßigung des Preises erst mit diesem Jahre eingetreten sei.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge von der Versammlung gut geheißen;

worauf die Sitzung wegen Vorgerücktheit der Zeit geschlossen werden mußte.

Nr. 13.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 259 des 1864 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1864.

Verhandlungen

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. October 1864.

Abwesend waren mit Entschuldigung die Herren Bartels und Grund; ohne Entschuldigung Herr Kahler.

Nachdem der Vorsitzende Herr Landyndicus Desterreich die Sitzung eröffnet hatte und das Protokoll der Sitzung vom 13. October d. J. verlesen und genehmigt war, theilte

I. Herr Oberbürgermeister Caspari auf den von Herrn Häusler in der vorigen Sitzung gestellten Antrag das Verbot des Befahrens der Trottoirs mit Kinderwagen betreffend, mit, daß nach dem von der Herzoglichen Polizeidirection auf ergangene Anfrage erlassenen Antwortschreiben diese Behörde jenes Verbot aus dem Inhalte des §. 71 der Straßen-Polizei-Ordnung zu rechtfertigen, die Nothwendigkeit desselben wegen der Befästigung des Publikums namentlich in engeren und frequenteren Straßen darzulegen gesucht, indessen hinzugefügt habe, daß sie nicht gemeint sei, die billige Rücksichtnahme auf die Kinder zu verlegen, und daher, wo ein Mißbrauch nicht zu erwarten sei, Erlaubnißscheine ausstellen werde.

Der Herr Oberbürgermeister bemerkte hiezu, daß man nach seiner Meinung sich mit dieser Erklärung beruhigen könne, und werde der Stadtmagistrat noch an die Herzogliche Polizeidirection das Ersuchen stellen, die Sache durch eine Instruction an die Polizeidiener zu regeln.

Auch der Antragsteller, Herr Häusler, bezeugte sich mit der Erklärung der Herzoglichen Polizeidirection im Wesentlichen zufrieden gestellt, da nach derselben wenigstens eine absolute Durchführung des Verbotes nicht zu besorgen stehe, und eine bü-

lige Ausglei chung zwischen den Bedürfnissen des öffentlichen Verkehrs und dem Interesse der Kinder zu erwarten sei, und war damit einverstanden, daß einstweilen sein Antrag nicht weiter verfolgt werde.

Indessen nahm Herr Leiste mit dem Bemerken, daß der §. 71 der Straßen-Polizei-Ordnung schwerlich in der gedachten Weise zu interpretiren, und daß das Verweisen der Kinderrwagen von den sicheren Trottoirs auf die Fahrbahnen denn doch sehr bedenklich sei, den Antrag wieder auf, und der Herr Vorsitzende verwies denselben an die Statuten-Commission zum Berichte.

Hierauf erklärte man sich

II. damit einverstanden, daß der bisherige Protokollführer der Versammlung seinen Dienst noch bis zum Jahreschluß zu versehen habe, und wählte zu seinem Nachfolger den städtischen Archivar Herrn Hänselmann.

Der Herr Vorsitzende berichtete sodann

III. für die Statuten-Commission über ein Magistratschreiben vom 29. September d. J., verschiedene Abänderungen des Statuts vom 1. Juni 1853 über die Organisation und Verwaltung der Armen-Anstalten betreffend.

Dasselbe nimmt Bezug auf den von der Versammlung laut Beschlusses vom 3. December v. J. gestellten Antrag:

»hinsichtlich der s. g. niederen Volksschulen, insbesondere hinsichtlich der etatmäßigen Behandlung der Ausgaben für dieselben, diejenigen Aenderungen zu treffen, welche durch die gegenwärtige Stellung dieser Gemeindeschulen bedingt seien,«

theilt mit, daß demgemäß die Ausgabe für diese Schulen, mit Ausnahme der Ausgabe für unentgeltlich verabfolgte Lehrmittel, von dem Armen-Cassen-Etat auf den Gemeinde-Schulcassen-Etat übertragen sei, schlägt, in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande, vor, jene Schulen künftig als »untere Bürgerschulen« zu bezeichnen — woran sich dann die jetzigen Bürgerschulen als »mittlere Bürgerschulen« und schließlich die höhere Töchter Schule und das Realgymnasium schließen würden — und legt hinsichtlich der die Freischulen betreffenden Bestimmungen folgendes

„Statut,

die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Statuts vom 1. Juni 1853 über die Organisation und Verwaltung der Armenanstalten der Stadt Braunschweig betreffend.“

zur Genehmigung vor:

Da die in dem Statute vom 1. Juni 1853 enthaltenen Bestimmungen über die Stellung der Armen-Direction und der bei der Armen-Verwaltung thätigen Behörden zu den Freischulen den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen, so werden folgende Abänderungen des obengedachten Statuts getroffen:

§. 1.

Die Bestimmungen im §. 3 des Statuts vom 1. Juni 1853, welcher zufolge die Armen-Direction die Oberaufsicht über die Freischulen zu führen hat, wird auf-

gehoben, und werden jene Schulen, als untere Bürgerschulen, künftig lediglich unter die Aufsicht des städtischen Schuldirectors und die Oberaufsicht des städtischen Schulvorstandes gestellt.

§. 2.

Imgleichen wird die Bestimmung im §. 6 des Statuts nach welchem der Stadt-Superintendent wegen der Schulangelegenheiten zu den Berathungen des Armen-Collegiums soll zugezogen werden können, damit aufgehoben, wie auch die §§. 11, 12 und 13, die Armenschul-Deputation betreffend, außer Wirksamkeit gesetzt werden.

§. 3.

Auch der §. 22 des Statuts wird aufgehoben, und treten dafür folgende Bestimmungen an die Stelle:

Für jeden Bezirk, oder auch für zwei vereinigte Bezirke wird ein Bezirks-Jugendpfleger bestellt.

Die Bezirks-Jugendpfleger haben wegen der Bewilligung des freien Schulunterrichts die nöthigen Anträge zu stellen (cf. §. 4), sie haben dafür zu sorgen, daß die Kinder der eingezeichneten Armen und die jüngeren Geschwister derjenigen Kinder, welchen bereits freie Schule bewilligt ist, zu der in der Instruction für die Jugendpfleger vorgeschriebenen Zeit einer der unteren Bürgerschulen überwiesen werden, auch die häusliche Erziehung der Kinder, welchen die freie Schule bewilligt ist, zu überwachen.

Das Nähere über die Wirksamkeit der Bezirks-Jugendpfleger bestimmt die denselben zu ertheilende Instruction.

§. 4.

Der §. 54 des Statuts wird ebenfalls aufgehoben und dafür Folgendes bestimmt:

Freier Unterricht erfolgt in der Schule im Pflegehause, sowie in den unteren Bürgerschulen. Für die Kinder der eingezeichneten Armen, sowie für die Pflegekinder der Armen-Anstalt bedarf es einer besondern Bewilligung des freien Unterrichts und der dazu erforderlichen Gegenstände nicht.

Für andere Kinder wird der freie Unterricht durch eine Commission bewilligt, welche unter dem Vorstehe des Präsidenten der Unterstützungs-Deputation, aus dem städtischen Schuldirector und den sämtlichen Bezirks-Jugendpflegern, als beschließenden, und den dirigirenden Lehrern der unteren Bürgerschulen, als beratenden Mitgliedern besteht. In eiligen Fällen erfolgt die Bewilligung durch die Armen-Unterstützungs-Deputation. —

Bei dem Beschlusse über die Bewilligung des freien Unterrichts ist zugleich darüber zu bestimmen, ob den Kindern auch die zum Unterrichte erforderlichen Gegenstände frei geliefert werden sollen.

Die Kinder der eingezeichneten Armen sowie die Pflegekinder der Armenanstalt dürfen nur die unteren Bürgerschulen besuchen, welchen indeß die katholische Schule in dieser Beziehung gleich steht. —

Die Commission, welche in einer Conferenz mit dem Herrn Vorsitzenden des Stadt-Magistrats über die vorstehende Fassung sich geeinigt hat, bezeichnet die proponirten neuen Bestimmungen als durch die veränderten Verhältnisse gerechtfertigt und empfiehlt deren Annahme.

Bei der Berathung erklärte nur zum §. 4 der Vorlage Herr Leiste es für wünschenswerth, wenn ausgesprochen werde, daß besonders befähigten Schülern auch in andern als den unteren Bürgerschulen der Unterricht frei gegeben werden könne.

Nach den Erläuterungen, die Herr Oberbürgermeister Caspari, Herr Aronheim und der Herr Vorsitzende gaben, hat die Commission diese Frage auch besprochen, sich indessen einmüthig für die vorgeschlagene Fassung erklärt, da an und für sich, um zu großen Andrang zu den höheren Schulen zu vermeiden, die unteren Bürgerschulen für die Bedürftigen bestimmt seien, die betreffende Commission sonst mit Gesuchen zu sehr belastet werden würde, und Lehrer sowohl wie Aufsichtsbehörden schon von selbst dafür sorgen würden, daß in geeigneten Fällen Freischüler auch in den höheren Schulen zugelassen würden.

Die Vorlage wurde hierauf genehmigt.

Es folgte

IV. ein Bericht des Herrn Graß für die zur Vorberathung des Antrages der Herren Leiste und Rischbieter wegen der Erhöhung der Gehalte der städtischen Lehrer eingesetzte combinirte Commission.

Nach dem Berichte hat sich die Commission nach längeren Verhandlungen mit einer vom Stadt-Magistrate unterm 8. October d. J. gemachten Proposition einverstanden erklärt, in welcher vorgeschlagen wird:

die jetzige Eintheilung der Lehrer-Gehalte in 6 Gehalts-Klassen beizubehalten, für die unterste Klasse einen Gehalt von 300 \mathfrak{M} (statt 250 \mathfrak{M}), für die oberste Klasse von 550 \mathfrak{M} (statt 500 \mathfrak{M}) festzusetzen und jede dazwischen liegende Klasse um je 50 \mathfrak{M} steigen zu lassen, daneben aber zu bestimmen, daß in den beiden untersten Klassen nach 3 Jahren eine Zulage von 25 \mathfrak{M} gegeben werden solle.

Diesen Vorschlägen entsprechend ist das nachfolgende Reglement, welches auch wegen der Gehalte der Schul-Inspectoren und wegen der Verhältnisse der Zeichenlehrer und der Lehrerinnen die bisher fehlenden festen Bestimmungen enthält, ausgearbeitet:

„Reglement die Gehalts- und Dienst-Verhältnisse der Stadtschullehrer in Braunschweig betreffend.

§. 1.

Die Inspectoren an den mittleren Bürgerschulen erhalten neben freier Wohnung in der ihrer Leitung anvertrauten Schule einen jährlichen Gehalt von 600 \mathfrak{M} , nach fünfjähriger treuer und gewissenhafter Dienstführung aber eine Zulage von 100 \mathfrak{M} . — Die dirigirenden Lehrer an den untern Bürgerschulen werden

unter die übrigen ordentlichen Gemeindeschullehrer nach ihrem Dienstalter einge-
reihet, erhalten jedoch für die ihnen übertragende Aufsicht, so lange dieses Verhält-
niß, welches auf Antrag des Schulvorstandes von dem Stadtmagistrate jederzeit
wieder aufgerufen werden kann, dauert, neben freier Wohnung, eine besondere
Gratification von 100 R jährlich.

§. 2.

Die sämmtlichen ordentlichen Lehrer an den mittlern und untern Bürgerschul-
len in Braunschweig, welcher dieser Schulen sie auch angehören, werden gleichmä-
ßig in Beziehung auf ihre Besoldungen in folgende 6 Classen vertheilt:

1. Classe	550 R Gehalt
2. »	500 » » »
3. »	450 » » »
4. »	400 » » »
5. »	350 » » »
6. »	300 » » »

Die Vertheilung in die Classen soll möglichst gleichmäßig geschehen. Läßt die
Zahl der bei den Gemeindeschulen zu Braunschweig angestellten ordentlichen Leh-
rer sich durch die Zahl sechs nicht gleichmäßig theilen, so sollen die überschießen-
den Lehrer in die Gehalts-Classen dergestalt eingereiht werden, daß damit von
der 6. Classe an begonnen wird.

§. 3.

Denjenigen Gemeindeschullehrern, welche als solche eine freie Wohnung haben,
oder in Folge anderer amtlicher Stellungen, die sie bekleiden, sich im Genuße ei-
ner freien Wohnung befinden, oder dafür eine Miethentschädigung bekommen,
werden von dem Gehalte, welches sie nach diesem Reglement beziehen, jährlich
50 R in Abzug gebracht, jedoch mit Ausnahme der dirigirenden Lehrer an den
untern Bürgerschulen, bei denen die freie Wohnung als ein Theil ihrer besondern
Gratification angesehen wird.

§. 4.

In den beiden letzten Gehalts-Classen erhalten die Lehrer nach 3 Jahren ein-
mal eine Zulage von 25 R und zwar die bereits angestellten nach 3 Jahren
vom 1. Januar 1865 angerechnet, falls sie nicht früher in eine höhere Gehalts-
Klasse aufrücken, die nach Erlassung dieses Reglements neu angestellt werdenden
Lehrer nach 3 Jahren von dem auf ihre Anstellung folgenden 1. Januar ange-
rechnet, falls sie nicht mit dem 1. Januar ihren Dienst antreten.

§. 5.

Bei der Feststellung des Gehalts eines Schullehrers soll auf den Verdienst,
welchen derselbe durch Uebernahme eines Nebenamts hat, keine Rücksicht genom-
men werden, — jedoch muß jeder Schullehrer zur Uebernahme eines Nebenamts
eine besondere Erlaubniß des Schulvorstandes erwirken, wie denn auch dem Schul-
vorstande die Befugniß vorbehalten bleibt, einen jeden Lehrer in der Ertheilung
von Privatunterricht zu beschränken, insofern es sich herausstellen sollte, daß ein

Lehrer sich übermäßig mit Privatstunden belastet und dadurch seiner Wirksamkeit in der Schule hinderlich wird, worüber der Schulvorstand allein zu urtheilen hat.

§. 6.

Der Eintritt in eine höhere Gehalts-Klasse wird lediglich durch das Verdienst der Lehrer bedingt und es hat kein Lehrer ein Recht auf das Einrücken in eine höhere Gehalts-Klasse, wenn in derselben eine Vacanz entsteht. Das Aufsteigen der Lehrer kann aus jeder untern Gehalts-Klasse in eine jede höhere, selbst mit Ueberschlagung zwischen liegender Klassen geschehen, und es ist bei der Bestimmung darüber nur die Befähigung der Lehrer in das Auge zu fassen. Die Entscheidung über das Aufrücken eines Lehrers in eine höhere Gehalts-Klasse erfolgt auf Vorschlag des Schulvorstandes durch den Stadtmagistrat.

Auch kann der Stadtmagistrat im Einvernehmen mit dem Schulvorstande einen hier neu angestellten Lehrer sofort in eine höhere Gehalts-Klasse, in welcher eine Vacanz entstanden ist, setzen, wenn es im Interesse der Schulen für zweckmäßig gehalten wird.

§. 7.

Hinsichtlich des Ranges der Lehrer an den verschiedenen Gemeindeschulen findet durchaus kein Unterschied Statt und es steht dem Stadtmagistrate im Vereine mit dem Schulvorstande frei, die Lehrer nach ihrer Qualification von einer Schule zu der andern zu versetzen, ohne daß sie deshalb in eine höhere Gehalts-Klasse versetzt zu werden brauchen.

§. 8.

Jeder hier anzustellende Stadtschullehrer ist verpflichtet, zu der Classe und Abtheilung überzutreten, für welche er tüchtig befunden und zu welcher er versetzt werden wird, selbst wenn eine Erhöhung seines Einkommens damit nicht verbunden ist.

§. 9.

In Beziehung auf die Pensionirung der Schul-Inspectoren und der ordentlichen Lehrer an den mittlern und untern Bürgerschulen kommen die Bestimmungen des §. 14 des Gesetzes vom 7. September 1861, *N.* 51, jedoch mit der durch §. 3 des Gesetzes vom 2. Juli d. J., *N.* 32, ausgesprochenen Abänderungen zur Anwendung.

Die besondern Gratificationen der dirigirenden Lehrer an den untern Bürgerschulen kommen übrigens bei deren Pensionirung nicht in Anrechnung.

§. 10.

Auf die an den mittlern und untern Bürgerschulen etwa anzustellenden ordentlichen Lehrerinnen, sowie auf die für einen abgesonderten Lehrzweig angenommenen Lehrer und Lehrerinnen finden die vorstehenden Bestimmungen, so viel die Höhe des von denselben zu beanspruchenden Gehalts anbetrifft, keine Anwendung.

vielmehr wird darüber in dem mit denselben abzuschließenden Dienstvertrage das Nöthige festgesetzt werden.

Die für einen besondern Lehrzweig angenommenen Lehrer, mit Ausnahme jedoch der an den Bürgerschulen als Religionslehrer wirkenden Prediger, deren Ansprüche an die Stadt mit ihrem Ausscheiden aus dieser Stellung aufhören, sollen übrigens, wenn sie durch dreijährige Dienstzeit ihre Tüchtigkeit für die ihnen übertragene Lehrstelle dargethan haben, in derselben Weise, wie die ordentlichen Lehrer, einen Anspruch auf Pensionirung haben und dieses auch den jetzt bereits angestellten Lehrern zugestanden werden, insofern sie ferner in Function bleiben.

Die Dienstverhältnisse und Pensionsansprüche der Lehrerinnen werden durch den mit denselben abzuschließenden Dienstvertrag festgestellt werden.

§. 11.

Dieses Reglement tritt vom 1. Januar 1865 an in Kraft.

Das Magistrats-Schreiben führt aber ferner aus, daß, wenn auch die jetzt disponibeln Mittel ausreichen, die durch die Gehaltserhöhungen zu erwartende Mehrausgabe zu bestreiten, dies doch dann nicht mehr Fall sein werde, wenn durch Errichtung einer dritten mittlern Bürgerschule die Anstellung einer größeren Anzahl neuer Lehrer erforderlich werden würde, in welchem Falle die jetzige Ausgabe von 15,250 fl (nach den bisherigen Sätzen) sich bei Annahme der neuen Gehaltsätze auf 22,500 fl steigern würde. Hier erscheine es denn in der That nicht unbillig, wenn von den Eltern der die Schulen besuchenden Kinder, in deren Interesse die Verbesserung der Schulen geschehe, gefordert werde, daß dieselben zu den vergrößerten Kosten in Etwas beizutragen hätten, umso mehr, als das in den mittleren Schulen jetzt gezahlte Schulgeld, im Vergleiche zu anderen Städten, noch keineswegs hoch sei. Es wird daher anheim gegeben:

bei Annahme des Regulativs zu beschließen, daß der Stadtmagistrat ohne Weiteres berechtigt sei, falls die nach Einrichtung der dritten mittlern Bürgerschule entstehenden größeren Ausgaben der Gemeinde-Schulcasse solches nothwendig erscheinen ließen, die Erhöhung des Schulgeldes in den gedachten Schulen, jedoch um höchstens 1 fl für jede Classe pro Jahr, bei Hingehörmigem Staatsministerium zu beantragen.

Bei der Berathung dieser Anträge bezeichnete Herr Oberbürgermeister Caspari diejenigen Punkte, hinsichtlich welcher Aenderungen getroffen seien. Danach sind die §§. 1 und 10 ganz neu hinzugekommen, die §§. 2 bis 4 enthalten die oben angegebenen neuen Bestimmungen über die Gehaltsätze, §. 9 hat einen Zusatz wegen des Gesetzes über die Ruhegehälter vom 2. Juli d. J. erhalten, und die übrigen §§. sind unverändert geblieben.

Herr Bantler machte bei §. 1 auf eine Ungenauigkeit im Ausdruck aufmerksam. Wo von den Gehalten der Schul-Inspectoren die Rede sei, solle es wohl heißen:

»nach fünfjähriger treuer und gewissenhafter Dienstführung wird ihr Gehalt auf 700 fl erhöht.«

Von anderer Seite wurde bemerkt, daß ein abweichender Sinn auch in der Vorlage nicht gefunden werden würde.

Zum §. 10 fragte Herr Häusler an, ob man nicht beabsichtige, die maßgebenden Gesichtspunkte hinsichtlich der Besoldung der Zeichenlehrer aufzustellen? Nach seiner Meinung sei deren Honorirung im Verhältnisse zu ihren schwierigen Aufgaben noch gering, und könne vielleicht dadurch verbessert werden, daß der Unterricht an den verschiedenen städtischen Schulen auf eine geringere Zahl von Lehrern concentrirt.

Herr Oberbürgermeister Caspari beantwortete die gestellte Frage mit Nein. Es passe in der Regel nicht recht, Zeichenlehrer ausschließlich für den städtischen Dienst zu engagiren, und noch viel weniger lasse sich eine Arbeitskraft bei einer einzigen Schule völlig ausnützen. So würden fast alle Lehrer dieser Art noch an anderen als städtischen Anstalten beschäftigt. Uebrigens seien die Besoldungen der städtischen Zeichenlehrer erst vor Kurzem so bedeutend aufgebessert, daß letztere sich im Verhältniß sehr gut, und besser z. B. als die Zeichenlehrer an den Gymnasien ständen.

Herr Flagge bezeichnete demnächst das Maximum der für die Lehrer in Aussicht gestellten Gehalte von 550 fl , welches sie entschieden erst nach langjähriger Ausübung der Erfüllung ihrer Berufspflichten erreichen könnten, als zu gering, und stellte den Antrag:

der höchsten Classe einen Gehalt von 600 fl auszusetzen.

Indessen zog Herr Flagge diesen Antrag wieder zurück, als von vielen Seiten, namentlich von den Herren Oberbürgermeister Caspari, Graß, Aronheim und Peiste, darauf hingewiesen wurde, daß die meisten der älteren Lehrer nicht unerhebliche Neben-Einnahmen hätten, daß die vom Staate besoldeten Lehrer durchschnittlich schlechter gestellt seien, als die hiesigen, und daß der vorliegende Entwurf nicht für eine lange Zukunft gültig sein werde, mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen sei, vor Allem aber, daß Gründe zu der Besorgniß vorhanden seien, daß die Durchführung der beabsichtigten Gehaltsverbesserung überhaupt zweifelhaft werden könnte, wenn man jetzt, auf noch günstigeren Bedingungen für die Lehrer bestehen sollte. Auch ertheilte Herr Oberbürgermeister Caspari die Zusicherung, daß der Stadtmagistrat bei Verleihung von Extraordinarien verdiente Lehrer der höchsten Classe gern berücksichtigen werde.

Hierauf wurden die im Magistratschreiben enthaltenen Propositionen einstimmig angenommen und das mitgetheilte Reglement genehmigt.

V. In Gemäßheit eines in dem Magistratschreiben vom 8. October d. J. enthaltenen Antrages — über welchen Herr Lüdel für die Finanz-Commission referirte —

wurde ferner, wie früher, den verheiratheten Hülf:- und Unterbeamten des Stadtmagistrats, der Stadtcasse und der Armen-Direction eine außerordentliche Unterstützung von 20 fl und den unverheiratheten eine solche von 10 fl pro 1864 ausl der Stadtcasse bewilligt.

Der Stadtmagistrat hat dabei in seinem Propositionsschreiben bemerkt, daß in Zukunft nach Einführung der Gehaltserhöhungen dergleichen Extraordinarien nicht mehr vorkommen würden.

VI. Ein Magistratsschreiben vom 21. October d. J. enthält die Antwort des Stadtmagistrats auf die in der Sitzung vom 29. September d. J. hinsichtlich der Abänderung des Statuts über die Zusammensetzung des Stadtmagistrats d. d. 28. Februar 1858 beschlossenen Anträge. Danach hat sich der Stadtmagistrat mit den proponirten Aenderungen einverstanden erklärt und die Zustimmung des Herzogl. Staatsministeriums zu denselben bereits erlangt. Es wird nur eine Erinnerung gemacht in Bezug auf den beantragten Zusatz:

daß sämmtliche auf Lebenszeit angestellte Beamte des Stadtmagistrats zur Uebernahme von Nebenämtern oder Geschäftsführungen irgend welcher Art für Privatpersonen, Vereine und Gesellschaften der Zustimmung der städtischen Behörden bedürfen.

Der Stadtmagistrat will zwar gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung im Allgemeinen nichts einwenden, glaubt aber, daß in dem proponirten Zusatz mehr gesagt sei, als beabsichtigt worden, indem danach kein Magistrats-Mitglied irgend eine nicht in seinem Berufe liegende, dauernde Thätigkeit für Andere ausüben könne, auch wenn solches lediglich aus Gefälligkeit oder einem ähnlichen Grunde geschehe. Derselbe spricht die Meinung aus, es dürfte die Absicht der Versammlung schon erreicht werden, wenn jede Thätigkeit ausgeschlossen werde, welche den Charakter des Gewerblichen an sich trage, und schlägt vor, hinter dem Worte »Gesellschaften« einzuschalten: »gegen eine Vergütung«, eine Redaction, welche von Herzoglichem Staatsministerium eventuell bereits genehmigt sei.

Dann führt das Schreiben weiter aus, daß das Statut, über die Organisation und Verwaltung der Armenanstalt einer Abänderung für jetzt nicht bedürfe und gibt anheim, den Schluß-Paragraphen des bisherigen Statuts über die Zusammensetzung des Stadtmagistrats in der neuen Redaction desselben ganz wegzulassen.

Auch wird die Mittheilung gemacht, daß die gewünschten Bureaufunden auf dem Stadthause eingeführt werden würden, und endlich eine Eingabe des Vorsitzenden des Stadtmagistrats zur Genehmigung vorgelegt, in welcher derselbe den Antrag stellt und motivirt:

zu genehmigen, daß er seine Stellung als Bankdirector, so lange die Interessen der Bank solches wünschenswerth machen, jedoch höchstens bis zum 1. April 1867, wo seine Wahl erneuert werden müsse, beibehalten.

Nach dem Berichte, welchen der Herr Vorsitzende über diese Propositionen abstattete, hat sich die Statuten-Commission mit den einzelnen Anträgen, auch mit jener redactionellen Aenderung, einverstanden erklärt.

Bei der Berathung, vor welcher sich die anwesenden Mitglieder des Stadtmagistrats aus dem Sitzungssaale entfernten, fand indessen die Auffassung des Stadtmagistrats hinsichtlich des letztern Punktes lebhaften Widerspruch.

Namentlich die Herren *Aronheim* und *Leiste*, denen sich im Ganzen auch der Herr Vorsitzende angeschlossen, bezeichneten die im Schreiben beantragte Einschaltung der Worte »gegen eine Vergütung« als eine zu große Beschränkung der beabsichtigten Bestimmung. Der von der Versammlung adoptirte Antrag wolle eben die Uebernahme einer jeden Geschäftsführung, welche die Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Stellung eines städtischen Beamten biete, von der Zustimmung der städtischen Behörden abhängig machen, und es gebe eine große Anzahl von Aemtern, auch bei industriellen Unternehmungen, die in diese Kategorie fielen, ohne daß doch ein Gehalt oder eine directe Vergütung gegeben werde. Was beabsichtigt sei, werde durch die von der Versammlung beliebte Fassung hinreichend deutlich ausgedrückt, und leide es keinen Zweifel, daß die Theilnahme an der Verwaltung geselliger oder politischer Vereine nicht habe berührt werden sollen. Endlich sei es gewiß kein Nachtheil, wenn in Zweifelsfällen dem Tacte der zu befragenden städtischen Behörden die Entscheidung überlassen werde.

Während Herr *Häusler* sich für den Magistrats-Antrag aussprach, weil der Beschluß der Versammlung leicht falsch und zu weit gedeutet werden könne, obwohl auch ihm die vom Magistratsrat gewünschte Hinzufügung nicht völlig genüge, erklärte sich Herr *Bode* in jeder Beziehung für den Magistrats-Antrag. Nur wo ein wirkliches Nebengeschäft, das mit Erwerb verbunden sei, vorliege, sei die vorgeschlagene Beschränkung der Freiheit der städtischen Beamten zulässig und anständig, sicher aber nicht z. B. bei unentgeltlicher Geschäftsführung für Gesellschaften oder Vereine, die gemeinnützigen oder direct städtischen Interessen dienen, wie denn derartige Geschäftsführungen zu übernehmen, Ehrensache für jeden befähigten Bürger und um so mehr für städtische Beamte sei.

Schließlich einigte sich die Versammlung auf den Vorschlag des Herrn *Häusler* über diesen Punkt dahin:

dem Stadtmagistrate die Mittheilung zu machen, daß die Stadtverordneten-Versammlung, in der Erwägung, daß durch Annahme des vom Stadtmagistrate beantragten Zusatzes, eine Begrenzung der vorgeschlagenen Maßregel herbeigeführt werde, welche nicht der Absicht der Versammlung entspreche, daß indessen bei der betreffenden Beschlußfassung nicht die Meinung gewesen, die Annahme von Geschäftsführungen für Vereinigungen zu lediglich geselligen oder politischen Zwecken einer Beschränkung zu unterwerfen, bei ihrem frühern Antrage beharren müsse.

Die übrigen Anträge des Magistrats-Schreibens wurden hierauf sämmtlich, und insbesondere der beigelegte Antrag des Vorsitzenden des Stadtmagistrats einstimmig, von der Versammlung genehmigt, die Zustimmung dazu ertheilt, daß das betreffende

Statut ganz neu redigirt werde, und die Statuten-Commission beauftragt, die definitive Redaction des neuen Statuts den Beschlüssen der Versammlung gemäß mit dem Magistrate zu vereinbaren.

VII. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 18. October d. Jrs. hat der frühere Pächter des Kellers unter dem Hauptgebäude der Bürgerschule westlichen Bezirks, vormalige Brauereibesitzer Theodor Thie, in demselben verschiedene nicht unerhebliche Deteriorationen vorgenommen, und da derselbe p. Thie mehrfacher Aufforderungen ungeachtet nicht bereit gewesen, die von dem Stadtbaumeister Tappe zur Beseitigung solcher Deteriorationen in Vorschlag gebrachten Reparaturen vornehmen zu lassen, so beantragt der Stadtmagistrat:

die Genehmigung zur Proceßführung gegen den p. Thie ertheilen zu wollen.

Nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden hat die Sache kein Bedenken, und die Versammlung ertheilte die beantragte Genehmigung.

Schließlich wurde in vertraulicher Sitzung ein Gesuch um Erlass von rückständiger Communalsteuer erledigt.

Verhandlungen

der Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. November 1864.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Grund, Bieweg und Westermann.

Unter dem Vorstehe des Herrn Landyndicus Desterreich wurde zunächst das Protokoll der Sitzung vom 27. October d. Jrs. genehmigt, nachdem Herr Bantler darauf aufmerksam gemacht hatte, daß seine Bemerkung ad §. 1 des Reglements, die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Stadtschullehrer betr. (N. IV jenes Protokolls), nur auf die ursprüngliche Fassung desselben, nicht auf den Abdruck im Protokolle, wodurch die Fortlassung des Wortes »jährlich« jede Zweideutigkeit vermieden sei, Bezug gehabt habe.

Indem die Versammlung zur Tagesordnung überging, berichtete zunächst

I. der Herr Vorsitzende namens der Statuten-Commission nochmals über die in Bezug auf die Revision des Statuts über die Zusammensetzung des Stadt-Magistrats nach Inhalt des letzten Sitzungs-Protokolls N. VI, zwischen den städtischen Behörden entstandene Differenz.

Die Statuten-Commission sei bei Gelegenheit der ihr übertragenen Schluspredaction des neuen Statuts zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch die von der Versammlung festgehaltene Fassung des Zusatzes:

daß sämtliche auf Lebenszeit angestellte Beamte des Stadt-Magistrats zur Uebernahme von Nebenämtern oder Geschäftsführungen irgend welcher Art für Privatpersonen, Vereine und Gesellschaften die Zustimmung der städtischen Behörden bedürfen,

theils zuviel, theils nicht genau das gesagt werde, was beabsichtigt sei. Da nun auch die bei Gelegenheit des letzten Beschlusses über diesen Gegenstand hinzugefügte Motivierung als eine authentische Declaration des Statuts nicht wohl gelten könne, so proponire die Commission, im Einverständnisse mit dem Stadt-Magistrate, in dem betreffenden Zusatz statt »Vereine und Gesellschaften«, zu sagen: »Erwerbs-Gesellschaften«, eine Abänderung, durch welche im Wesentlichen der beabsichtigte Zweck erreicht werde.

Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung ohne Widerspruch genehmigt.

II. In Folge der neuen statutarischen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Stadtmagistrats und die Hilfsbeamten desselben war die Wahl eines zweiten Stadtcassens-Controleurs erforderlich geworden. Ein von dem Herrn Vorsitzenden verlesenes Magistratschreiben vom 30. October d. Jrs. präsentirt in Gemäßheit des §. 122 der Revid. Städte-Ordnung als zu dieser Stelle geeignete Personen:

- 1) den Magistratschreiber Johann Müller,
- 2) den Stadtcassenschreiber Hermann Gramm,
- und
- 3) den Magistratschreiber Friedrich Gerloff,

sämmtlich von hier, jedoch mit der Bemerkung, daß der Cämmerer Wasmus in einer dem Schreiben beigefügten Eingabe, den Wunsch ausgesprochen habe, den Stadtcassenschreiber Gramm zu dieser Stelle gewählt zu sehen. Der letztere wurde denn auch mit 13 von 24 Stimmen von der Versammlung gewählt.

III. Nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 7. November d. Jrs. hat der Gasthofs-Besitzer Grund aus Gesundheits-Rücksichten den Wunsch ausgesprochen, sein Amt als Stadtverordneter niederlegen zu dürfen. Auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden ertheilte die Versammlung die nach §. 26 der Revid. Städte-Ordnung hierzu erforderliche Zustimmung, indem sie zugleich ihr Bedauern aussprach, Herrn Grund aus ihrer Mitte scheiden zu sehen.

IV. Nach einem Magistratschreiben vom 9. November d. J. hatte sich die Versammlung am 21. November 1861 damit einverstanden erklärt, daß zu den Kosten des Neubaus der Schule auf der Reichenstraße überhaupt 24,025 \mathfrak{M} verwandt würden, welche sich in folgender Weise vertheilten:

- | | |
|---|-------------------------|
| 1) für den Neubau des Schulhauses selbst, incl. Herstellung der Ufermauern, laut speciellen Anschlags | 20,500 \mathfrak{M} . |
| 2) für den Umbau des Wohnhauses und Reparatur des Stallgebäudes, nach muthmaßlicher Taxe | 1150 \mathfrak{M} . |
| 3) für die Abtrittsgebäude, desgl. | 1225 \mathfrak{M} . |
| 4) für Regulirung und Pflasterung des Hofes, desgl. | 500 \mathfrak{M} . |
| 5) für Herstellung des nöthigen Mobiliars | 650 \mathfrak{M} . |

Nach den nunmehr abgelegten Rechnungen sind diese Ansätze indessen sämmtlich überschritten, und zwar

ad 1, um	1270	§ 16	g 6	l,
ad 2, »	567	» 4	» 7	»
ad 3, »	351	» 23	» —	»
ad 4, »	258	» 20	» 9	»
ad 5, »	1151	» 5	» 1	»

im Ganzen also um die Summe von 3599 § 10 g 3 l, deren Vorausgabung zu rechtfertigen gesucht und deren Nachverwilligung mit dem Bemerkten beantragt wird, daß es der Aufnahme eines Anlehens zur Bestreitung der Baukosten nicht bedurft habe, indem dieselben von den laufenden Einnahmen gedeckt seien.

Nach dem Berichte, welchen Herr U hde abstattete, sieht die Finanz-Commission die Ueberschreitungen ad 1 bis 4 im Ganzen für gerechtfertigt an, da, was insbesondere die erste Position betreffe, sich die Verhältnisse des Unterbaues, welcher zum Theil in die Oker habe gesetzt werden müssen, noch viel ungünstiger gezeigt hätten, als man gedacht habe, und die übrigen Posten im Voraus nicht hätten speciell veranschlagt werden können. Dagegen dürfe die Ueberschreitung ad 5 des Voranschlages nicht mit Stillschweigen übergangen werden, da hier fast das Dreifache der veranschlagten Summe vorausgabte sei, und der Antrag der Commission gehe daher dahin:

zwar die mehr verwandte Summe nachträglich zu verwilligen, aber zugleich dem Stadtmagistrate gegenüber die Erwartung auszusprechen, daß bei künftigen Bauten die Voranschläge mit größerer Sorgfalt entworfen würden, damit ähnliche Ueberschreitungen, wie sie hier bei dem Posten für Mobilien und Schul-Altensilien gemacht, nicht wieder vorkommen möchten.

Herr Oberbürgermeister Caspari sprach sein Bedauern darüber aus, daß der betreffende Voranschlag um mehr als $\frac{1}{3}$ überschritten worden sei. Indessen sei zu berücksichtigen, daß der Mehraufwand bei dem speciell veranschlagten Theile des Baues (Pos. 1) nur eine verhältnißmäßig geringe Summe betrage und sich aus dem im Commissionsberichte erwähnten Grunde vollständig rechtfertige; daß es sich ferner z. Th. um Reparaturen gehandelt habe, die sich im Voraus nie mit absoluter Bestimmtheit übersehen ließen, und daß, was insbesondere die Pos. 3 betreffe, hier die inzwischen erlassene städtische Bau-Ordnung einige kostspielige Aenderungen des Entwurfes nothwendig gemacht, und Veranlassung vorgelegen habe, einige neue Versuche zu machen. Der Hauptpunkt sei denn freilich die Ueberschreitung der für das Mobilien u. c. ausgeworfenen Summe. Hier müsse er indessen die Verantwortlichkeit selbst übernehmen. Es sei nämlich ursprünglich die Absicht gewesen, das in der alten Schule befindlich gewesene Material wieder zu benutzen, und würde man in diesem Falle einige hundert Thaler haben ersparen können. Er sei jedoch zur Ueberzeugung gelangt, daß es aus mehreren Gründen vorzuziehen sei, wenn die neuen, nach allgemeinem Urtheil sehr ansprechenden Schulräume auch nun mit neuem Mobilien und Schulutensilien versehen würden. Namentlich habe er bedacht, daß die möglichste Sauberkeit und Gefälligkeit der Schulstuben hier besonders wünschenswerth sei, damit den Kindern, welche den nur mit beschränkten Wohnräumen versehenen Ständen angehörten, ein durchaus ansprechender, sie selbst zur Reinlichkeit und zu anständigem Betragen veranlassender, Aufenthalt geboten werde. Die getroffenen Einrichtungen hätten denn auch nicht bloß bei den Eltern einen sehr befriedigenden Eindruck gemacht, sondern auch zur Folge gehabt, daß jetzt nach einjähriger Benutzung die Schulräume noch keinerlei Spuren muth-

williger Verletzungen zeigten, sie ließen sich daher auch in pekuniärer Beziehung rechtfertigen.

Herr Häusler erklärte sich gegen den Commissionsantrag, weil er eine Rüge auch gegen den ausführenden Baubeamten enthalte, die nach den abgegebenen Erläuterungen nicht beabsichtigt sein könne, da die Commission selbst die Ueberschreitungen ad 1 bis 4 für gerechtfertigt erkläre, und ad 5 der dem Voranschlage zum Grunde gelegte Entwurf vollständig aufgegeben worden sei. Er stelle daher den aus der Sachlage sich ergebenden Verbesserungs-Antrag:

die Versammlung wolle den Wunsch aussprechen, daß von Aenderungen in den Dispositionen genehmigter Bauten, insbesondere wenn sie eine Vermehrung der Kosten mit sich brächten, vor der Ausführung rechtzeitig der Versammlung Vorlage gemacht werden möge.

Herr Aronheim erkannte zwar an, daß ein Theil der Verantwortlichkeit von dem Herrn Oberbürgermeister zu tragen sei, suchte aber im Einzelnen auszuführen, daß auch ohnedem, nicht bloß bei den übrigen Posten, sondern auch beim Posten 5 Ueberschreitungen vorkämen, die dem ausführenden Baubeamten zur Last fielen und keineswegs gerechtfertigt seien. Nach dem Grundsatz principii obsta könne man nicht zeitig genug dem entgegen treten, und wenn eine Rüge überhaupt ausgesprochen werden solle, so müsse sie nicht minder gegen den Bauofficianten, als gegen die städtische Behörde gerichtet werden.

Herr Uhde rechtfertigte nochmals den Commissions-Antrag und machte insbesondere darauf aufmerksam, daß, wenn, wie hier geschehen, der ursprüngliche Bauplan in einem Hauptpunkte verlassen werden könne, die vorherige Genehmigung desselben durch diese Versammlung eine ziemlich überflüssige Procedur sein möchte.

Herr Oberbürgermeister Caspari gestand zu, daß es richtiger gewesen, wenn, ehe die betreffende Einrichtung angeordnet worden, eine desfallsige Proposition der Versammlung gemacht wäre. Allein, als die Entscheidung zu treffen gewesen, habe die Zeit gebrängt, und sei daher die erforderliche Form übersehen worden. Uebrigens solle dafür gesorgt werden, daß in Zukunft, so weit dies überhaupt angehe, möglichst detaillierte Voranschläge der Versammlung vorgelegt würden.

Nachdem noch Herr Lissebon für den Häuslerschen, und Herr Leiste für den Commissions-Antrag sich erklärt hatten, sprach die Versammlung die beantragte Verwilligung unter Annahme des Commissions-Antrages aus.

In vertraulicher Sitzung

wurde darauf

V. das Gesuch des Herrn Stadtraths Dr. jur. Ernst Meier um Versetzung in den Ruhestand, unter dankbarer Anerkennung der von demselben geleisteten langjährigen treuen Dienste, genehmigt und demselben unter Mitberücksichtigung der von ihm dem Vaterlande im Kriege geleisteten Dienste sein voller Gehalt von 1200 \mathfrak{f} als Ruhegehalt bewilligt.

Schließlich kam, wieder

in öffentlicher Sitzung,

VI. der mittelst Magistrats-Schreibens vom 24. October d. J. überreichte Stadt-Cassen-Etat auf das Jahr 1865 zur Berathung.

Der Referent der Finanz-Commission, Herr Tüdel, begleitete die einzelnen Punkte mit den erforderlichen Bemerkungen.

Die einzelnen, nur wenig von den vorjährigen abweichende Positionen der Einnahme sind:

1) Zinsen von ausstehenden Capitalien	3556	fl.	25	gr.	5	z.
2) Von Grundstücken	3433	fl.	24	gr.	9	z.
3) Von Berechtigungen (incl. des aus Herzoglicher Cammer-Casse zu zahlenden festen Zuschusses von 10161 fl. 19 gr. 2 z.)	15590	fl.	27	gr.	1	z.
4) An Service	8400	fl.	—	gr.	—	z.
5) Von neuen Bürgern, Markgenossen und angezogenen Fremden	1800	fl.	—	gr.	—	z.
6) An zufälligen Einnahmen	1400	fl.	—	gr.	—	z.

im Ganzen 34181 fl. 17 gr. 5 z.

Sie gaben zu besonderen Beschlußfassungen keine Veranlassung.

Bei der Feststellung des Ausgabe-Etats handelte es sich zunächst um Festsetzung der Gehalte der städtischen Beamten nach Maßgabe der in dieser Beziehung lezthün gefaßten Beschlüsse. Diese Gehalte wurden demgemäß festgesetzt:

- 1) des Oberbürgermeisters Dr. jur. Caspary auf 2500 fl.,
- 2) des Stadtraths Carstens auf 1100 fl.,
- 3) des an die Stelle des Stadtraths Dr. Meier neu zu wählenden Stadtraths auf 1000 fl.,
- 4) des Stadtrevisors Frömmer auf 800 fl.,
- 5) des Stadtregistrators Gerloff auf 450 fl.,
- 6) des Magistratschreibers Westphal auf 350 fl.,
- 7) des Magistratschreibers Müller auf 350 fl.,
- 8) des Copisten Kuhlmann auf 180 fl.,
- 9) des Stadt-Cammerers Was mus auf 1100 fl.,
- 10) des Stadtcassen-Controleurs Schmidt auf 450 fl.,
- 11) des Stadtcassen-Controleurs Gramm auf 300 fl.,
- 12) des Copisten Spinti auf 180 fl.,
- 13) des Stadtbaumeisters Tappe auf 1100 fl.,
- und
- 14) der Magistratsdiener Schulte und Dunsing und der Marktmeister Dammann und Schlanstedt auf 250 fl.

Auch wurde die Zustimmung dazu ertheilt, daß die Position für das städtische Archiv ic. von 600 fl. auf 900 fl., insbesondere der Gehalt des städtischen Archivars von 300 auf 500 fl. erhöht werde, wobei die Versammlung indessen auf den Antrag der Commission die Hoffnung aussprach, daß die obige Summe von 900 fl. in den nächsten Jahren nicht weiter möge erhöht werden.

Ebenso wurde bei dem Etat der Armen-Casse genehmigt, daß die Besoldungen des Rendanten von Ritschke von 500 auf 550 fl., und des Schreibers Gerloff von 200 fl. auf 240 fl., ferner die Remuneration des mit den Geschäften eines Assistenten des Vorstehenden der Unterstützungs-Deputation beauftragten Stadtraths Bammel von 140 auf 190 fl. erhöht werden.

Sonstige Anträge, welche eine Beschlußfassung erheischt hätten, waren zu den übrigen Ausgabe-Positionen nicht gestellt.

Mit Berücksichtigung obiger Beschlüsse stellen dieselben sich folgendermaßen heraus:

1) Abzuführende Capitalien	583	fl	—	—
2) Capital-Zinsen	211	»	15	» — »
3) Abonnements-Gelder	30	»	—	» — »
4) Besoldungen und Löhne	14072	»	—	» — »
5) Pensionen	1220	»	—	» — »
6) Cultuskosten	958	»	—	» — »
7) Unterhaltung der städtischen Grundstücke	3646	»	6	» 5 »
8) Grundabgaben	123	»	5	» — »
9) Schulanstalten	14239	»	11	» 3 »
10) Städtische Polizei- und andere Anstalten	20178	»	—	» — »
11) Schützenwesen	585	»	21	» 7 »
12) Armenpflege	17037	»	—	» — »
13) Landes-Abgaben	6971	»	14	» 1 »
14) Unterhaltung der städtischen Bureaux	1000	»	—	» — »
15) Proceß- und Verwaltungskosten	50	»	—	» — »
16) Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben	10826	»	3	» 9 »
17) Unterhaltung der städtischen Wege	450	»	—	» — »

insgesammt 92181 fl 17 gr 5 d

Dem gestellten Antrage gemäß wurde der ganze Etat von der Versammlung genehmigt und daher die Zustimmung dazu ertheilt, daß das entstehende Deficit der Stadt-Casse im Betrage von 58000 fl durch eine nach den bisherigen Grundsätzen auszusprechende Communalsteuer gedeckt werde, wobei bemerkt wird, daß eine Abänderung der bisherigen Hebe-Tabelle, ungeachtet der Steigerung von 55000 auf 58000 fl, nicht nöthig wird, da die Communalsteuer nach derselben in den letzten Jahren bereits einen Ertrag von über 58000 fl ergeben hat.

Endlich wurden die Neben-Etats, insbesondere der Etat über die polizeiliche Abgabe für Hunde und der der Wegebau-Casse, ebenfalls ohne Widerspruch genehmigt, nachdem die Versammlung zum letzten ihre Zustimmung dazu gegeben hatte, daß die Remuneration des leitenden Baubeamten von 120 fl auf 170 fl erhöht werde.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sizung am 8. December 1864.

Abwesend war und wurde als entschuldigt angenommen Herr Südel; abwesend ohne Entschuldigung war Herr Wieweg.

Nachdem in gemeinschaftlicher Sizung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten, in welcher Herr Overbürgermeister Caspari den Vorsitz führte, an die Stelle des in Pension getretenen Stadtraths Dr. jur. Ernst Meier zum besoldeten Mitgliede des Stadtmagistrats der Stadtrath, Obergerichts-Advocat Ferdinand Rittmeyer gewählt worden war, übernahm der Herr Landsyndicus Desterreich den Vorsitz der besondern Sizung der Stadtverordneten.

Nach Genehmigung des Protokolls der Sizung vom 17. November d. J. theilte derselbe

I. aus einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 2. December d. J. mit, daß bei den am 10., 17. und 24. November d. J. stattgehabten Neuwahlen für die am Schlusse d. J. austretenden Stadtverordneten die Herren Desterreich, Ramdohr, Reuter, Flagge, Aronheim, Rothdurst und Kloss wiedergewählt, und an die Stelle der Herren Bartels und Wieweg die Herren

Kaufmann Hermann Overlach jun.

und

Kaufmann Adolf Schmidt erwählt worden sind, sowie daß sämmtliche Herren die Wahlen angenommen haben.

Jedoch knüpfte der Herr Vorsitzende an diese Mittheilung folgende ihn selbst betreffende Bemerkung:

Der geehrten Versammlung seien die Gründe bekannt, aus denen er sich nochmals zur Annahme einer Neuwahl bereit erklärt habe. Er habe die Wiederwahl indessen nur unter der, dem Stadtmagistrate auch schriftlich mitgetheilten, Beschränkung annehmen zu können geglaubt, daß ihm gestattet werde, sein Mandat nach Ablauf von zwei Jahren niederzulegen, ohne verpflichtet zu sein, dieselbe die Zustimmung der Versammlung einzuholen. Diese Beschränkung habe nicht darin ihren Grund, daß er die Besorgniß hege, die Entscheidung derselben werde, wenn er im Laufe der Mandatsperiode, die Gestattung der Niederlegung des Amts beantrage, seinen Wünschen widersprechend ausfallen, sondern nur in dem Wunsche, daß es ihm erspart sein möge, seinen dermaleinstigen Rücktritt der Versammlung gegenüber motiviren zu müssen. Nach seiner Ueberzeugung sei diese beschränkte Annahme der Wiederwahl auch nicht im Widerspruch mit den Bestimmungen der Städte-Ordnung; sollte indeß die geehrte Versammlung in dieser Beziehung anderer Meinung sein, so bitte er, sich, wenn auch nicht heute, so doch in der nächsten Sitzung, da in diesem Jahre eine Sitzung noch Statt finden werde, darüber aussprechen zu wollen.

Zur Tagesordnung übergehend, beschäftigte sich die Versammlung zunächst:

II. mit der Berathung des mittelst Magistrats-Schreibens vom 5. November d. J. vorgelegten Entwurfs einer neuen

Wochenmarkts-Ordnung,

über welche der Herr Vorsitzende im Auftrage der Statuten-Commission berichtete.

Nach dem Berichte hat die Commission sich mit dem Stadtmagistrate über gewisse geringere Aenderungen der neuen Bearbeitung, welche insbesondere durch den §. 58 des neuen Gewerbegesetzes vom 31. August d. J. nothwendig geworden ist und eine Anzahl anderer Bestimmungen, die sich im Laufe der Zeit als wünschenswerth herausgestellt haben, bereits geeinigt; nur über einen Punkt ist die Uebereinstimmung nicht völlig erzielt worden.

Nach §. 1 des Entwurfs solle die Wochenmärkte Mittwochs und Sonnabends auf dem Altstadtmarkte, Dinstags, Donnerstags und Sonnabends auf dem Hagenmarkte wie bisher stattfinden. Da ein Marktverkehr auf dem Egidienmarkte, aller Mühe ungeachtet, nicht herzustellen gewesen, so ist dieser als ordentlicher Marktplatz aus dem Statute weggeblieben, dagegen im §. 2 den städtischen Behörden die Befugniß beigelegt, bei veränderten Verhältnissen eine Abänderung der Marktplätze oder die Zulassung neuer Marktplätze beschließen zu können. Statt der Schlußbestimmung im §. 1 des jetzigen Statuts wird im §. 3 des Entwurfs der Herzoglichen Polizeidirection das Recht gegeben, in Uebereinstimmung mit dem Stadtmagistrate über zeitweise Verlegung eines Wochenmarkts zu bestimmen.

In Bezug auf den Handel mit Stroh, Heu, Kartoffeln, Holz und Torf, sowie mit grünem Gemüse sind die früheren Bestimmungen im neuen §. 1 vereinigt.

Der neue §. 4 wiederholt die Anordnung des frühern §. 2, nur daß die Dauer der Marktzeit, auf den Antrag der Herzoglichen Polizei-Direction, bis auf 1 Uhr Mittag ausgedehnt wird.

Im §. 5 werden, im Wesentlichen in Uebereinstimmung mit dem §. 58 des neuen

Gewerbegesetzes, die Wochenmarkts-Artikel einzeln aufgezählt, und der §. 6 ertheilt den städtischen Behörden die Befugniß, neue Markt-Artikel, die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministerii vorausgesetzt, hinzufügen zu können.

Der §. 7 stimmt mit dem früheren §. 4 überein, nur daß das Verbot des Verkaufs von Getränken auf Bier und geistige Getränke jeder Art beschränkt wird.

Alle diese Paragraphen wurden von der Versammlung ohne Widerspruch genehmigt.

Der neue §. 8 ist derjenige, hinsichtlich dessen die Commission mit der vom Stadtmagistrate vorgeschlagenen Fassung nicht übereinstimmt.

Die letztere lautet:

»Der Hausirhandel mit solchen Gegenständen, welche nach §. 5 zu den Wochenmarkts-Artikeln gehören, ist an den Markttagen bis 1 Uhr Mittags verboten. — Auch dürfen dergleichen Gegenstände, wenn solche an den Markttagen von auswärts zum feilen Verkaufe hieher gebracht werden, vor dem Beginne der Marktzeit überall nicht und bis 1 Uhr Mittags auf keinem andern, als dem für den Markt bestimmten Plage, auch nicht vor oder in den Thoren verkauft werden; wodurch jedoch das Umhertragen von selbstgeernteten oder selbstgewonnenen Erzeugnissen der Landwirthschaft, des Waldbaues (einschließlich der im Walde gesammelten wilden Früchte), des Gartenbaues, der Viehzucht, Jagd und Fischerei bei bestimmten Kunden nicht ausgeschlossen ist.

Nach 11 Uhr ist es gestattet, See- und andere Fische, Krebse, Federvieh, Obst und Gartengewächse, wilde Früchte, Eier und frische Butter, Käse, Wurst, gesalzene und geräucherte Fleischwaaren, wildes Geflügel und Wildpret aller Art, sowie Brot, welche auf dem Markte zum Verkaufe aufgestellt gewesen sind, im Hausiren zu verkaufen, dagegen der Hausirhandel mit anderen Gegenständen ohne besondere Berechtigung nicht erlaubt.

Straffällig sind Alle, welche diesen Bestimmungen zuwider verkaufen oder Waaren hausirend umhertragen.« —

Die Commission hält nun die Vorschriften im 1. Absätze dieses §. mit den Bestimmungen im §. 20 des Gewerbegesetzes, insofern diese größere Freiheiten gewähren, nicht für vereinbar und schlägt, um eine Uebereinstimmung herbeizuführen, folgende Fassung vor:

»Von den Gegenständen, welche nach §. 5 zu den Wochenmarkts-Artikeln gehören, dürfen an den Markttagen während der Marktstunden bis 11 Uhr Morgens nur selbstgeerntete oder selbstgewonnene Erzeugnisse der Landwirthschaft, des Waldbaues (einschließlich der im Walde gesammelten wilden Früchte), des Gartenbaues, der Viehzucht, Jagd und Fischerei, von den Gewinnern oder in deren Auftrage von andern Personen zum Verkaufe umhergetragen werden.«

Ferner würde nach dem Commissions-Vorschlage am Schlusse des §. 8 hinzugefügt sein:

»die gewerblichen Befugnisse der zum Hausirhandel berechtigten Personen werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht betroffen;« und bei Annahme dieses Antrages müßte im zweiten Absätze der, auch jetzt nicht nothwendige, Satz:

»dagegen der Hausirhandel mit anderen Gegenständen ohne besondere Be-
rechtigung nicht erlaubt;«
gestrichen werden.

Indessen mißt die Commission ihrem Antrage eine wesentliche Bedeutung nicht bei, sie hält auch die vom Stadt-Magistrate beantragte größere Beschränkung für den Marktverkehr für förderlich, und giebt daher anheim:

für den Fall, daß der Stadtmagistrat und die Herzogliche Polizei-Direc-
tion auf Beibehaltung des Entwurfs einen großen Werth legen sollte, auch
das Herzogliche Staatsministerium dazu die Genehmigung ertheilen sollte,
das Einverständniß auch mit der vom Stadtmagistrate vorgeschlagenen Fas-
sung zu erklären. —

Bei der Debatte über diesen Differenzpunkt sprach sich die Mehrzahl der Redner,
namentlich die Herren Häusler, Leiste und der Herr Vorsitzende, für die Auffas-
sung der Commission aus. Man war ziemlich allgemein der Meinung, daß die im
§. 58 des Gewerbegesetzes enthaltene Freigebung des Hausirhandels mit selbst erzeug-
ten Produkten durch städtische Statute nicht wohl beschränkt werden könne, und daß
die Berufung auf den §. 20 desselben Gesetzes, auf den sich der Stadtmagistrat ge-
stützt habe, und den auch Herr Aronheim für anwendbar erklärte, nicht stichhaltig
sei. Während denn ferner außer dem Herrn Oberbürgermeister Caspary, Herr
Nieß und Herr Lissebon, den Magistratsvorschlag aus innern Gründen zu recht-
fertigen suchten, weil er eine größere Concentration des Marktverkehrs zur Folge haben
werde, hielten andere Mitglieder der Versammlung, so die Herren Häusler, Leiste
und Bantler die Zulassung des Hausirhandels, theils im Interesse des Marktverkehrs
für unbedenklich, theils für viele Haushaltungen, die es vorzögen, den Markt nicht zu
besuchen, für wünschenswerth.

Was endlich den von der Commission eventuell eingebrachten Vermittelungs-Vor-
schlag betrifft, so fand derselbe lebhaften Widerspruch bei Herrn Leiste. Es sei Sache
der Versammlung, zu prüfen und zu entscheiden, ob eine derselben vorgelegte statuta-
rische Bestimmung sich entsprechend einordne in die Reihe der schon bestehenden Ge-
setze, ob sie überhaupt formell gültig erlassen werden könne.

Müsse dies im Einzelfalle bezweifelt werden, so helfe es auch nichts, wenn man
der Herzoglichen Landesregierung die Entscheidung überlasse, da diese freilich die Sta-
tuten zu bestätigen oder zu verwerfen, nicht aber für sich allein das Recht habe, eine
gesetzliche Vorschrift authentisch zu interpretiren. Er stimme daher für den Commis-
sions-Vorschlag unter Verwerfung des eventuellen Vermittelungsversuches.

Gegen diese Ansicht erklärten sich Herr Oberbürgermeister Caspary, der Herr
Vorsitzende, Herr Häusler und Herr Aronheim. Herrn Leiste's Gründe würden
schon mehr für sich haben, wenn die betreffenden Bestimmungen des Gewerbegesetzes
in der That gar keinen Zweifel zuließen. Unter den obwaltenden Umständen, wo, wie
schon hier die Debatte zeige, gegründete Zweifel über den Umfang des betreffenden
§. 20 selbst von Rechtsverständigen gehegt würden, könne man dreist die Entscheidung
der Herzoglichen Landesregierung überlassen, umso mehr als die Entscheidung für den
Magistrats-Vorschlag nicht ohne Vortheile sein werde. Aber insbesondere müsse man
sich für den Vermittelungs-Vorschlag deswegen entscheiden, weil auf diese Weise die

Versammlung ihre Zustimmung für beide Anschauungen im Voraus gewähre, und daher, wie auch Herzogliches Staatsministerium sich aussprechen würde, eine nochmalige Vorlegung des Entwurfes, der schon zu Neujahr in Kraft treten müsse, nicht mehr zu geschehen brauche.

Bei der Abstimmung wurde denn auch der Commissions-Antrag in seinem ganzen Umfange, der vermittelnde Theil desselben freilich nur mit geringer Mehrheit, angenommen. —

Der §. 9 des Entwurfs hebt die Beschränkungen des frühern §. 7 auf, indem er bestimmt, daß der Besuch der Wochenmärkte und der Kauf und Verkauf auf denselben einem Jeden mit gleichen Befugnissen zustehe.

Der §. 10 enthält Vervollständigungen des alten §. 8, indem er abgesehen von der Gesundheit nachtheiligen Lebensmitteln sich auch auf verfälschte und verdorbene Lebensmittel bezieht und hinsichtlich der letztern anordnet, daß sie, soweit sie der Gesundheit nicht nachtheilig sind, zwar ebenfalls confiscirt, aber nicht vernichtet, sondern dem städtischen Armen- und Pflegehause überliefert werden sollen.

Ein von der Herzoglichen Polizeidirection veranlaßter Zusatz betrifft die Kosten der bei verdächtigen Waaren eintretenden Untersuchung durch Sachverständige.

Die §§. 11 und 12 entsprechen den früheren §§. 9 und 10.

Der neue §. 13 giebt dem frühern §. 11 folgende Fassung:

»Gegenstände, welche in einzelnen Stücken, nach Maß oder Gewicht, ausgestellt werden, dürfen nur richtig gemessen oder gewogen auf den Markt gebracht werden. Sind dieselben nicht richtig gewogen oder gemessen, so verfällt der Verkäufer in Strafe, die Waaren werden außerdem confiscirt und an das städtische Armen- und Pflegehaus abgeliefert; auch ist der Verkäufer verpflichtet, das dafür etwa schon eingehobene Kaufgeld zurückzugeben.«

Der §. 14 kürzt den frühern §. 12 ab, indem er nur vorschreibt:

»Es ist strafbar, einem Käufer in den Handel zu fallen oder diesen böslisch zu hemmen.«

§. 15 entspricht dem §. 13, und §. 16 dem §. 14 des frühern Statuts.

Zu dem frühern §. 15 enthält der neue §. 17 den Zusatz:

»Das Verkaufen im Herumziehen zwischen den Marktreihen, gleichviel mit welchen Gegenständen, ist untersagt, es darf Jeder nur auf der ihm angewiesenen Verkaufsstelle feil bieten;«

und der Schlusssatz lautet in der neuen Redaction:

»Der Marktverkehr ist mit weiter keiner Abgabe belastet, als mit derjenigen, welche für die zum Handel überlassene Stelle entrichtet wird und einschließlich der dem Marktmeister zu zahlende Anweisung-Gebühr jährlich 1 R 25 g beträgt. Dieses Stellgeld ist von allen denjenigen Verkäufern zu entrichten, welche den Markt der Regel nach besuchen und ihre Waaren daselbst feilbieten.«

Hiernach wird in Zukunft, wie der Herr Vorsitzende auf die Anfrage des Herrn Nieß erläuterte, nicht bloß, wie bisher von den hiesigen und den Wolfenbüttler Gärtnern Stellgeld erhoben werden, sondern auch von allen übrigen Verkäufern, welche die Einräumung einer bestimmten Marktstelle verlangen werden.

Der neue §. 18 ist identisch mit dem frühern §. 16.

Ebenso entspricht §. 19 des Entwurfs dem alten §. 17. Jedoch hat der neue §. folgenden Zusatz erhalten:

»Verkäufern, welche wegen falschen Gewichts oder wegen des Verkaufs ungesunder oder verfälschter Lebensmittel wiederholt bestraft sind, kann der Besuch der Wochenmärkte von Herzoglicher Polizei-Direction verboten werden.«

Der §. 20 endlich ist gleichlautend mit dem frühern §. 18. — Alle diese §§. wurden bei der Einzelberathung, und schließlich der ganze Entwurf mit der zum §. 8 erwähnten Modification, von der Versammlung angenommen.

Schließlich wurden in vertraulicher Sitzung einige Extraordinarien an städtische Lehrer verwilligt und eine große Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts erledigt.

N^o 16.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 307 de 1864 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1864.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. December 1864.

Entschuldigt hatten sich die Herren Stadtverordneten Kronheim, Flagge, Föbel, Kahlert, Nieß, Nothdurst und Ramdohr; ohne Entschuldigung abwesend war Herr Lissebon.

Nachdem in gemeinschaftlicher Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten unter dem Vorstehe des Herrn Oberbürgermeisters Caspari der Stadtverordnete Herr Ramdohr an die Stelle des Herrn Stadtraths Rittmeyer zum unbefoldesten Mitgliede des Stadtmagistrats erwählt war, übernahm der Herr Landsyndicus Desterreich den Vorsitz der besondern Sitzung der Stadtverordneten.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 8. December d. Trs. theilte derselbe

I. aus einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 13. ejusd. mit, daß an die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Herrn Grund der Stadtverordnete Herr Wieweg für die Zeit bis zum Ablaufe des Jahres 1866 wieder gewählt worden sei und die Wahl angenommen habe;

und berichtete dann

II. über ein Magistratschreiben von demselben Tage, die von den Stadtcassen-Controleuren zu bestellenden Cautionen betreffend.

Nach diesem Schreiben ist es, weil nach §. 14 des neuen Statuts über die Zusammensetzung des Stadtmagistrats die von den Stadtcassen-Controleuren zu bestellenden Dienst-Cautionen von den städtischen Behörden in jedem einzelnen Falle festgestellt werden sollen, gegenwärtig erforderlich geworden, die Höhe derselben zu bestimmen. Es wird nun in Uebereinstimmung mit den Anträgen des Stadt-Cämmerers vorgeschlagen, daß die Caution des ersten Controleurs — welcher in Behinderungsfällen des Cämmerers diesen zu vertreten berufen ist — auf 500 \mathfrak{R} , die des zweiten Controleurs auf 200 \mathfrak{R} festgestellt werde. Dagegen kann sich der Stadtmagistrat, dem Antrage des Cämmerers entgegen, nicht dafür aussprechen, daß auch dem bei der Stadtcasse beschäftigten Schreiber, welchen bisher der Cämmerer selbst engagirt, und für den er naturgemäß die Verantwortlichkeit zu übernehmen habe, die Bestellung einer Caution auferlegt werde.

Der Herr Vorsitzende hatte es nicht für nöthig erachtet, diese Anträge nochmals der Statuten-Commission zum Berichte zu überweisen, da sich bei den früheren Beratungen die Uebereinstimmung der Commission mit denselben ergeben habe.

Die Versammlung trat denn auch ohne weitere Debatte der Proposition bei.

Ferner theilte

III. der Herr Vorsitzende mit, daß von Seiten des Stadtmagistrats ausführliche Anträge hinsichtlich der Turnhallen-Angelegenheit eingegangen seien, und schlug vor, diesen Gegenstand entweder einer der bereits bestehenden Commissionen zu überweisen, oder aber für denselben eine eigene Commission zu wählen, im ersten Falle aber mit der Entscheidung bis dahin zu warten, daß die Versammlung ihre Commissionen für das kommende Jahr werde neu constituirt haben.

Indeß beschloß die Versammlung, auf den Wunsch des Herrn Leiste und Haars, welche die Sache als höchst dringlich bezeichneten, für dieselbe sogleich eine Commission niederzusetzen, und wurden in solche die Herren Uhde, Reuter, Bode, Rischbieter und Bantler gewählt.

Sodann berichtete

IV. für die Finanz-Commission Herr Reuter über die mittelst Schreibens vom 8. September d. Jrs. communicirten Rechnungen über die Verwaltung des städtischen Haushalts vom Jahre 1863.

Nach dem Berichte des Herrn Reuter sind Erinnerungen von der Commission nicht zu erheben gewesen, weshalb darauf angetragen wird, dem städtischen Cassenführer Decharge zu ertheilen.

Ein zweites Schreiben von demselben Tage bezieht sich auf den nach Absatz des Betriebsfonds zu 30,000 \mathfrak{R} verbliebenen Cassenvorrath, der sich am Jahreschlusse zwar auf 48,039 \mathfrak{R} 9 \mathfrak{g} belaufen, indessen in Folge von Nachzahlungen auf die stattgehabten Bauten bis auf gegen 18,000 \mathfrak{R} verringert hat.

In dem Schreiben wird nun darauf angetragen, die nach dem Beschlusse vom 17. November 1862 streng genommen jetzt erforderliche Verfügung über den verbliebenen Cassenbestand für diesmal zu unterlassen, denselben vielmehr in die neue Rechnung übertragen zu lassen. Es wird dabei bemerkt, daß der Cassenvorrath keineswegs ungenutzt bleibe, sondern verzinslich belegt sei und nur nach Bedarf erhoben werde, übrigen auch künftig ohne Zustimmung der Versammlung von dem Cassenvorrathe zum Zwecke der Vermehrung des Stamm-Capitals der Stadt nicht belegt werden solle. Als Grund für diesen Antrag wird der Umstand bezeichnet, daß in der nächsten Zukunft von der Stadt verschiedene außerordentliche Ausgaben (z. B. Instandsetzung des alten Theaterplatzes, Erbauung zweier Schulen) zu bestreiten seien, welche von den laufenden Einnahmen selbstverständlich nicht bestritten werden könnten.

Aus diesem Grunde hat sich auch die Commission einverstanden erklärt und giebt anheim, unter Acceptation der obigen, im Schreiben enthaltenen, Zusicherung, dem Antrage beizustimmen.

Herr Häusler erklärte sich in der Sache selbst einverstanden, hielt es aber für formell richtiger, wenn die Versammlung in Gemäßheit des Beschlusses vom 17. November 1862 eine vollständige Trennung des Betriebsfonds von dem überschießenden Cassenvorrathe vornehme und den letztern ohne definitiv über seine Bestimmung zu verfügen, für die gedachten Ausgaben in Reserve stelle, wodurch einestheils größere Klarheit in die Sache gebracht, andernteils bereits eine Disposition über den Ueberschuß getroffen werde, welche anderweitige Ansprüche wegen Verwendung dieser Gelder oder wegen Ermäßigung der Communalsteuer ausschlosse.

Da aber Herr Oberbürgermeister Caspari, in Uebereinstimmung mit dem Herrn Referenten, darauf aufmerksam machte, daß dieses Verfahren eine doppelte Rechnungsführung nöthig machen und deshalb nicht ohne Unzuträglichkeiten bleiben würde, Herr Häusler auch erklärte, daß er für den vorliegenden Fall einen besonderen Antrag nicht stellen, sondern sich dieses für den nächsten Rechnungsabschluß vorbehalten wolle, so wurden beide Commissionsvorschläge von der Versammlung angenommen, insbesondere auch dem städtischen Cassenführer die beantragte Decharge ertheilt.

Es kamen schließlich

V. die den Mitgliedern bereits gedruckt mitgetheilten Vorlagen des Stadtmagistrats vom 16. August d. J., die Reorganisation des Feuerlöschwesens betr., zur Berathung. Sie umfassen:

- 1) Abänderungen der §§. 67 — 100 der revidirten Feuerordnung vom 1. Juli 1855,
- 2) den Entwurf einer Feuerwehrrordnung für die Stadt Braunschweig,
- 3) die Statuten der Braunschweiger Turner-Feuerwehr, und
- 4) die Statuten des Rettungs-Vereins der Stadt Braunschweig.

Auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, welcher bemerkte, daß die Statuten-Commission, unter Zuziehung einiger mit dem hiesigen Feuerlöschwesen besonders bekannter Mitglieder der Versammlung, den Gegenstand einer eingehenden Berathung unterzogen und mit dem Herrn Vorsitzenden des Stadtmagistrats, über einige das Wesen der Sache nicht alterirende Aenderungen der vorliegenden Entwürfe, ein vorläufiges Uebereinkommen getroffen habe, beschloß die Versammlung, diese umfangreichen Vorlagen nicht Punkt für Punkt zu berathen, sondern sich auf die Beschlussfassung über die wesentlichsten Fragen, insbesondere Principien-Fragen, zu beschränken und die Redaction der erforderlichen statutarischen Bestimmungen der gemeinschaftlichen Thätigkeit des Stadtmagistrats und der Statuten-Commission zu überlassen.

Der Referent der Commission, Herr Häusler, hob nun die wesentlichsten Punkte der Vorlagen hervor, indem er zugleich diejenigen Aenderungen bezeichnete, welche die Commission an dem Entwurfe vorgenommen habe.

Unter den wichtigern Fragen nehme diejenige unzweifelhaft den ersten Rang ein, in welcher Weise die obere Leitung des gesammten Feuerlöschwesens, dem bisher bekanntlich der Polizeidirector allein vorgestanden habe, zu organisiren sei. Auf Antrag der Herzoglichen Polizei-Direction selbst schlage der Entwurf nun in dem neuen §. 73 der Feuerordnung die Einsetzung eines Feuerlösch-Directoriums vor, bestehend aus dem Oberbürgermeister, aus dem Polizeidirector (oder deren Stellvertretern) und einem vom Stadtmagistrate im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizeidirection zu ernennenden, beedigten und honorirten, Commandeur der Gesamt-Feuerwehr. Der Herr Referent bezog sich auf die in den gedruckten Vorlagen enthaltenen Motive der Herzoglichen Polizei-Direction, welche der Stadtmagistrat wie die Commission im ganzen Umfange billigten, und die Versammlung erklärte sich bei der Abstimmung mit dieser neuen Organisation einverstanden.

Als zweiten Hauptpunkt bezeichnete Herr Häusler die im §. 2 des Entwurfs einer Feuerwehrrordnung vorgeschlagene neue Zusammensetzung der Feuerwehr, wonach sie aus den vier Abtheilungen

der uniformirten Turner-Feuerwehr,
des Rettungs-Vereins,
des besoldeten Feuermänner-Corps, und
des Corps der Werkleute

bestehen soll, und womit zugleich Bestimmungen die Mitgliederzahl dieser Corps, insbesondere Verringerung der Zahl der Mitglieder des Rettungs-Vereins und der besoldeten Feuermänner auf je 100 Mann verbunden sind.

Auch hier erklärte die Versammlung, dem Commissions-Antrage gemäß, ohne weitere Debatte ihre Zustimmung.

Herr Beiste besprach hiernächst die Unzuträglichkeiten, welche in Fällen, wenn

noch kein Mitglied des Directoriums am Platze eingetroffen sei, dadurch entstehen könnten, daß in dem Entwurfe kein Subordinations-Verhältniß zwischen den beiden Vorstehern des Rettungsvereins und des Turner-Feuerwehr-Corps festgesetzt sei. Nach den §§. 7, 10, 14 p.p. der Feuerwehrordnung sollten die einzelnen Führer in solchen Fällen nach eigenem Ermessen handeln, aber wer etwaige Differenzen entscheiden solle, davon sei nichts gesagt. Er schlage vor, dem Führer des Turner-Corps, welcher doch voraussichtlich ein Sachverständiger sein werde, den Vorrang einzuräumen.

Hiergegen erklärten sich jedoch sowohl der Herr Oberbürgermeister Cas pari, als der Herr Referent und Herr Reuter, da es nicht wohl thunlich sei, den Vorsteher eines Vereines dem Vorsteher eines andern, gleichfalls aus Freiwilligen bestehenden, Vereines überzuordnen, umsomehr als bei den, von den Behörden kaum zu beeinflussenden Wahlen in solchen Vereinen häufig nicht so sehr auf technische Fähigkeit, als auf andere Eigenschaften, z. B. Energie, gesehen werde, auch die Fälle sehr selten eintreten möchten, wo eins der Mitglieder des Directoriums oder einer ihrer Stellvertreter nicht eben so zeitig zur Stelle sein würden, als jene Vorsteher; und als Herr Kellner vorschlug, etwaige Rang-Streitigkeiten dadurch abzuschneiden, daß man den Vorrang unter den Vereins-Vorstehern von Jahr zu Jahr wechseln lasse, wurde ihm erwidert, daß man dem Vorsteher des Rettungs-Vereins, welcher von der Verwendung der Feuerlösch-Geräthschaften keine ausreichende Kenntniß haben könne, nicht wohl die Oberleitung der Feuerlösch-Abtheilungen übertragen könne.

Nachdem noch Herr Uhd e dringend davor gewarnt hatte, die Lösung aller möglicherweise denkbarer Conflicte auf statutarischem Wege im Voraus versuchen zu wollen, zog Herr Leiste seinen Antrag zurück.

Als letzten Punkt von Wichtigkeit bezeichnete endlich Herr Häusler die Anstellung eines Thurmwächters behuf der Feuerwache. In dieser Beziehung hat der Stadtmagistrat, in dem gleichfalls gedruckt vorgelegten Begleitschreiben principaliter beantragt: sich damit einverstanden zu erklären, daß von der Anstellung eines Thurmwächters auf dem Catharinen-Kirchthurme für jetzt abgesehen, und zunächst der Versuch gemacht werde, inwiefern durch die neue Organisation des Feuerlöschwesens in hiesiger Stadt den bisherigen Klagen abgeholfen werde, und nur eventuell:

zu beschließen, daß auf dem Catharinen-Kirchthurme ein Wächterlokal eingerichtet und solches mit dem Polizeigebäude, dem Spritzenlokale in dem Neustadt-Rathhause und der städtischen Wasserkunst durch telegraphische Drathleitungen verbunden, auch zur Nachtwache auf dem Catharinen-Thurme zwei Wächter engagirt werden, jedoch unter der Bedingung, daß Herzogl. Staatsministerium sich bereit erklärt, die Hälfte der Kosten der ersten Einrichtung, sowie der Unterhaltung der Wächter, auf die Staats-Casse zu übernehmen.

Die Commission empfiehlt diesen eventuellen Antrag zur Annahme, da sie von der großen Nützlichkeit der Anlage überzeugt ist und den Kostenpunkt in solchen Fragen nicht für maßgebend hält.

Die Herren Leiste und Uebe erklärten sich dagegen, im Wesentlichen aus den aus dem Magistratschreiben ersichtlichen Gründen, und da die Erfahrung bald lehren werde, ob auch nach Einführung der vorgeschlagenen Verbesserungen des Feuerlöschwesens das beabsichtigte Institut nicht entbehrlich werde, für den principalen Antrag.

Herr Reuter empfahl insbesondere aus technischen Gründen den eventuellen Vorschlag und führte aus, daß bei der verwickelten und zum Theil winkelförmigen Bauart der Stadt — welche ein Grund dafür sei, daß die Versicherungs-Gesellschaften die Stadt als sehr feuergefährlich ansähen — ein ausbrechendes Feuer, daß der Thurmwächter an dem ungewöhnlichen Rauche alsbald erkenne, von Straßen-Wächtern, namentlich bei Hintergebäuden, häufig erst recht spät wahrgenommen werde, bei dem Löschen eines Brandes aber Alles darauf ankomme, daß die Hülfe zeitig geschehe, sowie daß nur bei Einrichtung von telegraphischen Verbindungen die Wasserleitung ihre Kraft auf die bedrohte Gegend mit Erfolg concentriren könne.

Der Herr Referent prüfte schließlich die finanzielle Seite der Frage und gelangte zu dem Resultate, daß auch diese, unter der im eventuellen Antrage bezeichneten Vorausssetzung, keine unüberwindlichen Schwierigkeiten biete.

Die Versammlung sprach sich denn auch für diesen eventuellen Antrag mit ziemlicher Stimmen-Mehrheit aus; worauf der Statuten-Commission die oben erwähnte Befugniß hinsichtlich der Schluß-Redaction der Vorlagen, und unter Berücksichtigung der heute gefaßten Beschlüsse, übertragen, und die Sitzung geschlossen wurde.